

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Verleger: Amt IV. Nr. 1988.

Freitag, den 16. Dezember 1904.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Verleger: Amt IV. Nr. 1984.

Die Inserenten - Gel. 1/2

Belegt für die sechsgehaltene Kolonelle oder deren Raum 40 Pfg. für politische und gesellschaftliche Vereins- und Beschlusungs-Anzeigen 25 Pfg. „Kleine Anzeigen“, das erste (jetztgedruckte) Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inletzte für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochenenden bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

**Abonnements-Bedingungen:**  
Monatlich 3,30 Mk., monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 38 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragene in die Post-Zeitungs-Preisklasse. Unter Streifenband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

### Dämmerungen.

Graf Posadowsky hat am Dienstag im Reichstage eine Rede gehalten, die in mancher Hinsicht interessant ist und eine nachträgliche Betrachtung lohnt. Es handelte sich um die Frage der Zwangsversicherung der Handwerker, wobei auch die sogenannte Mittelstandsfrage mit erörtert wurde. In seinen allgemeinen Bemerkungen über die Mittelstandsfrage zeigte sich Graf Posadowsky als ein Mann, der dem Wesen unserer wirtschaftlichen Entwicklung nicht so ganz verständnislos gegenüber steht. Er sieht sehr wohl die Triebkräfte der modernen Kultur und weiß, daß eine Rückkehr zu überwundenen Wirtschaftsformen nicht möglich ist. Mehrere seiner Aeußerungen, die wir nach dem Stenogramm zitieren, sind kennzeichnend dafür. So sagte er:

„Es macht sich jetzt bei der Behandlung dieser Mittelstandsfrage ebenso, wie es von der äussersten Linken geschieht, eine gewisse Feindschaft gegen die Assoziation des Kapitals geltend. (Zurufe rechts.) Die Assoziation des Kapitals macht sich geltend in den großen Banken, die damit den Geldmarkt beherrschen wollen, sie macht sich geltend in den industriellen Kartellen und trustartigen Ringen, die sich assoziieren, um Rohstoffe, Halbfabrikate und Ganzfabrikate zu liefern, und sie macht sich endlich geltend in den großen Warenhäusern, die auch nichts anderes sind als eine Assoziation des Kapitals, um dem Publikum seine täglichen Lebensbedürfnisse zu liefern. (Sehr richtig! links.) Ich gestehe ohne weiteres: diese Assoziation des Kapitals hat sehr düstere Seiten und ist für den Mittelstand eine große Gefahr! (Sehr richtig! rechts.) Darüber kann man sich nicht einen Augenblick zweifelhaft sein. Aber man darf auch nicht vergeßen, daß auf dieser Assoziation des Kapitals sozusagen auch unser ganzer Kulturfortschritt beruht. (Sehr richtig! links. Weiterleft.) Meine Herren, würden wir denn ein so hochkultivierter Staat sein, wie Deutschland jetzt ist, ohne die Assoziation des Kapitals? Haben wir denn nicht durch die Assoziation des Kapitals alle die großen Verkehrseinrichtungen, alle die Einrichtungen, die einem Kulturstaat den Stempel aufdrücken, überhaupt erst erreicht? Und wie kommt es, daß andere, kapitalärmere Staaten auch kulturell rückständig sind? Weil sich dort die Assoziation des Kapitals nicht bilden kann, weil man dort nicht den Mut und die Rechtschaffenheit hat, sich zu großen Unternehmungen zu vereinen und die Kultur- einrichtungen zu schaffen, auf die wir schließlich doch stolz sind und deren wir uns erfreuen.“

Meine Herren! Man greift die Warenhäuser an, man hat auch versucht, sie durch eine Warenhaussteuer einigermaßen in ihrem wirtschaftlichen Einfluß unschädlich zu machen — ich glaube, bisher ohne irgendwelchen sichtbaren Erfolg. (Sehr richtig! rechts.) Aber worauf beruht denn der Ruf der Warenhäuser? Ich bin der letzte, der ein Loblied auf sie singen will; aber sie hängen eben mit unseren ganzen modernen Verkehrseinrichtungen zusammen. (Sehr richtig! links.) In dem Tage, meine Herren, wo Sie in Berlin die Untergrundbahn besichtigen, wo Sie die billigen Verkehrsgelegenheiten abschaffen, sind die Warenhäuser gewesen.“

Ich meine, wenn man die modernen Kapitalassoziationen, die auf manchen Gebieten überhaupt nur imstande sind, das zu schaffen, was die moderne Kultur erfordert, angreift, darf man auch nicht ganz vergessen, welcher Kulturfortschritt andererseits in mancher Beziehung durch diese Assoziationen geschaffen ist.“

Und an anderer Stelle derselben Rede: „Meine Herren, ich meine also: es kann für den Mittelstand noch vieles geschehen, und es muß noch vieles geschehen. (Sehr richtig! rechts.) Aber dazu muß man sich vor allem auch in den Einzelstaaten entschließen, noch große Mittel aufzuwenden, um den Mittelstand in seiner technischen und kaufmännischen Ausbildung zu heben und ihm möglich zu machen, diese vertiefteste Bildung auch wirklich anzuwenden. Aber weder ein sozialistischer Vorkühnheit noch der extremste Vertreter der Mittelstandspartei wird es ermöglichen, sei es durch eine kollektivistische Gesetzgebung, sei es durch eine Gesetzgebung, die zu längst überwundenen wirtschaftlichen Formen zurückkehren will, die moderne wirtschaftliche Entwicklung aufzuhalten, in der wir uns befinden, und auf der schließlich unser ganzes Staatswesen beruht. Beide Richtungen, meine Herren, werden nie realisiert werden.“

Graf Posadowsky erkennt also sehr wohl die Rolle des Kapitalismus für unsere gegenwärtige Entwicklung. Aber er verkennt allerdings vollständig die Stellung der Sozialdemokratie zu der Kapitalassoziation, wenn wir sein Wort gebrauchen sollen. Die moderne wirtschaftliche Entwicklung aufzuhalten zu wollen, fällt keinem Sozialdemokraten ein; noch niemals hat ein Sozialdemokrat eine solche Ansicht oder Absicht ausgesprochen, und es besteht deshalb bei der Sozialdemokratie auch keinerlei Feindschaft gegen die Assoziation des Kapitals. Die Sozialdemokratie würdigt im Gegenteil die Bedeutung des Kapitalismus für die moderne Entwicklung vollkommen und sie geht in der Beurteilung seiner Ueberlegenheit gegenüber veralteten Wirtschaftsformen weiter als Graf Posadowsky. Dieser meint nämlich, daß dem Mittelstande zu helfen sei durch Vertiefung der kaufmännischen Kenntnisse und Erhöhung der gewerblich-technischen Fertigkeiten der Handwerker. Die Sozialdemokratie ist der Meinung, daß auch dies die Ueberlegenheit des Großbetriebes nicht erschüttern und dem sogenannten Mittelstande, das heißt dem selbständigen Kleingewerbetreibenden nicht helfen wird. Allerdings ist darum die Vermehrung der kaufmännischen und technischen Kenntnisse und Fertigkeiten nicht überflüssig, sondern im Gegenteil sehr wichtig, weil sie die allgemeine Kulturentwicklung zu fördern geeignet sind. Die Sozialdemokratie ist sogar weiter der Meinung, daß die menschliche Gesellschaft gar kein Interesse an der Konfervierung veralteter Wirtschaftsformen, veralteter Betriebsmethoden hat. Sie hat vielmehr einzig das Interesse, die Entwicklung zu fördern, die darauf gerichtet ist, möglichst viel Gebrauchsgegenstände mit möglichst wenig Auf-

wand an Zeit und menschlicher Arbeitskraft zu schaffen und die freierwerdende Zeit und Arbeitskraft auf die Förderung der geistigen Kultur zu verwenden.

Die Sozialdemokratie steht also nicht der Assoziation der wirtschaftlichen Kräfte feindselig gegenüber, sie will sie vielmehr noch steigern. Dagegen will sie allerdings den Kapitalismus beseitigen, insofern sie darunter den Privatbesitz an den Produktionsmitteln mit der privaten Aneignungsweise der Produkte menschlicher Arbeit versteht, womit der Mißbrauch der menschlichen Arbeitskraft und all das Elend der arbeitenden Bevölkerung inmitten des jetzt schon unendlich schwellenden Reichtums verbunden ist. Man braucht sich nicht einmal in statistische Zahlenreihen zu vertiefen; ein Gang durch die Leipzigerstraße in Berlin jetzt zur Weihnachtszeit zeigt dem sehenden Auge den klaffenden Gegensatz zwischen den Reichtümern unserer Gesellschaft, die doch durch die Arbeit geschaffen wurden, und dem Elend der Armen, die da, vom zarten Kinde bis zum wandelnden Greise ihre Grobshandarbeiten feilbieten. Und wer damit noch einen Gang durch die Arbeiterquartiere des Nordens verbindet, der kann sich der Einsicht nicht verschließen, daß die Arbeiterklasse bis jetzt noch herzlich wenig von dem Reichtum hat, der allerdings erst durch den Kapitalismus möglich geworden ist. Den wollen wir allen zugänglich machen und auch noch erheblich steigern. Deshalb ist es Unfug zu sagen, wir wollten die wirtschaftliche Entwicklung aufhalten. Nein, fördern wollen wir sie und alle Kräfte dafür frei machen, die heute noch gebunden sind, und die der Privatbetrieb, der ja nur die Rücksicht auf den Vorteil der Kapitalbesitzer, nicht die Rücksicht auf das Interesse der Gesamtheit kennt, niemals vollständig freimachen kann, was, abgesehen von allem anderen, sich schon an dem Problem der Arbeitslosigkeit zeigt.

Das begreift Graf Posadowsky nicht. Seine Einsicht ist äußerst kurzichtig. Das zeigte sich auch in seiner Stellung zu der Versicherungsfrage. Er will Deutschland nicht zu einem großen Versicherungsstaate machen. Er fürchtet für den Spartrieb, fragte, wer denn eigentlich unterschützt bleiben sollte, und malte Schreckbilder von einem Mangel an Latkraft, der sich schon vielfach zeige in dem „Ringen um die Rente“. Wenn es richtig ist, daß manche Versicherer, wie Posadowsky sagte, ihr Glück nur noch in der Rente sehen, dann beweist das doch nur das furchtbare Elend, in dem diese Leute leben. Die elend müssen Menschen gestellt sein, die mit verzweifelter Kraft um eine Rente von bestenfalls 300, 400 oder 500 M. im Jahre ringen und darin ihr höchstes Glück sehen! Und das inmitten der von Posadowsky geschilderten Kultur!

Im übrigen halten wir es allerdings für eine Aufgabe des Staates, der Gesellschaft, allen Erwerbsunfähigen einen menschenwürdigen Lebensunterhalt zu garantieren.

Die Ausführungen des Grafen Posadowsky beweisen, daß er sich — allerdings nur auf dem Gebiete des Industriekapitalismus, nicht auf dem des Agrarkapitalismus — frei gemacht hat von den äußersten Kleinbürgerlichen und reaktionären Utopien. Die Wirtschaftskritik der Sozialdemokratie hat ihn in negativer Hinsicht von den ärgsten Rückständigkeit befreit. Aber weiter als bis zur Ablehnung der reaktionärsten Illusionen ist er nicht gediehen; die positiv schöpferische Kritik des Sozialismus ist ihm noch wie vor völlig verschlossen. Er ist durch die Beschäftigung mit sozialpolitischen Problemen zwar ernster und klüger geworden als die heutigen Minister sonst sein dürfen — aber er hat nun auch, in dem Ringen um Verständnis, jede Einheit und Konsequenz des Gedankens verloren.

### Politische Uebersicht.

Berlin, den 15. Dezember.

#### Reichstag.

Im Reichstage zog sich am Donnerstag die Debatte über die Militärpensions-Gesetze noch ziemlich lange hin, ohne indessen wesentlich neue Gesichtspunkte zu bieten. Sie verlief sich in allerlei Einzelheiten, aus denen nur zwei Fragen von allgemeiner Bedeutung hervortraten, die Fragen der rückwirkenden Kraft der Gesetze und der Deckung der durch die Erhöhung der Pensionen erwachsenden Mehrausgaben. Alle Parteien machten der Regierung den Vorwurf, daß sie trotz der schlechten Finanzlage immer neue Ausgaben dem Reiche aufbürden wolle, ohne von vornherein einen Plan zu ihrer Deckung vorzulegen. Dem wußte der Reichs-Schatzsekretär Herr v. Stengel nichts anderes entgegenzustellen, als die vielgebrauchte patriotische Phrase, daß das Gesetz der Erhaltung der deutschen Wehrkraft dienen und deshalb ohne Rücksicht auf die Kosten bewilligt werden müßte. Auch die Anregung, dem Gesetze rückwirkende Kraft beizulegen, bekämpfte der Reichs-Schatzsekretär mit dem Hinweis auf diesen neuen Zweck der Gesetze. Aber in dieser zweiten Frage fand der Staatssekretär mehr Zustimmung im Hause. Sowohl die freisinnigen Abgeordneten W i e m e r und R o m m e n, wie die Antisemiten, die bei der Größe ihrer Partei glauben, immer zu zweien sprechen zu müssen, als auch die Reichspartei erklärten sich gegen jede Erhöhung der Pension der schon vor Inkrafttreten des Gesetzes pensionierten Offiziere.

Abgesehen von diesem sachlichen Inhalt hat die Debatte natürlich wieder Anlaß zu einer Polemik gegen die Sozialdemokratie. Die bürgerlichen Parteien taten alleamt überaus überrascht darüber, daß die Sozialdemokratie bereit sei, nicht

nur für die Opfer des Militarismus unter den einfachen Soldaten und Unteroffizieren einzutreten, sondern auch den pensionierten Offizieren angemessene Pensionen zuzugestehen. Herr W i e m e r deutete das als ein Umsichgreifen des „parlamentarischen Kretinismus“; Herr S p e d entdeckte einen prinzipiellen Mangel der Parteitaktik darin, daß wir — wie ungefähr seit der Reichsgründung — für einzelne Titelstimmen, und Herr Liebermann von Sonnenberg verächtete mit seinem komischen Pathos; auch trotz Bewilligung von Offizierpensionen würde es uns nicht gelingen, Kaiser und Reich zugrunde zu richten!

Einen zweiten Anlaß zu Angriffen gegen die Partei gab der vom Genossen Gradnauer gestern dargestellte Fall der Verabschiedung des Generals v. Kretschman. Der Reichsparteiler Herr v. Tiedemann versuchte, die von der Tochter des Generals herrührende Darstellung durch eine Beschimpfung des verstorbenen Mannes, den er seinen Freund nannte, zu entkräften. In alledem hatte Genosse S ü d e l u m leichtes Spiel. Er bezeichnete die Verdächtigungsverfuche mit Recht als beweislos und unvornehm, und machte den Kriegsminister nochmals auf den eigentlichen Kernpunkt der Darstellung über die Verabschiedung des Generals v. Kretschman aufmerksam, über den der Minister wohlweislich geschwiegen hatte. Er erhob dann noch einmal Protest gegen das jetzige militärische System, das uns gleichwohl nicht abhalten kann, wie wir es immer und überall anders auch getan haben, seinen Opfern, den Invaliden, zu helfen.

Herr v. Einem war nun gezwungen, sich noch etwas deutlicher über den Fall Kretschman auszusprechen, und da konnte er es denn nicht leugnen, daß die Kritik, die General v. Kretschman an den famosen Kavallerie-Mitaden geübt hatte, der Grund zu seiner Verabschiedung gewesen sei. Und ebenso wenig konnte der Kriegsminister abstreiten, daß ganz allgemein die Offiziere, die bei der Beförderung übergegangen seien, ihren Abschied nehmen müßten, selbst wenn sie für den von ihnen bedingten Posten vollaus geeignet. Zur Rechtfertigung des Einzelfalles wie der Gesamterscheinung verschwand Herr v. Einem prompt, wie immer in solchen Fällen, hinter „des jetzigen Kaisers Majestät“. Nur der Offizier, der sein unbedingtes Vertrauen und volles Verständnis für alle seine Anordnungen habe, könne Regimentskommandeur usw. werden. Da ist es natürlich kein Wunder, wenn der Pensionsetat sich im letzten Jahrzehnt verdoppelt hat.

Zum Schluß gab es noch Streit darüber, ob die Vorlagen einer besonderen oder der Budgetkommission überwiesen werden sollten. Gegen den Willen der Rechten und der National-liberalen entschloß sich die Mehrheit für die Budgetkommission. Zu ihrem Gebiete gehört wegen der finanziellen Tragweite diese Vorlage, und wenn die dazwischentretende Etatsberatung die Beschlußfassung über dieses Gesetz auch verzögert, so ist daran doch nur die Regierung schuld, die den Reichstag so spät zusammenberufen hat. Eine besondere Kommission für diese Vorlage wäre ja auch zum guten Teil eine Versammlung verabschiedeter Offiziere gewesen.

Nach den Weihnachtsferien, am 10. Januar, wird der Reichstag zunächst die Etatsresolutionen über den Beschäftigungsnachweis für Handwerker verhandeln.

#### Die Vertrauensfrage der Presse.

London, 18. Dezember. (Sig. Ber.) Wie in den meisten Produktionszweigen der kapitalistischen Welt, vollzieht sich auch die Konzentration der Presse. Mit der Konzentration wächst zwar die Existenzsicherheit der Angestellten, aber ihre Unabhängigkeit nimmt ab. In rein materiellen Produktionszweigen ist die Abnahme der Unabhängigkeit nicht so fühlbar wie in der Presse. Mit dem Eintritt eines Blattes in den Trust ändert sich auch seine geistige Stellung. Die Vertrauensfrage der Presse wird hier von zwei Personen vollzogen: von Harmsworth und Pearson. Der erstere besitzt: „Daily Mail“, London; „Evening News“, London; „Daily Mirror“, London; „Leeds Mercury“; „Glasgow Record“; „Manchester Courier“; Pearson besitzt: „Standard“, London; „Evening Standard“; „St. James Gazette“; „Daily Express“; „Birmingham Daily Gazette“ und noch vier andere Provinzialblätter. Beide besitzen außerdem einige Unterhaltungsblätter. Sowohl Harmsworth wie Pearson sind Anhänger Chamberlains.

Die liberale Presse zitiert über diese Frage einen Artikel von Dr. Barth in seiner „Nation“, in dem über den schädlichen Einfluß der kartellierten Presse geklagt wird. Der „Speaker“ macht hierzu folgende Bemerkung: „Dr. Barth's Warnung ist nur zu wohl begründet, aber in Deutschland gibt es wenigstens eine große Quelle der Erlösung, und diese ist die sozialistische Presse, die von den Arbeitern erhalten und von der Partei geleitet wird.“

#### Keine Aenderung des absolutistischen Systems!

Daß der russische Absolutismus und die Kamarilla von politischen Strebern und Freibeitern, die diesen Absolutismus aufrecht erhält, noch keineswegs geneigt sind, trotz der ostasiatischen Krise und trotz der einen gewaltigen Umfang annehmenden Bewegung in Rußland ernsthafte politische Zugeständnisse zu machen, geht wieder aus dem Verlauf einer Audienz hervor, welche die achtzehnjährige Delegation der Rechtsanwälte aus Petersburg und Moskau bei dem Minister des Innern hatte. Die achtzehn Vertreter der Rechtsanwälte überreichten dem Minister



Ihre Resolution, die sich mit der der Semstvos deckte. Die Rechts-anwälte fügten hinzu, daß die Gerichte nach der jetzt bestehenden Ordnung unmöglich erfolgreich wirken könnten. Der Minister nahm die Resolution entgegen, las sie durch und richtete an den Hauptvertreter der Deputation die Frage: „Sie wollen also eine Aenderung des bestehenden Staatssystems?“ Als der Befragte bejahend antwortete, erklärte der Minister: „In diesem Falle darf ich Ihre Resolution nicht annehmen.“ Der russische Absolutismus und seine Hintermänner fühlen ihre Position also noch immer nicht derartig erschüttert, daß sie zu ernsthaften Angelegenheiten, zu einem Bruch mit dem gegenwärtigen System der Censur und der Krone geneigt wären. Vorläufig glauben sie, noch mit allerhand kleinen Konzessionen, namentlich an die bestehende Klasse der Juden, deren Geld sie für den Krieg gebrauchen, den Sturm beschwichtigen zu können. Es wird also noch gewaltiger Anstrengungen der antiabsolutistischen Elemente in Rußland und schwerer Schläge in Ostasien bedürfen, bis der Widerstand des Absolutismus erschüttert sein wird.

## Deutsches Reich.

### Reaktionäre Konservierung.

Wir haben uns gestern mit dem durchaus verfehlten Gegen-sätzlichkeits-Antrag der freisinnigen Volkspartei beschäftigt. Wir haben uns sehr glimpflich ausgedrückt, obwohl schon das un-begreiflich ist, wie ein von Juristen unterzeichneter Antrag eine juristisch so vollkommen unfaßbare nebelhafte Form wählen konnte. Wir haben dargelegt, daß der Gegen-sätzlichkeits-Paragraf historisch und sachlich aus dem Gedanken der heiligen Allianz entspringt und daß es schlechterdings unerträglich ist, ihn zu beseitigen, weil es keine Möglichkeit gibt, ihn zu verbessern. Wer die Verhandlungen von 1878 kennt, als die Gegen-sätzlichkeits-Paragrafen 102 und 103 geschaffen wurden, der weiß, daß man schon damals eigentlich vollkommen im Unklaren war, was mit diesen Paragrafen anzufangen sei.

Es war selbstverständlich, was die freisinnigen Blätter auf unsere Kritik antworten würden. Wir stellten uns auf den Standpunkt alles oder nichts; es sei sehr wohlfeil, solchen Radikalismus zu bewahren, dagegen seien die Freisinnigen so vernünftig, nur das Erreichbare zu wollen usw. Wir sind allerdings bei derartigen „Reform“versuchen unzulässiger Gesetzesbestimmungen stets der Meinung, daß es noch besser ist, das Schlechte bestehen zu lassen, als es durch analoge Reformen zu konservieren. Gerade die Geschichte unseres deutschen Strafrechts beweist, wie gefährlich es ist, in diesen Fragen sich auf den Standpunkt des angeblich nur Erreichbaren zu stellen. Heute sind alle Juristen darüber einig, daß unser ganzes Strafrecht, Strafprozess-Ordnung usw. durch und durch verpufft ist. Die Ursache dafür liegt eben darin, daß man in der Ära der liberalen Gesetzgebung stets Kompromisse geschlossen hat, und daß bei Kompromissen in Rechtsfragen nur eine Verwirrung und Unklarheit herauskommen kann, ist selbstverständlich.

Sachlich vermag die „Vossische Zeitung“ gegen unsere Kritik nichts einzuwenden, es müßte denn sein, daß sie uns darüber belehrt, daß auch republikanische Präsidenten auf Grund der Privatbeleidigungs-Paragrafen sich gegen Verunglimpfung schützen können. Das weiß jedes Kind. Aber wir wollen gerade das gleiche Recht für alle und keine Ausnahmestimmungen zugunsten monarchischer Staats-Oberhäupter. Darin liegt eben der fundamentale Unterschied zwischen dem Majestätsbeleidigungs-Paragrafen und dem gewöhnlichen Beleidigungs-Paragrafen. Aus jenem wird nach der heutigen Rechtspraxis deduziert, daß der Wahrheitsbeweis unzulässig ist. Dagegen gestattet der Privatbeleidigungs-Paragraf den Wahrheitsbeweis und würde damit zu einer gewaltigen Waffe der Aufklärung werden, wenn etwa der Jar wirklich die Reizung verpirnen würde, auf Grund dieses Paragrafen in Deutschland eine Strafverfolgung zu beantragen.

Die „Vossische Zeitung“ ist aber diesmal mit ihrer Schablone des Erreichbaren und ihrer Verhöhnung des wohlfeilen Radikalismus ganz besonders unglücklich, denn sie wird uns wohl zugeben, daß man in Deutschland für Erreichbares halten sollte, was selbst in Rußland Rechtens werden soll. Die Dinge stehen nämlich so, daß das neue russische Strafgesetzbuch die Gegen-sätzlichkeit prinzipiell ausschaltet. Es gibt keine Gegen-sätzlichkeit für Hochverrat mehr, wie es auch schon bisher keine Gegen-sätzlichkeit für Majestätsbeleidigungen gab. Das neue russische Gesetz läßt nur noch für einen einzigen Fall die Gegen-sätzlichkeit zu, nämlich gegen den unmittelbaren gewaltsamen und bewaffneten Aufruhr gegen einen fremden Staat, und auch in diesem Falle sind nur ganz gelinde Freiheitsstrafen angedroht. Tatsächlich also verneint auch das russische Recht prinzipiell die Gegen-sätzlichkeit, wie Rußland übrigens in der Praxis auch bisher noch niemals von dem Gegen-sätzlichkeitsparagrafen des alten Strafgesetzbuches Gebrauch gemacht hat. Es ist ein schönes Zeichen für die Bedeutung des königlich privilegierten „Vossischen“ Liberalismus, daß er im Reichstag des allgemeinen Wahlrechts für unerreichbar hält, was selbst in Rußland als selbstverständlicher Grundgesetz gilt.

### Ein dunkles Stück des Militarismus.

Ueber den Spionageprozess, der am Mittwoch vor dem Reichsgericht verhandelt wurde, werden die folgenden Mitteilungen gemacht, in denen sich eine der trübsten Folgen des internationalen Militarismus spiegelt:

Die Anklage lautet auf Verstoß des Verrates militärischer Geheimnisse an die französische Regierung. Der Angeklagte Michel Hense, ein Mann mit intelligenten Gesichtszügen, ist am 12. Januar 1857 in Luxemburg geboren. Er hat seit seinem vierzehnten Jahre in Metz gelebt und ist eskadronführerischer Staatsangehöriger gewesen. Neben seinem Freiberufliche trieb er einen Handel mit Antikensachen, der ihn häufig in Antwerpen usw. führte. Hierdurch erlangte er Kenntnis von manchen militärischen Dingen. Im Sommer dieses Jahres gab er seinen bisherigen Beruf als Freiberuflicher auf und siedelte nach Nancy über, wo er einen Speereihandel begann. Er kam aber häufig nach Metz zurück. Hier hatte er vorher die Bekanntschaft des Jüngers Schöthe gemacht. Dieser war, als er noch Jungfeldwebel war, in den Verdacht gekommen, ein Geheiß gestohlen zu haben. Er wurde zwar freigesprochen, hatte aber 90 Tage in Untersuchungshaft sitzen müssen. Vier Monate Gefängnis hat er wegen Ungehorsams gegen einen Befehl erhalten. Als Hense ihn kennen lernte, war er gerade ohne Arbeit und Mittel. Hense glaubte in ihm eine für seine Zwecke geeignete Persönlichkeit gefunden zu haben, mußte dann aber später zu seinem Leidwesen erfahren, daß er sich geizig hält. Mit dem französischen Grenzkommissar Venner in Nancy war Hense schon früher bekannt geworden. Dieser veranlaßte Hense, ihm gegen Bezahlung das Bild eines deutschen Hauptmannes, sowie eines Reservewildes, auf dem derselbe sich ebenfalls befand, gegen Bezahlung zu verschaffen. Venner wünschte durch Hense mit Personen bekannt zu werden, die bereit wären, militärische Geheimnisse zu verraten, und wurde von Hense auf Schätze aufmerksam gemacht. Venner trat zu Schöthe in Beziehungen und vermittelte dessen Bekanntwerden mit dem Kapitän Ruzigin, dem Chef der Spionage beim Gouvernement in Nancy. Dieser verpachtete Schöthe 500 M. für eine angeblich existierende „Anleitung zur Funktion D“ und bestellte ferner bei ihm Nachrichten über die Ausrüstung der neuen Panzertruppe, über den Neubau eines Forts sowie über Feldbauingenieur, Feldkanonen und deren Geschosse; auch über das Maschinengewehr mit Panzerbedeckung verlangte er Auskunft. Diese Nachrichten sind zum Teil solche, die im Interesse der Sicherheit des Deutschen Reiches geheim zu halten sind. Hense behauptet, er habe sich um alle diese Angelegenheiten nicht gekümmert, er will lediglich aus Mitleid mit Schöthe diesem die Gelegenheiten gegeben haben, etwas zu verdienen. Daß er aber selbst die Absicht hatte, an dem Gewinn sich zu be-

teiligen, ergibt sich aus verschiedenen Umständen, insbesondere daraus, daß er sich bereit erklärte, die geheimen Nachrichten über die Grenze zu schaffen und daß er Schöthe aufforderte, mehr Geld zu verlangen, damit er auch etwas abheben könne. Er sprach u. a. davon, daß an einer gewissen Stelle die Grenze ohne Gefahr überschritten werden könne und daß man von hier aus das ganze Deutsche Reich verraten könne. Verraten worden ist durch Hense und Schöthe nichts an Frankreich. Schöthe behauptete als Zeuge, daß er von Anfang an nur zum Schein auf das ihm angebotene Geschäft eingegangen sei und niemals die Absicht gehabt habe, Geheimnisse zu verraten. Er machte einen guten Eindruck und wurde auch vereidigt. Als Grund seiner Handlungsweise gibt er an, er habe beweisen wollen, daß der Verdacht, er habe seinerzeit das Geheiß entwendet, unbegründet, er vielmehr in ständiger Verbindung mit dem Deutschen Reich einen Dienst zu leisten. — Der Reichsanwalt wies in seinem Plaidoyer darauf hin, daß der Angeklagte früher einmal für Deutschland spionierte habe, dann aber in den Dienst der französischen Spionage getreten sei. Er sei mit großer Intelligenz und Zweckdienlichkeit zu Werke gegangen. Sein Zorn habe sich nicht auf vorbereitende Handlung beschränkt, er habe vielmehr alles getan, was dazu dienen konnte, die geheimen Nachrichten der französischen Regierung in die Hände zu spielen. Daß er in der Absicht des Geldgewinnes gehandelt sei, auch erwiesen. — Der Verteidiger Justizrat Dr. Viskhoff bestränkte sich, da der Angeklagte in der Hauptsache geständig war, darauf, eine milde Beurteilung der Tat zu empfehlen. — Entgegen dem Antrage des Reichsanwalts, welcher 4 Jahre beantragt hatte, erkannte das Reichsgericht auf zwei Jahre Zuchthaus, fünf Jahre Ehrverlust und Zulässigkeitsverlust der Polizeiaufsicht. In den Gründen wurde betont, daß strafmildernd in Betracht kommen die bisherige Unbedoltheit des Angeklagten, sein Geständnis und der Umstand, daß die Tat im Stadium des Versuches geblieben ist; strafverschärfend kam in Betracht die große Energie, mit der er vorging.

Einen Wahlrechtsraub verübten die Nationalliberalen in R. Ghabach. Im dortigen Stadtverordneten-Kollegium verfügten die Nationalliberalen seit alterher über die zwei Drittel-Mehrheit, doch sollte dieses von Neujahr an anders werden, denn das Zentrum hatte bei der letzten Stadtverordnetenwahl in der zweiten Abteilung einige Sitze erobert. Um sich nun die Herrschaft wieder zu sichern, brachten die Nationalliberalen einen Antrag auf Aenderung des Wahlrechts ein. In Zukunft soll anstelle der bisherigen Zweifelhafte der anderthalbfache Durchschnitt bei Bildung der Wahlkreise maßgebend sein. Durch diese Aenderung werden eine ganze Anzahl Wähler der zweiten Abteilung in die dritte gebracht, sodas erstere wieder in den unbeschränkten Besitz der Nationalliberalen gelangt. Zur Annahme eines solchen Antrages gehört eine zwei Drittel-Mehrheit, welche die Nationalliberalen aber nur durch einen Rechtsbruch sich verschaffen konnten. Es waren nämlich Erstgewählte nötig gewesen, die zugunsten des Zentrums ausgesprochen waren. Hätte man die Gewählten, wie vom Zentrum beantragt, und wie es richtig ist, sofort in ihr Amt eingeführt, so war das Stimmenverhältnis 17 zu 18. Die Nationalliberalen lehnten aber einfach den Antrag ab, die Erstgewählten — es handelte sich um Wahlen für Stadtverordnete, die ihr Amt niedergelegt — für gültig zu erklären, und setzten ihren Wahlrechtsantrag durch.

Wenn sich auch das Vorgehen der Nationalliberalen gegen das Zentrum richtet, das in der nämlichen Lage gegen unsere Partei nicht anders gehandelt hat und nicht anders handeln wird, so bleibt es doch ein gemeiner Gewaltakt.

### Sozialistenrede im württembergischen Landtag.

Stuttgart, 14. Dezember. (Privattelegramm.) Die Frage des Verfassungswortes der Regierung für die in großen Städten mit der Verabreichung der Ortspolizei zu betrauernden städtischen Beamten führte heute bei der Weiterberatung der neuen Gemeinde-Ordnung zu einer kleinen Sozialistenrede. In der Kommission war auf Verreiben der Sozialdemokraten das in der Regierungsvorlage verlangte Verfassungswort aus dem Entwurf gestrichen worden. Nun stellte im Plenum der Zentrumsd Abgeordnete Kienne den Antrag auf Wiederherstellung dieser Bestimmung. Er wies auf das allgemeine Ansehen der sozialdemokratischen Stimmen bei den diesjährigen Bürgerwahlen hin und sprach die Befürchtung aus, daß in drei bis vier Jahren die Sozialdemokratie in Stuttgart stärker sein werde, als die vereinigten bürgerlichen Parteien. Dann würden die Sozialdemokraten, die nach dem vom Abgeordneten Keil gut geheißenen Anspruch Weibels alle Todfeinde der bürgerlichen Gesellschaft seien, womöglich einen solchen Todfeind zum Polizei-Amtmann machen. Dem müsse vorgebeugt werden. Der Volkspartei war die Provozierung des Zentrumsdredners, die die Rede von der sozialdemokratischen Niederlage in Stuttgart lägen straf, sichtlich unangenehm. Der Abgeordnete Hausmann erklärte die Befürchtung für übertrieben. Von einer sozialdemokratischen Gefahr sei zunächst noch keine Rede. Die Sozialdemokraten könnten endlich aufhören, sich in ihrer Agitation blutinstigster Phrasen zu bedienen und dadurch dem Fortschritt Steine in den Weg zu werfen. Genosse Klotz erwiderte, die Landtagsmehrheit habe es in der Hand, die Majorisierung auf dem Stuttgarter Rathaus zu verhindern durch Zustimmung zu der sozialdemokratischen Forderung der Proportionalwahl. Daß die Sozialdemokratie die heutige Gesellschaftsordnung für unrichtig halte und eine völlige Umwandlung anstrebe, sei doch nicht Neues. Man tue also nicht, als ob in der mehr oder weniger temperamentsvollen Ausdrucksform dieses Gedankens der Grund für die auch hier wieder beabsichtigte Unterdrückungsmaßregel gegen die Sozialdemokratie gelegen liege. Darauf gab der Abg. Kienne zu, es komme ihm nicht auf Aussprüche an, sondern auf das programmatische Ziel der Partei. Daß man ruhige Worte benutzte, wie der Abg. Klotz tut, ändere an der Zugehörigkeit zu einer Partei nichts, die den Kommunismus wolle. Die Debatte endete mit der Annahme des Zentrumsantrages. Alle von sozialdemokratischer und volksparteilicher Seite gestellten Abänderungsanträge wurden abgelehnt.

Landtagswahlen in Lippe-De-mold. Wie uns aus Lemgo ein Privattelegramm meldet, ist im zweiten Wahlkreis, bestehend aus den vier Städten des Fürstentums Lemgo, Varntrop, Blomberg, Salzuflen, Schmutz (Sozialdemokrat), gewählt worden. Tille (fr. Sp.) unterlag.

### Kolonialer Jubel.

Die koloniale Presse jubelt darüber, daß nunmehr Aussicht dafür gegeben sei, daß künftig mit den Ausgaben für unsere Kolonien nicht mehr in derselben Weise „gespart“ werden würde wie bisher. Der Hintergrund des bisherigen Mißerfolges unserer Kolonialpolitik, namentlich auch des südwestafrikanischen Aufstandes, sei nur in der falschen Finanzpolitik, d. h. in der allzu großen „Sparsamkeit“ zu suchen gewesen. Hätte man gleich genügend Mannschaften nach Südwestafrika geschickt, um sofort die Unterwerfung und Entwaffnung der Eingeborenen vornehmen zu können, so hätte man keinen südwestafrikanischen Aufstand erlebt, der nunmehr mit einem Kase seine vier Milliarden kosten werde. Diese Gedanken führt namentlich ein Artikel in der „Täglichen Rundschau“ aus. Der gute Mann, der diese Ansichten äußert, vergißt nur, daß damit absolut nichts gespart worden wäre. Die Ausgaben, die jetzt auf 2 Jahre entfallen, wären dann eben in den 15 Jahren der verlossenen Kolonialpolitik in Südwestafrika gemacht worden! Auch würden höchst wahrscheinlich die Ausschreitungen gegen die völlig geknechteten Eingeborenen noch viel schlimmere gewesen sein, als so. Der Verfasser dieses Artikels wiegt sich in den kühnsten Hoffnungen über die Zukunft unserer Kolonialpolitik. Er schreibt: „Nach der Rede des Reichsanwalters sehe ich schon eine neue Morgenröte über unsere Kolonien aufkommen und wenn, was dort draußen vorging, nicht gar so traurig wäre, müßte man fast dem Schicksal dankbar sein, welches durch diesen Aufstand — etwas parforce zwar — aber doch eine solche Wendung zum besten gebracht hat.“

Der Herr hofft also, daß in Zukunft die Millionen gleich dukendweise in die afrikanischen Sand- und Fieberwüsten gesteckt werden!

Einer ähnlichen Hoffnung gab auch der Gouverneur von Deutsch-Ostafrika Graf Göben Ausdrück in einer Ansprache, die er an einem Herrenabend der Rönigener Kolonialgesellschaft gehalten hat. Graf Göben erklärte, daß die jetzige Truppenzahl in Ostafrika absolut unzureichend sei. Darum sei von dem Gouvernement für das Jahr 1905 eine Reorganisation der Schutztruppen vorzuschlagen. Wie die Dinge jetzt lägen, könne man nicht mit Bestimmtheit entscheiden, ob sich nicht so unliebsame Vorgänge, wie man sie jetzt in Südwestafrika erlebt habe, auch in Ostafrika ereignen könnten. Also sollen uns auch durch Ostafrika gewaltige Mehrkosten aufgebürdet werden!

Der nächste Ruffrat-Prozess findet am 7. Januar in Oldenburg statt.

Nach der „Frankfurter Zeitung“ hat der Minister Ruffrat auch gegen den nationalliberalen Reichstagsabgeordneten Wöttinger Klage angestrengt, wegen eines von ihm veröffentlichten Artikels. Da Wöttinger als Reichstagsabgeordneter immun ist, kann's lange dauern, bis dieser sehr erwünschte Prozess verhandelt werden kann.

### Der Krieg gegen die Witbois.

General v. Trotha meldet aus Windhof unter dem 14. d. M.: Bei Absingung des Gefechtsfeldes von Nariis (5. Dezember) fand eine Sanitätspatrouille noch 50 bis 60 tote Hottentotten. 3000 Stück Vieh sind noch zusammengetrieben worden, so daß die Gesamtzahl des den Witbois abgenommenen Viehs 15 000 Stück beträgt. Deimling, der in Verfolgung der geschlagenen Witbois am 8. Kalkfontein erreicht hatte, setzte auf die Ausfänge von Gesangenen, daß Hendrik Witboi bei Witkrans sei, die Verfolgung noch in der Nacht zum 9. fort. Der Feind war jedoch bereits in Richtung Gochas entflohen. Deimling hat Meister beauftragt, mit 3 Kompanien und einer Batterie die Verfolgung in Richtung Gochas fortzusetzen, und will selbst mit Halbbatterie Stuhlmann nach Gibeon abmarschieren, wo er am 13. einzutreffen hofft. Kleist mit 1 Kompanie, mit 1 Batterie behält vorläufig Nietmont besetzt.

Amliche Meldung. Nach einem Telegramm aus Windhof ist im Gefecht bei Warmbad am 28. November schwer verwundet worden: Sanitätsunteroffizier August Schud, geboren 28. August 1879 zu Niederlinden (Rheinpfalz). — Seit 2. Dezember — Gefecht bei Nietmont — vermisst: Unteroffizier Franz Henke, geboren 16. Dezember 1882 zu Paderborn, früher im Infanterie-Regiment Nr. 16.

### Südensche Zitate.

Wir erhalten folgende Zuschrift: Der Herr Reichsanwalt hatte sich in einer der letzten Reichstags-Sitzungen auf mich berufen als Zeugen dafür, daß es bei uns nicht erlaubt sei, die jeweilig in der Partei herrschende Meinung zu kritisieren. Rebel erklärte in der nächsten Sitzung, ich hätte nie etwas derartiges gesagt. Nun erfahre ich, daß die „Norddeutsche Allgemeine“ ihren Herrn und Meister herauszuheulen sucht durch Zitieren eines Passus — nicht aus einer meiner Schriften oder Reden, sondern aus einer Rede von Kollmar in Dresden.

Um meine „Intoleranz“ nachzuweisen, hatte dieser dort unter anderem bemerkt: „Zuletzt hat er (Kautsky) sich dahin geäußert, die Kritik müsse für eine Zeit eingestellt werden, das Anzweifeln der augenblicklich herrschenden Meinung, der Taktik müsse aufhören.“ (S. 341.)

Das war also kein wörtliches Zitat, sondern ein Zitieren aus dem Kopfe, das sofort den lebhaftesten Protesten begegnete. Das hätte denn doch den Herrn Grafen Bälou — wenn er wirklich das Protokoll zur Hand hatte — ruhig machen und veranlassen müssen, nachzusehen, was ich erwiderte. Wenige Seiten später hätte er gefunden, daß ich erklärte:

„Vollmar hat gestern geäußert, das „große Mißverständnis“ (das Parteitag-Bildblatt) ernst nehmen und mich als den großen Parteipapst hinstellen zu müssen, der jeden Kezer braten lassen will. . . Als Beweis hat er ein paar Zitate angeführt, die ich aber in keiner Weise als von mir geschrieben anerkennen kann.“ Und ich zitierte nun wörtlich, was ich gesagt: „Meinungsverschiedenheiten wird und muß es unter uns immer geben und sie müssen, dem Charakter unserer Partei entsprechend, öffentlich ausgefochten werden. Aber die Meinungsverschiedenheiten dürfen nicht überwuchern, wir haben für längere Zeit mehr als genug davon gehabt und können für ein paar Jahre unsere Selbstkritik reduzieren, namentlich, wenn es eine solche ist, bei der nichts Positives herauskommt.“

Dieser Passus ist im Protokoll zu finden, er ist der „Neuen Zeit“, XXI, 2, S. 700 entnommen.

Ich dachte, mit dieser Konstatierung das Märchen endgültig totgeschlagen zu haben, als hätte ich ein Verbot des Anzweifeln der augenblicklich herrschenden Meinung für notwendig erachtet. Aber siehe da, das „große Mißverständnis“ hat ein jähes Leben, der Reichsanwalt hat ihm im Reichstage zu einer fröhlichen Aufzählung verholten.

### Huoland.

#### Neuer Sturm im ungarischen Abgeordnetenhaus.

Budapest, 15. Dezember. Abgeordnetenhaus. Die Sitzung wird unter großer Erregung eröffnet. Die Abgeordneten sind fast vollständig erschienen. Graf Andrássy erklärt, die interimsische Hausordnung sei nichtig. Er erkenne dieselbe nicht an. Er werde inmitten des anarischen Zustandes, den der Gewaltsturz vom 18. November hervorgerufen habe, seines Bemüht sein, eine friedliche Lösung der kritischen Lage zu suchen. Kossuth schließt sich der Erklärung Andrássy an und fordert den Vizepräsidenten auf, für die Verichtigung des Protokolls der Sitzung vom 18. November Sorge zu tragen, da dieses unwahre Tatsachen enthalte. Graf Apponyi sagt: Wir können die interimsische Hausordnung, die mit Verletzung aller Formen zustande gebracht ist, niemals anerkennen. Wenn wir die neue Hausordnung anerkennen sollen, werfen wir lieber gleich die ganze Verfassung zum alten Gerumpel. Stärken wir die Hände der Gewalttäter nicht dadurch, daß wir dazu mitwirken, wenn sie sich in den Mantel der Gesetzmäßigkeit und Ehrlichkeit hüllen. Die Verfassung hat nur Wert, wenn die Rechte der Minorität gewahrt werden; falls es im Belieben irgend jemandes steht, sie mittels Gewaltakte zu verletzen, so ist es um die Verfassung geschehen. (Stürmischer Beifall.) Ministerpräsident Tisza kann sich in dem unausgesetzten Lärm und Tumult nur schwer verständlich machen. Seine Rede wird von Juristen der Opposition fortwährend unterbrochen. Andrássy, Rakoczy und Kossuth ermahnen die Mitglieder der Opposition, den Redner anzuhören. (Zurufe: Warum will Tisza mit Banditen sprechen, wie er uns jüngst tituliert hat?) Tisza fährt sodann aus: Die Herren Vorredner brechen offene Türen ein, wenn sie langwierig nachweisen, daß am 18. November die Formen der Hausordnung verletzt wurden. Es ist nur die Frage, was eine ärgere Verletzung des Parlamentarismus ist: die tschechische Obstruktion oder die einmalige Verletzung der Hausordnung. Das Parlament hat die Pflicht, die tschechische Obstruktion niederzuringen. Bei diesen Worten bricht ein ungeheurer Lärm aus. Der Abgeordnete der liberalen Partei Theodor Wolfner soll angeblich gerufen haben: Man muß die Obstruktionisten mit der Peitsche austreiben. Doch ist das mit Sicherheit nicht zu konstatieren. In dem ungeheuren Tumult wird die Sitzung suspendiert.

Nach Wiederaufnahme derselben ordnete der Präsident die Abstimmung darüber an, ob der oppositionelle Abgeordnete Lengyel wegen wiederholter Aufzählung an den Immunitätsauschuß verwiesen werden solle. Bei dem Erheben der Abgeordneten von den Plätzen konnte nicht festgestellt werden, ob die Regierungspartei oder



Die Opposition die Mehrheit besitze. Die Opposition forderte daher, daß die Auszählung der Stimmen statthabe. Der Vizepräsident Jatzsch sagte: Infolge der abgeänderten Hausordnung... Bei diesen Worten wurde der Vizepräsident durch stürmische Zurufe unterbrochen: Es gibt keine abgeänderte Hausordnung. Die gesamte Opposition, vor allem die Dissidenten protestierten; viele Oppositionelle eilten zur Präsidenten-Estrade hinaus; auch der Ministerpräsident eilt dahin. Die Oppositionellen verhindern durch unaufhörliche Protestrufe, daß der Vizepräsident sich auf die interimistische Hausordnung beziehe, obwohl er, wie verkündete, dem Wunsche der Opposition willfahren und die Auszählung der Stimmen anordnen wollte. Die Sitzung wird zum zweitenmale auf eine halbe Stunde unterbrochen.

Um 1 1/2 Uhr nachmittags wird die Sitzung wieder aufgenommen. Der Vizepräsident ordnet die Abstimmung an, ohne sich auf die abgeänderte Hausordnung zu beziehen. Darauf tritt Ruhe ein. Die Abstimmung ergibt eine Majorität der Regierung mit 76 Stimmen. Nachdem erhebt sich der Ministerpräsident; sofort entsteht großer Lärm; es werden Rufe laut: Sie werden hier nicht sprechen, ehe die interimistische Hausordnung zurückgezogen ist. Der Vizepräsident ist gänzlich unfähig, die Ordnung wiederherzustellen und Lisza Gehör zu verschaffen. Sobald Lisza zu sprechen versucht, ertönt ohrenbetäubender Lärm und Rufe: Abdanken, abdanken. Lisza vermag nicht einen einzigen Satz zu vollenden. Er steht mit verschränkten Armen volle dreißig Minuten da. Der Lärm beginnt jedesmal wieder, sobald Lisza seine Stimme erhebt. Schließlich suspendiert der Vizepräsident zum drittenmal die Sitzung.

### Schweiz.

Bern, 15. Dezember. Die vereinigte Bundesversammlung wählte zum Präsidenten des Bundesgerichts Monnier-Reuenburg und zum Vizepräsidenten Dr. Jäger-St. Gallen. Ferner wurden neu in das Bundesgericht gewählt: Dr. Affolter-Solothurn, Oberrichter Picot-Gent, Oberrichter Schärer-Jülich und Nationalrat Dr. Schmidt-Mri. Letzterer wurde als Kandidat der Rechten und des Zentrums mit 103 Stimmen gegen den Kandidaten der Radikalen und der äußersten Linken, den sozialdemokratischen Oberrichter Lang-Jülich, der 70 Stimmen erhielt, gewählt.

### Frankreich.

#### Gegen die Revanche.

Der Kampf gegen die Revanche-Idee wird seit Jahren sehr eifrig von den Brüdern Paul und Victor Marguerite betrieben. Den Söhnen des bei Sedan gefallenen Generals. Die beiden Romanschreiber haben, schreibt die „Frankfurter Zeitung“, in letzter Zeit ihre Ansichten klar präzisiert, indem sie in Zeitungsaufsätzen und Vorträgen erklärten, daß schließlich doch die Elise-Vothringer selbst besser wissen müßten, was ihnen fromme, als die Franzosen, und daß somit, da die Bewohner des Reichslandes von einer Wiedervereinigung mit Frankreich durch einen Krieg nichts wissen wollen, die Franzosen kein Recht hätten, sie durch Revanchebestrebungen zu beunruhigen und zu belästigen. Victor Marguerite hat sich darüber zu einem Mitarbeiter der „Humanité“ noch einmal mit der wünschenswertesten Schärfe ausgesprochen, indem er ausführte:

Wir haben eine klar zutage liegende unbestreitbare offizielle Tatsache festgestellt: Die erwählte Vertretung der beiden ehemaligen französischen Provinzen wünscht, daß Elise-Vothringer sich selbst regiere, indem es die Stellung eines deutschen Staates annimmt; was bei uns niemand von ihnen zu sagen wagte, sagen sie jetzt selbst. Wäre es nicht eine haarsträubende Ungerechtigkeit, ihnen daraus einen Vorwurf zu machen? ... Elise-Vothringer will Ruhe haben, es hat das Recht dazu und gibt es zu erkennen; wir ziehen daraus den ganz natürlichen und ganz logischen Schluß, daß es nicht durch einen Krieg wiedergewonnen werden will. Es weiß nur zu gut, daß seine wunden Wunden, daß seine Weinberge, seine Hopfenpflanzungen die Hauptstützen des Krieges sein würden, dessen Vorwand und Gegenstand es selbst wäre; es weiß zu gut, daß selbst wenn es gewaltsam zurückerobert wird, ihm nicht die Zeit gelassen werden dürfte, um seine Wunden zu verbinden und daß das Ringen um seinen Rest bald wieder aufs neue beginnen würde.

Zum Schluß erklärte er: „Wir haben das Terrain der künftigen Revanche nicht wie die „Patrie“ in müderlichen Kämpfen und in Blutströmen erkämpft, sondern in dem Einverständnis der Diplomaten, in der friedlichen Verständigung.“

### England.

#### Die Neu-Einteilung der britischen Flotte.

London, 12. Dezember. (Sig. Ber.) Je mehr die Großmächte von Frieden sprechen, desto intensiver arbeiten sie an den Ausbau und an der Reorganisation der Kriegsmarine. Und die Begründung dieser kriegerischen Maßregel enthält immer einen Hinweis auf die Wüstungen anderer Mächte. Die englische Regierung nimmt gegenwärtig eine Neu-Einteilung der britischen Flottenstationen vor, nachdem alle veralteten Schiffe ausgetauscht und moderne fertiggestellt worden sind. Die Neu-Einteilung geschieht hauptsächlich so, daß die wichtigste Flottenstation, die bis jetzt im Mittelmeer war, nunmehr in der Nordsee und im Kanal sein soll. In europäischen Gewässern soll England drei Flotten haben: 1. Die Kanalflotte mit zwölf Schlachtschiffen, mehreren Kreuzern, Flottillen von Torpedobooten, Torpedojägern etc., und wird in den südlichen Häfen Großbritanniens stationiert sein. 2. Die Atlantische Flotte mit acht Schlachtschiffen etc., und wird in Gibraltar stationiert sein. 3. Die Mittelmeerflotte mit acht Schlachtschiffen etc., deren Station Malta bleiben wird. Jede dieser Flotten wird ein besonderes Geschwader von Panzerkreuzern erster Klasse haben. Ein viertes Kreuzer-Geschwader soll zwischen Europa und Amerika stationiert werden.

### Amerika.

Schiedsgerichts-Verträge haben die Vereinigten Staaten jetzt mit 14 Nationen abgeschlossen, aber die Klügelungen werden unermüdet fortgesetzt. Heer und Marine verschlingen ungeheure Summen; besonders liegt die Vergrößerung der Marine den Herrschenden am Herzen. „Brooklyn Daily Eagle“ erklärt in einem langen Artikel, daß die Vereinigten Staaten in zwei bis drei Jahren die dritte Seemacht der Welt sein werden. Gegenwärtig rangieren sie in fünfter Reihe. Großbritannien mit seinen 51 Schlachtschiffen von je über 10 000 Tonnengehalt steht natürlich obenan. Dann folgen Frankreich, Rußland, Deutschland, Amerika. Die Vernichtung der russischen Flotte durch den jetzigen Krieg ist dabei nicht in Anschlag gebracht. — In der Rolle als Friedenswächter gefällt sich Daniel Sam immer sehr gut. So hat er jetzt einen Plan, um den panamerikanischen Frieden zu sichern. Alle Zwistigkeiten, die sich aus Geldforderungen europäischer Mächte gegen amerikanische Republiken ergeben, sollen einem Schiedsgericht unterbreitet werden, entweder dem Haager Tribunal oder einem speziell ernannten Gerichtshof. Mexiko, Guatemala, Salvador, Peru und Bolivien haben sich damit einverstanden erklärt. Der Senat soll nun seine Zustimmung dazu geben, daß die Ratifikation der Vereinigten Staaten notwendig ist, um die Entscheidung des Schiedsgerichts wirksam zu machen. — Die Friedensmission des Kriegsministers Taft in Panama soll erfolgreich beenden sein. Taft hat dem Präsidenten Amador versichert, daß die Vereinigten Staaten keine anderen Absichten haben, als ihren Kanal zu bauen. Mit dieser Versicherung muß sich Panama begnügen und im übrigen sich fügen, denn Daniel Sam liebt den Frieden.

## Parlamentarisches.

Stabsresolutionen des Zentrums. Die Zentrumsfraktion des Reichstages hat folgende Resolutionen zum Etat eingebracht:

#### 1. Zum Etat des Reichskanzlers.

Resolution Dr. Spahn, Gröber und Schäbler, die verbündeten Regierungen zu ersuchen, dem Reichstage den Entwurf eines Gesetzes vorzulegen, durch welches Elise-Vothringer als Mitglied des Reiches eine selbständige Vertretung im Bundesrat erhält.

Resolution Gröber und Dr. Schäbler: Dem Herrn Reichskanzler zu ersuchen: a) Die tabellarische Uebersicht der vom Bundesrat auf Beschlüsse des Reichstages gefassten Entschlüsseungen dem Reichstage jährlich spätestens mit Vorlegung des Budgetentwurfes des Reichshaushalts-Stats zugehen zu lassen, b) diese Uebersicht der Bundesrats-Entschlüsseungen zu ersuchen auf sämtliche Initiativanträge und Resolutionen des Reichstages, soweit solche nicht lediglich die Uebersetzung eines Gegenstandes zur Kenntnisnahme oder als Material betreffen, und hierbei auch über die Erledigung derjenigen älteren Beschlüsse des Reichstages Auskunft zu geben, über welche in früheren Uebersichten eine Entschlüsseung des Bundesrats noch nicht mitgeteilt ist.

#### 2. Zum Etat des Reichsamts des Innern:

Resolution Dr. Spahn, Gröber und Schäbler, den Reichskanzler zu ersuchen, dem Reichstage möglichst bald eine Denkschrift über die zum Zweck der Produktion, Preisfestsetzung und des Vertriebs von Waren gebildeten Kartelle, Syndikate und Interessengemeinschaften vorzulegen, welche die Vertragsbestimmungen dieser Gesellschaften angeht.

Resolution Trimbom, Erzberger, Gröber, Dr. Spahn, die verbündeten Regierungen zu ersuchen: a) die Herausgabe eines Handwerkerblattes nach Art des „Reichs-Arbeiterblattes“ zu veranlassen, in dem u. a. auch der Inhalt der Berichte der Handwerkskammern auszugswise mitgeteilt wird, b) dem Reichstage über die Erteilung des Wandergewerbescheines und der Legitimationskarte für Detailreisende durch die Verwaltungsbehörden eingehende Statistik vorzulegen.

#### 3. Zum Etat für die Verwaltung des Reichsheeres:

Resolution Erzberger, Gröber, Dr. Spahn, Dr. Schäbler, den Reichskanzler zu ersuchen, in der Uebersicht über die Ergebnisse des Heeres-Ergänzungsgeschäftes und der Nachweisung über die Herkunft und Beschäftigung der Militärschlichtigen eine Scheidung nach Herkunft und Beschäftigung auch darin vorzunehmen, ob die Ausgehenden eine zweijährige oder dreijährige Dienstzeit zu leisten haben.

Resolution Gröber, Dr. Spahn, Dr. Schäbler, die verbündeten Regierungen zu ersuchen, schon vor einer allgemeinen Revision des Militär-Strafgesetzbuches dem Reichstage einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den für die Strafbestimmungen des geltenden Militär-Strafgesetzbuches mildernde Umstände mit geringeren Mindeststrafen zugelassen werden.

## Vom ostasiatischen Kriegsschauplatz.

London, 15. Dezember. Der Korrespondent des „Reuter'schen Bureau“ bei der Armee Regis meldet heute: Vom 208-Meter-Hügel ist die gesamte Stadt Port Arthur und der Hafen zu überblicken. Die Straßen sind verlassen. Die japanischen Bomben fallen in alle Teile der Stadt und des Hafens. Der große Verlust an Menschenleben, den die Einnahme des Hügel gelostet hat, ist aufgezogen durch die vollständige Zerstörung der russischen Flotte. Die japanische Flotte wird jetzt nach Japan zurückkehren, um ins Dock zu gehen. Die Japaner gehen allmählich am Ufer der Taubenbucht entlang auf verhältnismäßig ebenem Terrain gegen die Forts Taijangan-Lyshan und Antschon vor.

London, 15. Dezember. „Daily Telegraph“ wird aus Shanghai vom 14. d. M. gemeldet: Die Japaner nahmen am 13. den allgemeinen Angriff auf Port Arthur wieder auf. Tokio, 15. Dezember, 3 Uhr nachmittags. Einem Telegramm aus Port Arthur zufolge ist die „Sewastopol“ noch flott, aber anscheinend beschädigt.

#### Küderung der baltischen Flotte?

Großfürst Alexander Michailowitsch wird, einer Petersburger Meldung des „Daily Telegraph“ zufolge beim bevorstehenden Eintritt des Großfürsten Alexis dessen Amt als Chef der Marine übernehmen. In gut unterrichteten Admiralskreisen meint man, daß das Ostseegeschwader zurückberufen und im Mai nächsten Jahres erheblich verstärkt von neuem hinausgeschickt werden wird. Besonders Admiral Abellan vertritt dem Vernehmen nach die Meinung, alle verfügbaren Seestreitkräfte Rußlands sollten gegen die japanische Flotte zusammengezogen werden, um zu verhindern, daß dem russischen Geschwader ein nicht wieder gut zu machendes Unglück widerfährt. Kapitän Mado, der dieselbe Ansicht in der Presse vertritt und von seinen vorgelegten Behörden zur Verantwortung gezogen wurde, ist zum Mittelpunkt einer Bewegung geworden, die an die ersten Zeiten des Boulanger-treibens in Frankreich erinnert. Die Angehörigen der oberen Klassen und alle möglichen Unzufriedenen scharen sich um ihn. Es wird behauptet, Admiral Roschdestwenski habe an Kapitän Mado geschrieben, er solle einen Preisfeldzug für Entsendung eines dritten Pazifik-Geschwaders führen.

## Kommunales.

#### Stadterordneten-Versammlung.

30. Sitzung von Donnerstag, den 15. Dezember 1904, nachmittags 5 Uhr.

Der Vorsteher Dr. Langerhand eröffnet die Sitzung um 5 1/2 Uhr.

Vor der Sitzung hat die Wahl mehrerer Ausschüsse stattgefunden. In den Ausschuss für die Abänderung des § 9 des Ruhegeld-Reglements sind u. a. auch die Stadtv. Heimann, Schubert, Singer (Soz.) deputiert worden. Außerdem ist die Wahl von zehn Mitgliedern für die gemischte Deputation erfolgt, welche über geeignete Maßnahmen zur Abwehr der durch Einführung nur außerhalb Berlins hierzuland unterjochten Fleisches drohenden Gefahren beraten soll; in der Deputation werden auch die Stadterordneten Hoffmann und Wurm (Soz.) sitzen.

Auf der Tagesordnung steht zunächst abermals der Antrag Antwid Gen. (Soz.) betreffend die Einleitung von Schritten, um die Beschränkung des gesetzlich gewährten Rechtes der Einwohner auf Benutzung der Straßen und Plätze durch Polizei-Organen für die Zukunft zu hindern, sowie Übernahme der Sicherheitspolizei durch die Stadt.

Auf Antrag des Stadtv. Haberland werden jedoch die Vorlagen betreffend den Ankauf einiger Grundstücke im Scheunenviertel und betreffend den Erwerb des Grundstücks Alexanderstraße 12a vorweggenommen. Erstere Vorlage gelangt ohne Debatte zur Annahme. Die zweite will Stadtv. Haberland in einem Ausschuss beraten, wogegen Stadtv. Ballach und Stadtrat Vohm Widerspruch erheben, da die Sache sehr dringlich sei. Ihnen schließt sich Stadtv. Vorkmann (Soz.) an. Schließlich wird von der Mehrheit Ausschussberatung beschlossen.

Darauf wendet sich die Versammlung zum Antrag Antwid zurück.

Vorsteher Dr. Langerhand erklärt: Den Antrag auf einfache Tagesordnung, den ich in der vorigen Sitzung gestellt habe, ziehe ich zurück.

Antragsteller Stadtv. Stadthagen (Soz.): Aus dem großen Material, welches mir zur Begründung zu Gebote steht, werde ich nur einiges Hervorstechende mitteilen, und darf hoffen, daß dann unser Antrag einstimmig angenommen wird. (Weiterer.) Eigentlich haben schon Versammlung und Magistrat diesen Antrag früher angenommen; wir sind gar nicht die eigentlichen Väter des Antrages. Es kommen zunächst die großen Beengungen in Frage, welche die Polizei den Arbeitern bei der Benutzung von Straßen und Plätzen angedeihen läßt, und zwar vor allem der Luftstand, daß es sich hier nicht mehr um Zufälligkeiten handelt, sondern daß man ein bestimmtes polizeiliches System erkennen kann, daß solche Fälle sich hundertfach wiederholen und schließlich auf die polizeilich erhobenen An-

fragen Freisprechung durch die Gerichte erfolgt ist. Nicht in einzelnen Fällen und einzelnen Straßen, sondern in unendlich vielen Fällen und Straßen ist es nach rechtskräftigen Urteilen von Schöffengerichten und Landgerichten und vom Kammergericht vorgekommen, daß die Arbeiter sich durchaus ruhig und anständig benommen haben, daß eine Notwendigkeit, im Interesse der Sicherheit, Bequemlichkeit und Ruhe sie fortzuweisen, nicht bestand und daß die Polizei diese Absicht auch gar nicht hatte, sondern bloß die Betreffenden an der Ausführung ihrer Absicht, Streikposten zu setzen, hindern wollte. Das gesetzlich gewährte Recht, Streikposten zu setzen, darf natürlich nicht so ausgeführt werden, daß man ein anderes Gesetz verletzt; aber das ist auch nach den Gerichtsurteilen nicht geschehen. Wir müssen also Mittel und Wege finden, um solchen rechtswidrigen Verhaftungen vorzubeugen. Es kommt durchweg Straßen in Frage, wo nach der Städteordnung unser Recht und unsere Pflicht, für die Benutzung dieser Straßen Sorge zu tragen, unabweisbar ist. Wir liegen etwas über 100 Fälle vor. In einer großen Reihe von Erkenntnissen sind auch die Verteilungskosten bei der Freisprechung der Staatskasse auferlegt. Es handelt sich nicht bloß um Metallarbeiter und Tischler, sondern auch um Klavierarbeiter, Berggolber usw. (Redner verliest ein Erkenntnis in einer Anklagefahse gegen einen Berggolber.) In dem Erkenntnis gegen einen Tischler heißt es ausdrücklich, der Angeklagte sei bloß deswegen von der Strafe gewiesen worden, weil er Streikposten stand, eine Tätigkeit, die ihm nach dem Gesetz nicht verwehrt werden darf. (Zurufe.) Ich spreche nur von den Freisprechungen; daß auch Verurteilungen erfolgt sind, geht uns hier nichts an. — Nämlich in einem Urteil des Kammergerichts. (Redner verliest das selbe.) So lauten die Urteile zu Duzenden. In einem Falle hat der Schlichtmann einen Mann, obwohl er ruhte, daß dieser in dem betreffenden Hause der Oranienstraße wohnte, das Betreten dieses Hauses verboten. Die Häufung der Fälle läßt darauf schließen, daß Systeme in der Sache ist, und es ist gerichtlich konstatiert, daß Schlichtleute tatsächlich den Auftrag von ihrem Reviervorstand erhalten haben, jeden Streikposten unter allen Umständen wegzuräumen; die Schlichtleute mußten vielfach selbst zugeben, daß die Angeklagten sich durchaus ruhig und angemessen benommen haben. Diese Aufträge und Befehle von Vorgesetzten sind von den Gerichten als rechtswidrig erklärt worden. In einem anderen Prozeß wird Bezug genommen auf eine vom Polizeipräsidenten ergangene Anordnung, das Streikpostensetzen zu verhindern; der Polizeipräsident habe verfügt, es sei zulässig, die Streikposten zu verhaften und so lange auf der Wache zurückzuhalten, bis die Arbeitszeit vorüber sei. Da müssen wir doch den Magistrat bitten, er möge dahin wirken, daß nicht ferner diese Straßenordnung, die ja mit seiner Zustimmung ergangen ist, so ausgelegt werde; eine solche offensichtlich rechtswidrige Auslegung kann nicht den Intentionen des Magistrats entsprechen. Eines der Urteile führt aus, die Polizei könne dann schließlich auch einen Arbeiter aus ganz Berlin ausweisen. Als Einwohner der Stadt haben die Arbeiter das Recht der Benutzung der Gemeinde-Anstalten, also auch der Straßen und Plätze. Eine erhebliches finanzielles Interesse hat die Stadt an der Sache aus dem Grunde, weil das Tumultgesetz von 1850, das sich gegen die damaligen liberalen Gemeinden richtete, die Gemeinde zum Ertrag des eventuell angerichteten Schadens verpflichtet. In einer Reihe von Städten hat das Verfahren der Polizei tatsächlich solche Anläufe und Tumulte herbeigeführt, so in Bromberg; und das kann auch in Berlin eintreten. Die Stadt Berlin muß pro Kopf der Bevölkerung 250 M. zahlen, nicht aber, damit der Polizeipräsident die Arbeiter ihrer Freiheit beraubt, sondern daß er sie in ihrer Freiheit schütze. Der Mann bekommt solche Menge Zahlung von uns, er soll für Ruhe und Sicherheit in den Straßen, für Gewährleistung der gesetzlichen Rechte sorgen; und es geschieht das Gegenteil. Früher haben Sie dasselbe, was unser Antrag will, selbst angeregt und gutgeheißen. Wiederholt hat man hier beantragt, alle Zweige der Polizei auf die Stadt zu übertragen. Innerhalb der letzten zehn Jahre kam ein solcher Antrag 1896 von Ulstein und Benosen, danach durch einige Stipendiaten; einige Tage später beantragten wir die Einleitung von Verhandlungen behufs Uebernahme der Sicherheitspolizei und der Feuerwehre. Der Versammlung erschied aber „zurzeit“ die Uebernahme gänzlich ausföhrlos und man beantragte Uebertragung zur Tagesordnung. Da aber der Oberbürgermeister erklärte, es sei Aussicht, daß wenigstens einige Teile der Polizeiverwaltung an die Stadt übertragen werden würden, vertagte man die Sache. 1897 wurde eine Kommission eingesetzt und schließlich ein Antrag von der Versammlung angenommen, worin es heißt: „Die Versammlung hält an der Uebertragung fest, daß die Uebertragung der polizeilichen Funktionen auf allen Gebieten, deren Verwaltung der Stadtgemeinde obliegt, an die Stadtgemeinde durchaus erforderlich ist“, und der Magistrat sollte eine Denkschrift anarbeiten. Unser überaus fleißiger Magistrat hat gewiß diese Denkschrift längst angefertigt; im übrigen habe ich nur ermitteln können, daß der Minister ohne Angabe von Gründen erklärt hat, selbst die Feuerwehre sei nicht einmal der Stadt anzuvertrauen. Sieben magere Jahre haben wir nun seitdem gewartet ohne irgend welches Ergebnis; da ist es doch an der Zeit, den Antrag zu wiederholen und zu agendieren, welcher zwingende Anlaß neuerdings zur Remedur gegeben ist. Die Polizei hat sich als gänzlich unfähig erwiesen, das gesetzliche Recht der Benutzung der Straßen zu gewährleisten; das Gegenteil ist geschehen. Die Sicherheit der Stadt erfordert zunächst Schritte, damit solche Massendemonstrationen der Polizei gegen das Gesetz nicht wieder vorkommen. Privatim hat man mir bedeutet, die Arbeiter könnten ja Schadenersatz-Prozesse anstrengen. Dem steht aber die Möglichkeit der Erhebung des Kompetenzkonfliktes entgegen; das Ober-Verwaltungsgericht könnte entscheiden, der Polizeipräsident könne sich nicht auf den Standpunkt der Gerichtsentscheidungen stellen. Ebenso eigentümlich steht es mit dem Beschwerderecht. Der frühere Polizeipräsident von Windheim, den ich 1898 vor Gericht als Zeugen vernahmen zu lassen die Annehmlichkeit hatte, hat selbst ausgedrückt, auch ihm erscheine es mindestens sehr merkwürdig, daß jemand, der behauptet, auf einem Polizeibureau gemißhandelt zu sein, sich bei diesem oder einem anderen Bureau beschwert; er könnte es höchstens beim Polizeipräsidenten tun. (Große Heiterkeit.) Nach allem, was vorgegangen ist, was ich Ihnen vorgeführt habe, müssen Sie mit mir der Meinung sein, daß die Polizei diesen Zweig ihrer Tätigkeit nicht mehr wahrnehmen kann. Vor zwölf Jahren hat man uns ja auch Versprechungen wegen der Uebertragung gemacht; glauben Sie nicht, daß, wenn der Magistrat mit der Energie, die ihm eigen ist, Feuer hinter der Sache macht (Große Heiterkeit), er auch Erfolg haben wird? Wir haben einen Antrag gestellt, dessen Annahme dringend erforderlich ist im Interesse des Ansehens unserer Stadt! Zeigen Sie mir eine Resignation, wo die Stadt die Hände verschränkt halten muß, wenn derartig systematisch die Rechte von Arbeitern widergesetzlich mißachtet werden. Nehmen Sie den Antrag auch in Ihrem eigenen Interesse an; was Sie früher für Recht erachtet haben, davon werden Sie doch heute nicht abweichen wollen! (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Es geht ein Antrag Cassel-Bommers-Dinse ein, über den Antrag Antwid zur Tagesordnung überzugehen.

Stadtv. Cassel (K. L.): Nachdem konstatiert ist, daß der Antrag zu unserer Kompetenz gehört, komme ich auf die Vorfrage nicht zurück. Tatsächlich ist aber der Antrag zurzeit ganz ansichtslos. Die widerrechtlichen Verhaftungen sind den Gerichten zur Korrektur zu überweisen. Der Magistrat hat keine Möglichkeit des Einflusses auf die Maßnahmen der Polizeiverwaltung und auf die Rechtspflege. Das Beschwerderecht muß geltend gemacht und eventuell das Abgeordnetenhaus angereufen werden. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Was das andere Ziel des Antrages betrifft, so ist es unabweisbar, daß wir gegenwärtig die Uebertragung der Sicherheitspolizei absolut nicht als ausföhrbar betrachten können, da es uns noch nicht einmal gelungen ist, irgendwelche Zweige der Wohlfahrtspolizei, etwa der Bau-, Markt-, Gesundheits-, Schiffsahrtspolizei zu erhalten. Allen Anträgen von den Herren werden wir nach wie vor mit größter Sachlichkeit begegnen; für derartig ausföhrlose Anträge aber ist uns die ohnehin sehr knappe Zeit der Versammlung zu kostbar. Wir bitten also, über den Antrag zur Tagesordnung überzugehen.



Stadts. Singer: Wer diese letzte Rede, vielleicht nicht hier, aber außerhalb dieser Versammlung, objektiv beurteilt, wird sie als ein Entschuldigungsrede ansehen müssen. (Widerpruch.) Ein ausführlicher Antrag ist nicht gleichzeitig zwecklos, und der Zweck dieses Antrages ist ja von Ihnen wiederholt gebilligt worden. Die Gehörten doch sonst nicht zu denen, die sich selbst ins Gesicht schlagen, indem Sie etwas, was Sie früher für richtig erklärt haben, heute als unrichtig erklären. Herr Cassel glaubt eben nur, Polizei und Regierung werden nicht darauf eingehen, und darum geht er zur Tagesordnung über. Es würde mir richtiger erscheinen, wenn er sagte: Wir wollen nicht, daß die Stadt die Sicherheitspolizei bekommt! Wenn Herr Cassel die Auffassung vertritt, als ob wir mit diesem Antrag in die Rechtspflege eingreifen wollen, so ist das absolut nicht der Fall. Die Polizei hat, wie Stadthagen glänzend nachgewiesen hat, rechtswidrig die Verfassungen vorgenommen; wie sollen wir da in die Rechtspflege eingreifen wollen? Wir wollen gerade herbeiführen, daß die Rechtspflege nicht mehr in die Lage kommt, solche Urteile fällen zu müssen. Die armen Schulleute sind nicht Schuld an diesem Verfahren, welches von oben her gebilligt wird und wozu die untergeordneten Beamten angewiesen werden. Es widerspricht doch selbst einem nur liberalen Manne, die Mittel nicht zu gebrauchen, welche ihm zu Gebote stehen. In einer anderen Angelegenheit, die heute ebenfalls zur Erörterung steht, hat der Magistrat ganz ausichtslos und zwecklos die Beschränkungen betreten, warum billigen Sie das? Schätzen Sie sich hier so gering ein, daß Sie einer Ausherrung der städtischen Körperschaften gar keinen Eindruck mehr zutrauen? Wenn Herr Cassel schließlich noch sagt, die Zeit der Versammlung sei anderweitig in Anspruch genommen, so möchte ich doch sehen, ob einer von Ihnen den Mut hat zu erklären, diese Frage sei an sich nicht wichtig, es sei denn, daß die Hunderttausende von Berliner Arbeitern auch von Ihnen für vogelfrei erklärt werden. (Große Unruhe.) Wie können Sie dann also einen solchen Einwand erheben? Eine lange Reihe anderer Dinge ließe sich nennen, die hier für wichtig gehalten werden und für die sich die Versammlung doch zu gut halten sollte, darüber zu verhandeln. Ich akzeptiere das Eingeständnis, daß Herr Cassel einverstanden mit dem Antrag an sich ist, aber nicht über ihn sprechen will, weil er ihn nicht für zwecklos, sondern bloß für ausichtslos hält. Gerade das liberale Bürgertum hat bisher den Grundsat immer gepredigt, zu fordern, was man glaubte fordern zu müssen, auch wenn es ausichtslos war. Dieser Grundsatz scheint nicht mehr zum eisernen Inventar des Liberalismus, soweit er hier noch vertreten ist, zu gehören. Ich bitte, den Antrag auf Tagesordnung abzulehnen.

Nach einer persönlichen Bemerkung des Stadts. Cassel, der gegen Singers Vorwürfe Verwahrung einlegt, geht die Mehrheit über den Antrag Antrag zur Tagesordnung über.

Am 20. v. M. hat der Magistrat der Versammlung des seit dem 4. Oktober in Sachen des Konflikt mit der Schulaufsichtsbehörde betr. das Verfügungsrecht über die Schulklassen der verschiedenen Schularten bezw. die Verfügungen und Erlasse des Provinzial-Schulkollegiums und des Kultusministers sowie das in der Frage des Eigentumsrechtes der Stadt an den Grundstücken der höheren Lehranstalten angefallene Material zur Kenntnis gebracht.

Stadts. Cassel: Ueber die Rechtsfrage verbreite ich mich nicht mehr, zumal auch die Ausherrungen der Staatsregierung gelegentlich der Interpellation im Abgeordnetenhaus neues nicht beigedacht haben. Erfolgreich war, daß bei dieser Gelegenheit Herr Spöcker die Recht der Stadt Berlin mit solcher Wärme und Verstandlichkeit vertreten hat. Die Gegner Berlins haben es ihrerseits nicht an den heftigsten Angriffen fehlen lassen, so Herr Armer, der die Stadtverwaltung beschuldigte, seit 1862 von einer wahren Konfliktstunde befecht zu sein! Wie sind die letzten, die Konflikte suchen. Noch schlimmer war die Heerde des Herrn von Jedlich: Wir verlegen die nationale Bestimmung, leisten in den Schulen der sozialdemokratischen Verfassung Vorstoß und frönen freisinniger Parteilichkeit! Alle diese aus der Rumpfkammer hervorgebrachten Vorwürfe überschlagen sich selbst; wer sie erhebt, der führt den nationalen Frieden! Man operierte auch gegen uns mit einer Travestie eines Liedes; aus dem stenographischen Bericht ergibt sich jetzt, daß der Vorfall sich gar nicht in Berlin, sondern in einer anderen Großstadt zugetragen hat. (Hört! hört! und Heiterkeit.) Von dem Grundsatz „Gleiches Recht für Alle“ auch hinsichtlich der Benutzung der Schulräume werden uns die Invektiven des Herrn von Jedlich nicht abbringen. Geradezu lächerlich ist der Vorwurf, daß wir parteijudig seien und die städtische Verwaltung im einseitigen Parteinteresse führten. Auch der Zentrumsredner Kirch hat anerkannt, daß die Verfügung vom November 1903 zu weit geht und direkt in die Verwaltung eingreift. Wir vertrauen, daß auch weiter der Magistrat nichts unterlassen wird, unser Recht zu wahren. Herrn von Jedlich aber wird es nicht gelingen, die Selbstverwaltung zu zerstören und wenn er noch viel stärker in die Trompete stößt, als der Rosantist von Zeridoto! (Heiterkeit und Beifall.)

Stadts. Rosenow (N. L.) fügt noch einiges zur Charakteristik der Debatte des Abgeordnetenhauses und der Gegner Berlins hinzu. Allgemeine Heiterkeit habe es erregt, als der Kultusminister sogar ganz versteinerte Erlasse von 1783 ausgraben mußte, um sich zu decken. Nach einer längeren Abrechnung mit Herrn von Jedlich wünscht Redner zu wissen, ob der Magistrat der Ausführung seines Vorhabens, den Rektoren ebent. die Schulverwaltung wieder zu übertragen, schon näher getreten sei. Aus dem rechtlosen gegenwärtigen Zustande müßte man sobald als möglich herauskommen; hoffentlich finde der Magistrat bald einen Weg, die ganze Frage vor das Oberverwaltungsgericht zu bringen.

Stadts. Wommsen (Fr. Fr.): Wir stimmen gern und freudig allen Maßnahmen zu, welche der Magistrat in dieser hochwichtigen Frage ergreift. Unsere Aufgabe ist es nicht, den Weg aus diesem rechtlosen Zustande zu finden; das mag die Regierung übernehmen, die daran im Landtage immer und immer wieder erörtert werden muß. Ich schließe mich der Zurückweisung der Angriffe der Reaktionsären gern an.

Stadts. Singer: Ich werde nicht durch ausichtslose, aber nach meiner Meinung nicht zwecklose Reden die Debatte verlängern. (Heiterkeit.) Ueber die Frage ist hier schon so viel und so deutlich gesprochen worden, daß man die vielen Geschäfte, die unser noch harren, wirklich nicht zu beeinträchtigen brauchte durch so lange Darlegungen über diese Materie. (Erneute Heiterkeit.) Herr Cassel teilte mit, der preussische Kultusminister habe gesprochen, daß man annehmen müßte, jenes bekannte Lied sei in einer Berliner Turnhalle gesungen worden. Es ist ja jetzt bekannt, daß die preussischen Minister Mittelungen machen, deren Unrichtigkeit leicht zu beweisen ist; er folgt darin den Spuren seines Kollegen, des Justizministers. Der Abg. Stöder hat im Reichstage festgestellt, daß dieses Lied nicht in einer Berliner Turnhalle gesungen worden ist. Zur Sache selbst wiederhole ich, daß wir gern anerkennen, daß der Magistrat in dieser Frage in jeder Beziehung den Rechtsstandpunkt und die Würde der Stadt Berlin gewahrt hat. Damit verknüpft sich aber das tiefe Bedauern, daß diese Wahrung so absolut erfolglos geblieben ist. Der Magistrat und mit ihm die Versammlung würden nach meiner Meinung der Konsequenz dieser Verwahrung viel mehr Nachdruck verleihen, wenn sie nun nach dem Sprichwort verfahren würden: Wie Du mir, so ich! Die nicht sich auf sich selbst zu besinnen und sich zu überzeugen, daß aufgedrungene Geschenke zu machen der Stadt Berlin nicht würdig ist. Ziehen Sie die Konsequenzen, sagen Sie: ein Geschenk, das wir darbringen, kann nur dann Eindruck machen, wenn es der Ausdruck der vollen Uebereinstimmung der Anschauungen mit jenen Stellen ist, denen es gilt. Damit würden Sie besser und eindringender wirken, als durch die hier gehaltenen Reden, welche doch an jenen Stellen kaum Eindruck machen. Auch mit der Eingabe des Magistrats kann ich einverstanden sein, nur hätte ich gewünscht, daß der Passus nicht gebraucht worden wäre, daß der Magistrat in Erwägung nehmen will, ob nicht den Rektoren die Verwaltung der Schulhäuser zu übertragen sei. Das hätte schon längst geschehen müssen. Die Disziplin kommt dabei nicht in Frage. Es darf ein Zustand nicht gebildet werden, daß von der Stadt angestellte und bezahlte Beamte von anderer Seite ihre Instruktion empfangen. Das ist eine Verletzung der

elementarsten Forderungen der Berufung, das ist ruiniös für den ganzen Charakter einer städtischen Verwaltung. Hier muß der Magistrat also so schnell wie möglich die Schritte tun, die dahin zielen, dem Provinzial-Schulkollegium die Einwirkung auf die Schulräume außerhalb der Schulzeit zu entziehen. Sollte das zu einem neuen Konflikt führen, so muß auch der durchgemacht werden; jedenfalls darf der Magistrat nicht zurücktreten vor dieser einzig richtigen, aber auch einzig möglichen Antwort auf das Verfahren der Aufsichtsbehörde und des Ministers, das man selbst in Preußen nicht für möglich halten sollte, wüßte man nicht, daß Preußen russische Politik treibt. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Stadts. Dr. Preuß (Soz.-fortsch.) will sich auf die Rechtsfrage beschränken. Herr v. Jedlich habe verwaltungsrechtlichen Unfug geübt, wenn er meinte, auch in kommunalen Aufsichtsfällen gebe es keinen Rechtsweg. Herr v. Jedlich habe nicht bloß das Sein, sondern auch den Schein einer Selbstverwaltung geleugnet, und das hätte man von einem ehemaligen höheren Beamten doch nicht erwarten sollen. Die von dem Minister in bezug genommene Instruktion regelt nur die Kompetenz der Staatsbehörden, nicht die der kommunalen Behörden. Das neueste Vorgehen der Schulaufsichtsbehörde breche rücksichtslos mit einer 70jährigen Praxis. Die Verfassungsbestimmungen über das Schulwesen seien suspendiert; es sei aber zu hoffen, daß der neueste Vorstoß dazu führen werde, das alte, aber nie veraltete kommunale Schulaufsichtsrecht wieder zur Geltung zu bringen.

Damit schließt die Debatte; die Versammlung nimmt das Aktenmaterial zur Kenntnis.

Die Erörterung folgender Angelegenheiten: Dedung der ebent. Ausfälle im Stadtbudget, Mahregeln zur Verminderung der Säuglingssterblichkeit, Organisation der Verwaltung des Rudolf Virchow-Krankenhaus wird von der Tagesordnung abgesetzt.

Die Rorentwürfe zum Neubau der 6 Gemeindegewerkschulen in der Scherenberg-, Senefelder-, Leibauer-, Bodumer-, Eckerstraße und Frankfurter Allee 140 nebst dem Rorentwurf zum Neubau des Friedrich-Werderischen Gymnasiums in der Bodumerstraße werden auf Antrag des Stadtvorordneten Hynke (Soz.) einem besonderen Ausschuss von 15 Mitgliedern überwiesen. Ebenfalls an einen besonderen Ausschuss gehen die Vorlagen betreffend den Neubau der Anstalt für Hospitaliten in Buch und die Inventar-ausstattung der Heimstätte in Buch.

Schluß nach 10 Uhr.

## Gewerkchaftliches.

### Terrorismus.

Die „Germania“ und die „Post“ werden triumphieren. Wir sind genötigt, ihnen einen Fall von Terrorismus gegen einen christlichen Gewerkschaftsführer zuzugestehen, der namentlich die „Germania“ beim Abdruck desselben zu Ausbrüchen heftiger moralischer Entrüstung hinführen wird. Wir können's nicht ändern. Sei es drum! Wenn die Tatsache des „Terrorismus“ in einem Falle so unabweisbar feststeht, wie in diesem, können wir uns der publizistischen Pflicht nicht entziehen.

In einer großen Buchbinderei in Köln fand dieser Tage ein fährliches Mordanschlag des christlichen Verbandes der graphischen Berufe, als er seinen Rod aus dem Schrank nehmen wollte, in der Tasche ein Paket, dessen Inhalt sich als Menschenkot erwies. Die Nachforschungen ergaben, daß der Werkstätten-Vertrauensmann der Urheber des Attentates ist. Er hatte einen Lehrling zu dem infamen Streich angestiftet, nachdem ein ebenfalls von ihm einige Zeit vorher veranlaßtes Attentat der nämlichen Art auf denselben Buchbinder den Unrührigen getroffen hatte. Der Vertrauensmann wollte auf diese Weise den Betroffenen aus dem Betriebe hinausheilen, weil dieser in der Werkstatt als Streber und Angeber gilt.

Der Fiel vor einer solchen Handlung nimmt an den Atem zu jedem Wort der Entrüstung, das hoffentlich aber die „Germania“ finden wird, auch wenn sie erfährt, daß der saubere Vertrauensmann der Vertrauensmann der — christlichen Organisation war, der dem eigenen Verbandskollegen (!) einen solchen Streich spielte!

Hätte man nicht den Urheber dieser Schwinerei ermittelt, so wäre die Geschichte zweifellos in den nächsten Tagen in der gesamten gewerkschaftlichen und zentralen Ständepresse als neuester schrecklicher Terrorismusfall der freien Gewerkschaften breitgetreten worden. Die christlichen Agitatoren Stegerwald, Kurtzsch, Gohardt und wie alle die Märchenzähler heißen, hätten einen neuen „Schlager“ für ihre Versammlungen gehabt.

### Berlin und Umgegend.

#### Die Aussperrung in der Geldmetall-Industrie.

Die Versammlungen der Streikenden und Aussperrten stehen mehr und mehr unter dem Eindruck des nahenden Weihnachtsfestes. Sowohl von der Gewerkschaftskommission als auch von der Streikleitung werden mit geschäftiger Emsigkeit die nötigen Vorbereitungen getroffen, um Eltern und Kindern eine gemeinschaftliche Weihnachtsfreude zu bereiten. Mehrere der größten Säle Berlins sind zu dem Feste in Aussicht genommen, und es steht sicher zu erwarten, daß dieses Kampffest allen Beteiligten in dauernder Erinnerung bleiben wird. Ob es gleichzeitig ein Friedensfest sein wird im Sinne einer vielleicht zu ermittelnden Einigung mit den Fabrikanten, das wird lediglich von den Fabrikanten selbst abhängen. Die Reihen der kämpfenden Arbeiter sind nach wie vor vollzählig, an ein Wanken oder gar Weichen ist nicht zu denken.

In der gestrigen Streikversammlung konnte Wiesenhal wieder einige „Waffen“ von Arbeitswilligen präsentieren, deren Ausrüstung und Bemerkung gegen Streikposten diesen „unflüchtigen Elementen“ von den Meistern verschiedener Betriebe warm empfohlen wird. Es sind das mit Handgriffen versehene Drahtseilenden, Gasrohre usw., einige Arbeitswillige haben den Streikposten sogar mit Redobbern gedroht. Der Referent ermahnte die Versammelten dringend, sich durch die fortgesetzten Provokationen Arbeitswilligen nicht aus der Ruhe bringen zu lassen und keinerlei Anlaß zu etwaigen Strafverfolgungen zu geben. Denn ebenso seien es diese Elemente persönlich gar nicht wert, sich ihrretthalben Strafen auf den Hals zu laden, und zweitens können sie wegen ihrer minderwertigen Qualität als Arbeiter ebenso wenig den Fabrikanten nützen, als den Ausgang des Streiks irgendwohin unflüchtig beeinflussen. Wer von diesen Leuten vernünftigen Vorstellungen nicht zugänglich sei, den möge man getrost laufen lassen, bis ihn der Fabrikant selbst wieder entläßt.

Vorgebracht wurde dann ein Erlebnis des Arbeiters S., der am Mittwochabend auf Veranlassung eines Meisters der Firma Drigalski ohne jede Ursache fixiert und per „grünen Wagen“ nach dem Volksgespräbium befördert wurde. Man fuhr mit ihm noch erst bei vier Revierwachen vor, woselbst die aufgesammelten Zuhälter, Betrunkene und sonstige Gefindel dem Wagen einderleibt wurden, und in dieser „gemischten Gesellschaft“ ging dann die Fahrt nach dem Alexanderplatz. Im halb 12 Uhr nachts wurde S. schließlich wieder entlassen, weil nichts vorlag, ihn in Haft zu behalten. Seine Ueberführung war lediglich deshalb erfolgt, weil er verschiedenen Streikposten gestanden hatte.

Ritgeteilt wurde ferner, daß der Goldarbeiter Hugo Pallas, der in Mahlsdorf, Bahnhofstr. 7, ein Zigarrengeschäft besitzt, als Arbeitswilliger tätig ist.

### Arbeitergroßchen in der Innungskasse.

Bekanntlich befolgen die aussperrenden Tischlermeister, gemäß der von ihnen für ihren ausgesprochenen Parole, die Latzli, alle Gesellen, welche zur Abwehr der Aussperrung in den Streik traten, ohne die angefangene Akkordarbeit fertigzustellen, wegen Vertragsbruchs auf die gesetzliche Ruhe zu verlagern. Das Innungs-Schiedsgericht, welches für diese Angelegenheit zuständig ist, hat schon eine Reihe derartiger Fälle erledigt und den Klägern die Ruhe in Höhe des ortsüblichen Wochenlohnes von 17,40 M. zugesprochen. Auch

Herr Groschus hat mehrere derartige Klagen „Negrelid“ durchgeführt, nicht zu seinem, sondern zum Nutzen der Innungskasse. Jedesmal, wenn ein „Kontraktbrüchiger“ Arbeiter des Herrn Groschus zur Zahlung von 17,40 Mark verurteilt wurde, wandte sich Herr Groschus zu den Arbeitgeber-Beisitzern im Schiedsgericht mit den Worten: „Meine Herren, das Geld schenke ich der Innung“, worauf die beiden Beisitzer mit dankender Verneigung über das großmütige Geschenk quittierten.

Das ist in der Tat sehr interessant. Wenn Arbeiter für die Wahrnehmung ihrer Berufs- und Klasseninteressen Beiträge aufbringen, dann können die Unternehmer, besonders deren Führer, nicht Worte des Abscheues genug finden, um solche Verwendung von Arbeitergroßchen zu verurteilen. Arbeitergroßchen für Zwecke zu verwenden, die nicht dem rein persönlichen Bedürfnis der Arbeiter dienen, das wird von den Unternehmern und ihren Organen als eines der schickwürdigsten Vergehen hingestellt. Wenn aber ein streikender Tischlergeselle 17,40 M. zahlen muß, so sind das doch gewiß Arbeitergroßchen, und die Leiter der Innung müßten es doch, wenn sie den von ihnen vertretenen Anschauungen gerecht werden wollen, verschmähen, daß sich die Innung solchergehalt an Arbeitergroßchen bereichert. Aber das scheint nicht der Fall zu sein. Jedenfalls hat die Innung einen ebenso guten Magen wie die Kirche, und kann deshalb selbst die Arbeitergroßchen verdauen.

### Die Aussperrung der Tischler.

Gestern legten die Arbeiter in den Betrieben von Otto Schmidt Mariannenplatz, und Kämpling in der Hagelbergerstraße die Arbeit nieder, weil in beiden Betrieben Streitarbeit angefertigt werden sollte. Als Aussperrte meldeten sich gestern zwei Mitglieder des Holzarbeiter-Verbandes. Mitgeteilt wird noch, daß der Tischlermeister Nicht, Dranienstraße, zwar ausgesperrt hat, aber durch Vermittelung des Arbeitsnachweises der Innung neue Arbeitskräfte einstellt, und daß in der Werkstatt von Biehler Streitarbeit für Nicht angefertigt wird.

### Deutsches Reich.

Der Bergarbeiterstreik im Neuröder Revier dauert, wie uns ein Privattelegramm von dort meldet, fort. Der Stand desselben ist wegen der Geschlossenheit der Streikenden unerwartet günstig. Von 2000 Mann der Gesamtbelegschaft befinden sich 1500 im Streik. Die Androhung, daß entlassen werde, wer bis gestern früh 6 Uhr nicht anfuhr, war gänzlich wirkungslos. — Zugung von Bergarbeitern ist fernzuhalten.

In der Sammetwarenfabrik von Louis Peter zu Frankfurt am Main sind 180 Motorreifenmacher in den Ausstand getreten.

### Uusland.

Der niederländische Glasfabrik-Streik. Am Dienstag hat eine Konferenz zwischen Vertretern der Glasfabrikanten und den Herren Goby, Schöwind und Kraus, die sich bereits früher vergeblich um eine Vermittlung im Streik bemühten, stattgefunden. Eine Einigung ist auch diesmal nicht erzielt worden, doch ist eine Grundlage für weitere Verhandlungen zu stande gekommen, die voraussichtlich Ende dieser oder Anfang nächster Woche zu einem Ergebnis führen werden.

## Aus der Frauenbewegung.

Parteienoffinnen des Kreises Teltow-Beetzow-Storkow-Gharlottenburg! Sonntag, den 18. d. M., nachmittags 5 Uhr, findet in Ort, Werderstr. 27 bei Weniger, die Kreisversammlung statt. Tagesordnung: Vortrag der Zentral-Vertrauensperson Ottilie Vonder über den preussischen Parteitag und Wahl der Delegierten. Bericht der Vertrauensperson von Brix und Reimahl derselben. Da die Tagesordnung für uns Frauen und Mädchen besonders in der Schulfrage sehr wichtig ist, ist es notwendig, daß die Versammlung recht zahlreich besucht wird, auch die Männer werden hierzu eingeladen. Die Kreis-Vertrauensperson: Frau Thiel.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

### Eine neue Versuchliste.

Berlin, 15. Dezember. Amtliche Meldung. Ein Telegramm aus Windhal meldet: An Tappas geboren: Reiter Otto Wenzel, geboren 6. 7. 81 zu Hohenwiese, am 11. Dezember im Lazarett Dörmünde, Reiter Rudolf Runde, geb. 18. 3. 80 zu Niesensdorf, am 12. Dezember im Lazarett Osthandia. — Im Gefolge bei Paris am 5. Dezember leicht verwundet: Reiter Gregor Painezyl, geboren 12. März 1877 zu Röhberg. — Im Lazarett Wilforero am 13. November an Typhus verstor.: als Unterbeterrinar gemeldete Christian Mechel war Oberbeterrinar.

Budapest, 15. Dezember. (B. L. B.) Wie verlautet, haben die liberalen Abgeordneten Franz Volgar und Graf Uelonicz ihren Austritt aus der liberalen Partei angemeldet.

Rom, 15. Dezember. (B. L. B.) Die Deputierten-Lammer begann die Beratung des italienisch-schweizerischen Handelsvertrages.

Im weiteren Verlaufe der Sitzung beantwortete Giolitti eine Anfrage des Deputierten Mareica über Kuruzen, welche sich in Francesvilla Fontana, Provinz Lecce, ereignet. Der Ministerpräsident erklärte: Die Ruhe ist wieder hergestellt. 2000 Vauern wollten Privatbesitzungen und das kommunalbüreau plündern; das Militär wurde umzingelt und mußte sich verteidigen. Es sind indessen nicht viele und keine schweren Verwundungen vorgekommen. Der Präsekt befindet sich dort, um an Ort und Stelle die Untersuchung anzustellen.

Rom, 15. Dezember. (B. L. B.) Die „Tribuna“ veröffentlicht einen Auszug aus der Anklageschrift gegen den Hauptmann Ercoleffi in Messina, der des Hochverrats angeklagt ist. In der Anklageschrift heißt es, es könne mit Sicherheit behauptet werden, daß die entwendeten Schriftstücke über die Mobilisierung nach Frankreich gelangten. Als Zwischenpersonen hätten ein gewisser Paladini, der in Frankreich wohnt, und der Ingenieur Paul Lagueux gedient. Ercoleffi und Frau hätten eingestanden, in Marseille, Lyon, Aix-les-Bains und Chambéry gewesen zu sein.

### Vom statistischen Kriegsbeschauplatze.

Lofio, 15. Dezember. (Amtliche Meldung.) Der Kommandant des dritten Geschwaders berichtet, daß zwei Torpedoboot-Kottillen am 14. Dezember um 8 1/2 Uhr früh die „Sewastopol“ und ein Regierungsschiff während heftigen Schneesfalls angriffen. Die Torpedoboots lehrten bis auf eines, welches noch vermisst wird, wohlbehalten zurück. Am Morgen des 14. Dezember meldeten mit unsere Beobachtungsstation und das auf Vorpusten liegende Schiff, daß die „Sewastopol“ mit dem Bug drei Fuß weggesunken sei. Von 1/2 12 Uhr in der Nacht vom 14. bis um 3 Uhr morgens am 15. Dezember griffen sechs Torpedoboot-Abteilungen und besonders dafür bestimmte Torpedoboots ununterbrochen die „Sewastopol“, das Panzerlanonenboot „Ciwahini“ und ein Regierungsschiff an. Einzelheiten darüber sind bis jetzt noch nicht eingegangen, doch hat am 15. Dezember um 9 Uhr vormittags die Beobachtungsstation gemeldet, daß sich der Bug der „Sewastopol“ noch weiter gesenkt habe, so daß jetzt das Torpedorohr vollständig unter Wasser sei.



Reichstag.

118. Sitzung, Donnerstag, den 15. Dezember 1904, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstische: Frhr. v. Stengel, v. Einem. Fortsetzung der ersten Beratung der Militär-Pensions-Gesetzesvorlage.

Reichshaussekretär Freiherr v. Stengel:

Die Bedeutung der Vorlage für die Reichsfinanzen ist eine so große, daß ich mir nicht versagen kann, schon hier in die Generaldebatte darüber mit einigen Worten einzugreifen. Ich möchte mir gestatten an eine Sitzung zu erinnern, die in diesem hohen Hause vor wenigen Monaten bei Gelegenheit der Besprechung einer Interpellation über denselben Gegenstand stattfand. Damals wurden heftige Wortwörter gegen den Bundesrat geäußert, weil er die Vorlage nicht mehr beschleunige. Jetzt dagegen hören wir von anderer Seite aus dem hohen Hause Wortwörter, daß wir mit der Vorlage nicht länger gewartet haben. — Zwei Hauptpunkte sind ja zu erörtern, erstens die Deckungsfrage und zweitens die rückwirkende Kraft. Was erstens die Deckungsfrage anlangt, so meinen wir, daß eine Ausgabe, die notwendig ist für die Erhaltung der Schlagfertigkeit des Heeres und der Marine, unter allen Umständen ihre Deckung finden muß. (Beifall rechts.) Denn so arm ist das Deutsche Reich noch lange nicht, daß es Ausgaben beschränken müßte, die zur Verteidigung des Vaterlandes notwendig sind. (Lebhafte Bravo! rechts und bei den Nationalliberalen.) Wenn die Regierung noch keine Vorschläge zur Deckung gemacht hat, so erkläre ich das daraus: Erstens müßte doch vorher Einigkeit über die speziellen Forderungen mit dem hohen Hause erzielt sein, damit man wissen kann, eine wie große Ausgabe für die Deckung in Betracht komme. Und zweitens zwingt die gegenwärtige Lage der Reichsfinanzen ja sowieso demnächst zu umfassenden Maßnahmen. Bei einem Defizit von über 100 Millionen Mark hätte es wenig Sinn, wenn man für einen Teilbetrag von 6 Millionen Mark eine besondere Deckungsvorlage einbringen wollte. Ich wiederhole heute zum dritten Male, daß es nicht in unserer Absicht liegt, die Initiative für neue Einnahmequellen dem Reichstage zuzumuten. Das Odium tragen wir! (Heiterkeit.) Doch vertrauen wir dem auch darauf, beim Reichstage Verständnis dafür zu finden.

Ich komme nun zum zweiten Hauptpunkte: der rückwirkenden Kraft. Es wird schwer halten, einen unmittelbaren Zusammenhang derselben mit unserem Endzweck: Erhaltung der Schlagfertigkeit, zu konstruieren. Die Vorlage sieht die rückwirkende Kraft in bezug auf die Kriegsinvaliden vor. Der Kriegsminister hat gestern darauf hingewiesen, daß den tapferen Soldaten, welche ihre Dienste dem Vaterlande im Kriege gewidmet haben, die Dankbarkeit des Vaterlandes bewiesen werden muß. Darüber hinaus können nur Rücksichten auf die persönliche Bedürftigkeit dahinführen, etwaige Mieten im Unterstützungswege auszugleichen. Darauf ist auch in der Begründung zu § 42 des Offiziers-Pensionsgesetzes hingewiesen worden. Ich erinnere daran, welche Fälle von Segen und Wohlthaten gerade den Kreisen, von denen hier die Rede ist, seit Jahren fort und fort zufließen und ihnen auch ferner zufließen wird aus dem allerhöchsten Dispositionsfonds. Im übrigen möchte ich gegenüber den Ausführungen des Abgeordneten Grafen Oriola, um nicht in weiten Kreisen Verwirrung aufkommen zu lassen, feststellen, daß selbstverständlich jeder Pensionär mindestens das erhält und behalten soll, was er nach Lage der bisherigen Gesetzgebung erhält. Graf Oriola ist mit besonderer Wärme für die Verallgemeinerung der rückwirkenden Kraft im weitesten Umfange eingetreten. Damit würden wir aber nicht nur gegen die konstante bisherige Übung verstoßen, sondern auch zu nicht berechtigten Mehraufwendungen kommen, die wir auf mindestens 20 Millionen Mark pro Jahr veranschlagen müssen. (Hört! hört! links.) Das würde auch zu unabsehbaren Verunsicherungen und Konsequenzen führen, deren Kosten wir nicht übersehen können. (Sehr richtig! rechts.) Ich stehe seit einiger Zeit in Unterhandlungen mit dem preussischen Finanzminister wegen Verbesserung des Wohnungsgeldzuschusses für die Unterbeamten vom Jahre 1905 ab. Diese Verbesserung der Wohnungsgeldzuschüsse würde naturgemäß auch eine Verbesserung der Pensionen herbeiführen. Nun gestehe ich ganz offen, daß wenn der Reichstag die rückwirkende Kraft in dem vom Abg. Grafen Oriola angeregten Umfange beschließen sollte, ich die Verantwortung für die Fortsetzung der Verhandlungen mit dem preussischen Finanzminister nicht übernehmen möchte. Denn es würde sich da derselbe Vorgang wiederholen, der sich jetzt zeigt, es würden alle diejenigen, die seit Dezemhern im Ruhestande sind, den erhöhten Wohnungsgeldzuschuß verlangen. Zur Erfüllung solcher Wünsche ist das Reich nicht reich genug. Diese Verallgemeinerung der rückwirkenden Kraft würde nach meiner festen Überzeugung die Klippe sein, an der nicht allein diese Vorlage, sondern überhaupt jeder spätere Versuch einer Verbesserung der Lage der Beamten oder Offiziere aller Vorkategorie noch scheitern würde. (Hört! hört! und Sehr richtig! rechts) und deshalb kann ich nur auf das eindringlichste davor warnen, den Vogen zu stark zu spannen. Im Reiche und im Staate muß man sich auf Schritt und Tritt vor Augen halten, daß jeder Pfennig der dem einen gegeben wird, dem anderen genommen wird. (Lebhafte Sehr richtig! Hört! hört! links.)

Abg. Dr. Diemer: Wir empfinden es als auffällig, daß die Regierung, wenn sie eine Ausbesserung der Militärpensionen für notwendig hält, bis jetzt mit der Einbringung dieses Entwurfes gewartet hat. Allerdings ist eine derartige Ausbesserung, wie immer von der Seite der Regierung betont wird, vom Reichstage wiederholt verlangt worden; aber alle einschlägigen Resolutionen verlangten vor allem eine einheitliche Regelung des Pensionswesens, damit alle die verschiedenen Gesetze mit ihren Zusätzen durch einheitliche Bestimmungen ersetzt werden. Das was von der Regierung jetzt vorgelegt wird, ist vom Reichstage nicht verlangt worden. — Vor allem fehlt in der Vorlage die Hauptsache: die Ausschlässe über die Deckungsfrage. — Wir sind wenig geneigt für die Einführung neuer Steuern oder die Erhöhung der bestehenden. Und da die Reichs-Vermögenssteuer und die Reichs-Erbschaftsteuer sicher noch in einiger Ferne stehen (Sehr richtig! links), so wird es wieder darauf hinauskommen, die indirekten Steuern zu erhöhen. Wir sind aber um so weniger geneigt, dadurch die Lasten, hauptsächlich für die minderbemittelten Schichten, zu erhöhen, als die Verbesserung nur für die Offiziere und in erster Linie für die höheren Offiziere in Betracht kommt.

Nun hat Graf Oriola eine andere Steuer empfohlen, die Wehrsteuer. Meine Freunde sind entschiedene Gegner des Gedankens, eine Wehrsteuer einzuführen, um daraus die Mittel für die Verbesserung der Militärpensionen zu gewinnen. An und für sich ist es ja schon eine merkwürdige Forderung, daß die Invaliden von Geburt, die zum Militärdienst nicht tauglich sind, besteuert werden sollen, damit für die Invaliden des Militärdienstes höhere Pensionen bewilligt werden können. Die Wehrsteuer würdigt die allgemeine Wehrpflicht herab.

Einverstanden sind wir im allgemeinen mit den Grundzügen der Vorlage für die Mannschaften; Prüfung der Einzelheiten behalten wir uns vor. Wichtig erscheint uns der Gedanke, daß in Zukunft der Grad der Erwerbsunfähigkeit für die Höhe der Pension maßgebend sein soll. Auch die Vorschriften über die Militärämter bedürfen eingehender Prüfung.

Gegen das Offizierspensionsgesetz haben wir schwere Bedenken. Gewiß geben wir zu, daß bei den pensionierten Offizieren vielfach Sorgen und Entbehrungen herrschen. Aber zum großen Teile erklärt sich die gedrückte Stimmung der pensionierten Offiziere daraus, daß sie sich nur schwer an die einfache Lebenshaltung der bürgerlichen Verufe gewöhnen. (Sehr richtig! links.) Freilich meinte der Kriegsminister, die Offiziere lebten heute einfacher als vor 30 Jahren. Mancher Vater, der seinen Sohn als Offizier zu unterhalten hat, wird darüber verwundert den Kopf schütteln. (Sehr richtig! links.) Der Herr Kriegsminister wird wahrscheinlich auch schon bei Großgrundbesitzern sieben Gänge und mehrere Sorten Wein genossen haben. (Sehr richtig! links, und große Heiterkeit.) — Die Offiziers-Pensionsgelder würden nicht so hoch sein, wenn nicht überhaupt viel zu viel pensioniert würde. Wir erblicken die Fehler des herrschenden Systems darin, daß zahlreiche Offiziere im besten Mannesalter ihren Abschied erhalten wegen Kleinigkeiten, von denen man das Lebensschicksal eines Mannes doch wahrhaftig nicht abhängig machen sollte. Ganz besonders schädlich ist folgende Unsitte: wenn ein Offizier für eine bestimmte Charge sehr wohl qualifiziert ist, aber nicht für die nächst höhere, so daß er bei der Beförderung übergangen werden muß, so wird unter dem herrschenden System von ihm erwartet, daß er seinen Abschied nehme. Das halten wir für ganz falsch. (Beifall bei den Freisinnigen.) Der Herr Kriegsminister hat erklärt, es seien im letzten Jahre nur 23 Proz. im Durchschnitt der letzten zehn Jahre nur 2,9 Proz. der Offiziere verabschiedet. Das mag gering erscheinen, es sind bei einem Bestande von 24 000 Offizieren etwa 500. Aber nun bedenke man, es sind unter den 24 000 allein 10 000 Leutnants und 5000 Hauptleute, so daß nur 9000 höhere Offiziere, für die die Verabschiedung hauptsächlich in Betracht kommt, übrig bleiben. Sonach ist der wirkliche Prozentsatz an Verabschiedungen unter dem herrschenden System ein weit höherer, als es auf dem ersten Blick erscheint. Einverstanden sind wir mit den Grundzügen, die für die Pensionen der Offiziere aufgestellt sind, welche im Staats- oder Kommunaldienst tätig sind. Eine rückwirkende Kraft dem Offiziers-Pensions-Gesetz zu geben, halten wir für unmöglich.

Abg. v. Tiedemann (Sp.): Ich bin ein alter pensionierter Beamter; da können Sie mir glauben, wenn ich Ihnen sage, daß der Zivilbeamte in bezug auf alle Pensionsbedingungen außerordentlich viel günstiger dasteht als der Offizier. Der Zivilbeamte kann ein Auge, ein Bein oder einen Arm verlieren und bleibt dienstfähig; den Offizier pensioniert man notwendigerweise wegen „chronischer Heiserkeit“. Dazu kommt für viele Zivilbeamten der Vorzug der Unabsehbarkeit.

Der Abg. Dr. Gradnauer ist gestern auf die Schilderungen des Generals v. Kretschmann eingegangen. Es widerstrebt mir, über Privatverhältnisse zu sprechen. Aber ich habe mit dem General v. Kretschmann jahrelang an demselben Orte gewohnt und wir haben in gesellschaftlichem Verkehr gestanden. General v. Kretschmann war zweifellos ein sehr kluger Mann, aber seine Ansichten über militärische Dinge wurden immer mit einiger Vorsicht aufgenommen, man wurde bei seinen Erzählungen sehr häufig erinnert an den Sonntagsjäger, der fragte: „Was glauben Sie wohl, was ich gestern geschossen habe?“ und darauf die Antwort erhielt: „Die Hälfte!“ (Heiterkeit.) Mag die Sache aber liegen wie sie will, so muß man doch fragen: Hat denn General v. Kretschmann ein verbrieftes Recht darauf gehabt, kommandierender General zu werden? Es gibt ja nur 18 kommandierende Generale im Deutschen Reich. In der Frage der rückwirkenden Kraft muß ich dem Herrn Vordredner Recht geben: eine so weitgehende Forderung, wie sie der Graf Oriola gestern ausgesprochen hat, wäre eine zu große Belastung des Staats. — Auf keinen Fall darf die Vorlage in der Budgetkommission ein Begründungsstück erster Klasse finden! (Sehr wahr! rechts.) — Meine politischen Freunde legen Wert darauf, daß das Gesetz noch in dieser Session fertig werde und werden daher für Ueberweisung an eine besondere Kommission stimmen. (Bravo! bei der Reichspartei.)

Abg. Tiedemann v. Sonnenberg (Ant.): Ich möchte nur einige schon erwähnte Punkte noch unterstreichen und ergänzen. Wir haben gehofft, ein neues Pensionsgesetz zu bekommen, was einfacher und einheitlicher ist als der gegenwärtige Zustand. Ich muß dem Redner der Freisinnigen darin Recht geben, daß das nicht der Fall ist. Der Herr Kriegsminister hat die Verwickeltheit der Bestimmungen mit der Staatskrone begründet. Aber man könnte mit ihr auch das Gegenteil begründen. Man könnte sagen, die Regierung hätte besser getan, eine allgemeine Rückwirkung zu fordern und dann das Odium einer teilweisen Ablehnung derselben dem Hause zu überlassen.

Sehr bedauere ich, daß nicht auch die Veteranenfürsorge gleich mit geregelt worden ist. Dadurch sind wieder Erwartungen enttäuscht, die vielfach im Lande gehegt wurden. — Die Deckungsfrage ist mit vollem Recht in den Vordergrund gestellt worden. Es ist eine Ehrenpflicht der Regierung und der Vorkategorie, dafür zu sorgen, daß diese Frage gelöst und das Gesetz bis zum 1. April spätestens fertiggestellt wird. Daher bin ich auch für die Einsetzung einer besonderen Kommission. Die Budgetkommission ist in der Tat zu überlastet. Meine Freunde sind seit jeher für die Wehrsteuer eingetreten und wir halten diese Steuer in der Tat für ein geeignetes Deckungsmittel.

Abg. Mommsen (fr. Gg.): Meine Freunde stehen den beiden Entwürfen im großen und ganzen sympathisch gegenüber und werden sich gern bemühen, sie — allerdings mit erheblichen Änderungen — zur Verabschiedung zu bringen. — Zunächst ein Wort zur Deckungsfrage. Der Herr Haussekretär hat leider über die Stellung der Regierung zu dieser so wichtigen Frage nichts gesagt. Wir halten es für absolut notwendig, daß die Regierung erst mit ihren Plänen heraustritt, wenn wir auch nicht, wenigstens heute noch nicht, unter allen Umständen davon die Zustimmung zu den Vorlagen abhängig machen wollen. Die Wehrsteuer lehnen wir ab, ich glaube übrigens kaum, daß eine solche Steuer 10% Millionen jährlich bringen würde. Wenn die Regierung sich dazu entschließt, mit direkten Reichssteuer-Vorlagen herauszukommen, würde ich mich nur darüber freuen. — Mit der Vorlage für die Mannschaften sind wir im großen und ganzen einverstanden. Die Grenze von 35 Dienstjahren für die Gewährung der Vollrente sollte aber erheblich herabgesetzt werden. — Die Gleichstellung der im Reichs- und Staatsdienst angestellten Militärpensionäre mit den im Kommunaldienst tätigen findet unseren Beifall. Weit weniger sympathisch stehen wir der Vorlage für die Offiziere gegenüber.

Die Stellung zur Disposition erfolgt, weil der Betreffende nicht geeignet ist, eine höhere Charge zu erreichen. Darum brauchen wir doch aber keine Gesetzesänderung, denn die Chargen, die hier in Betracht kommen, sind heute schon ausreichend mit Pensionen versehen. Die Kriegsverwaltung sollte einmal den Versuch machen, diese Chargen so lange im Dienste zu erhalten, wie deren Inhaber selbst diensttauglich sind. Ein Hauptmann kann seine Kompagnie im Felde führen, auch wenn vielleicht ein jüngerer Hauptmann Bataillonskommandeur geworden ist. Die Verabschiedungen erfolgen mit einer gewissen Plötzlichkeit, das zeigt, daß es sich nicht immer nur um die Frage der Tauglichkeit dabei handelt. Ich sehe den inneren, wenngleich nicht ausgesprochenen Zweck der Vorlage in dem Wunsche, mehr Raum zu schaffen für das Offizierskorps heranzuziehen. Aber dieser Mangel ist nur zu konstatieren bei der Infanterie; denn die Kavallerie erhält ihren Ersatz aus gewissen vermögenden Kreisen, während die Artillerie und die technischen Truppen infolge ihrer Anforderungen an die wissenschaftliche Reife Söhne der gut bürgerlichen Stände verlangen und erhalten. — Ich möchte deshalb raten, das Abiturientenexamen wenn nicht unbedingt zu verlangen, so doch mehr zu bevor-

zugen. Bei der Kavallerie könnte man ja davon absehen. (Heiterkeit.) Bei der Gage des Leutnants ist der „Bursche“ mit 500 M. angelegt. Ich als Leutnant habe nie gewußt, wie ich meinen Burschen den ganzen Tag beschäftigen sollte. Es ist ja allerdings möglich, daß die längere Aktivität hierin Übung verschafft. (Große Heiterkeit.) — Die Erhöhung der Pension für die oberen Chargen halten wir für durchaus überflüssig. Die Offiziere sind an sich schon besser gestellt als z. B. die Juristen, deshalb, weil sie ihre Dienstzeit schon mit 18, 19 Jahren beginnen, die Juristen die ihrige aber erst mit Beginn der Referendarezeit. Die Offiziere kommen also durchschnittlich zu einem höheren Dienstalter. Wohl aber sind die Pensionen der unteren Offiziers-Chargen zu verbessern. — In der Frage der rückwirkenden Kraft stehen meine politischen Freunde auf dem Boden der Regierungsvorlage. Wir stimmen der Ueberweisung der Vorlage an die Budgetkommission zu. (Lebhafte Beifall bei den Freisinnigen.)

Abg. Werner (Ant.): Es scheint uns verfehlt, daß die Regierung nicht gleichzeitig auch eine Dedung vorgeschlagen hat. Sodann sind wir der Ansicht, daß durch die Vorlage den Unteroffizieren nicht Genüge geschieht. Auch wäre es uns lieber gewesen, wenn die Vorlage früher gekommen wäre. Die Vorlage wird manchen Kreisen eine Enttäufung bringen. Die Kommission wird also noch sehr arbeiten müssen, ehe ein brauchbares und allseitig befriedigendes Gesetz zustande kommt. Ich muß dem Herrn v. Tiedemann vollkommen beistimmen darin, daß eine besondere Kommission für diese Vorlage eingesetzt werde. (Beifall bei den Antisemiten.)

Abg. Speck (Z.): Gegenüber der Behauptung des Staatssekretärs, alle Parteien hätten sich für eine schnelle Einbringung dieser Vorlage ausgesprochen, stelle ich einfach fest, daß schon damals bei Beratung der Interpellation mein Fraktionsgenosse Gröber erklärt hat, daß nur gleichzeitig mit einem Vorschlag über die Dedung dieses Pensionsgesetzes vorgelegt werden dürfe. Weiter halte ich gegenüber dem Staatssekretär meine Behauptung aufrecht, daß eine sehr verschiedenartige Behandlung den Beschlüssen der Einzelparlamente und denen des Reichstags zu teil wird. Meinen Antrag auf Ueberweisung an die Budgetkommission halte ich aufrecht. Keine besondere Kommission wird schneller oder besser arbeiten als sie. Der Abg. v. Tiedemann hat die Berechtigung meines Vergleichs zwischen der Pensionierung der Zivil- und Militärbeamten angefochten. Aber es bleibt bestehen, daß z. B. bei uns in Bayern die Zivilbeamten gegen jede willkürliche oder vorzeitige Pensionierung geschützt sind. Das ist eben bei den Offizieren leider nicht der Fall. Der Kriegsminister hat mit seiner Begründung der Vorlage zugegeben, daß die plötzliche Verabschiedung der Offiziere nicht die Ausnahme sondern die Regel bildet. Die Auswertung des Ministers, daß für den Luxus in Offizierskreisen der Luxus in den bürgerlichen Kreisen Vorbildlich gewesen sei, hat in den weitesten Kreisen Aufsehen erregt, umgekehrt ist es. (Lebhafte Zustimmung im Zentrum.) Der Abg. Gradnauer hat meiner Partei vorgeworfen, daß sie niemals für die Pensionserhöhungen eingetreten sei. Gerade aus unserer Partei sind in den letzten Jahren mehrfach in dieser Richtung Anträge gestellt worden. Ich habe mich getruemt, daß der Abg. Gradnauer nicht eine Anregung des „Vorwärts“ akzeptiert hat, die Pensionsberechtigung solcher stipendialen ruhen zu lassen, die wegen Militär-Verhandlungen bestraft sind. Sollte sich dieser Vorschlag zu einem Antrage verwickeln, so bin ich zwar nicht ermächtigt, im Namen meiner Freunde zu sprechen, aber ich glaube, sie würden diesem Antrage von Herzen zustimmen. Der Abg. Gradnauer hat gestern eine ganz andere Stellung zur Armee eingenommen, als die Fraktion sonst. (Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Öffentlich bleibt sein und seiner Freunde Interesse nicht nur ein platonisches, sondern sie werden auch bei der Staatsberatung die Konsequenz ziehen, daß sie nicht jede Staatsdisposition ablehnen, sondern auch für den durch die erhöhten Sätze erhöhten Pensionsetat stimmen werden. (Beifall im Zentrum.)

Abg. Sabelum (Soz.): Herr Sabelum widerhole ich, daß unser Standpunkt von jeder der gewesen ist: bei aller prinzipiellen Gegnerschaft gegen das heutige Heeresystem wollen wir doch den Opfern dieses Systems ein erträgliches Dasein schaffen. Wenn das bisher nicht erreicht worden ist, so lag die Hauptschuld daran am Zentrum, das seinen Einfluß nicht benutzte hat, um den Militärinvaliden zu helfen, sondern statt dessen große Summen für Kolonial-, Heeres- und Marine-Ausgaben bewilligt hat. Daß das Zentrum für die Kriegsinvaliden nichts getan habe, hat mein Freund Gradnauer nicht behauptet, er sprach nur von der Fürsorge für die Friedensinvaliden. — Durch die Ausführungen des Herrn Reichshaussekretärs bin ich durchaus nicht zufriedener gestellt. Er sagte bei einem Defizit von über 100 Millionen könne es nicht darauf ankommen, ob für 16 1/2 Millionen Dedung vorhanden sei. Man solle die allgemeine Finanzreform abwarten. Umgekehrt, meine ich, sollte man die Dedung für diese Vorlage zum Ausgangspunkt für die Finanzreform machen. Der Herr Reichshaussekretär meinte, das Odium neuer Steuern werde die Regierung auf sich nehmen. Nicht alle Steuern sind ein Odium, sondern nur diejenigen, welche die Massen belasten zu Gunsten der Reichen und Wohlhabenden. — Herr v. Stengel hat nachdrücklich darauf hingewiesen, daß es wesentlich darauf ankomme, die Schlagfertigkeit des Heeres aufrecht zu erhalten dadurch, daß man eine erhöhte Möglichkeit, Offiziere zu pensionieren, schaffe. Daraus geht hervor, daß das Gesetz über die Versorgung der Mannschaften nur als notwendiges Uebel von der Regierung angesehen wird, dessen Einbringung nicht zu vermeiden war, wenn man die Offizierspensionen regelte. Aus dieser Ratio des Gesetzes folgert übrigens Herr Stengel, daß ein Aufschub unmöglich sei und daß es keine rückwirkende Kraft haben könne. Ich kann dieser Schlussfolgerung nicht zustimmen. Durch das Gesetz soll auch die Anziehungskraft des Offiziersstandes erhöht werden. Ich glaube, das würde weit besser dadurch geschehen, wenn die Bevorzugung des Adels in der Armee endlich beseitigt würde. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Der preussische Kriegsminister hat gestern dem Genossen Gradnauer erwidert, daß von Massenabschlachtungen keine Rede sein könne. Es seien im letzten Jahre 23 Proz. im Durchschnitt der letzten 10 Jahre 2,9 Proz. der Offiziere verabschiedet worden. Wenn ich auch anerkenne, daß unter dem jetzigen Kriegsminister die Zahl der Pensionierten im Heere zurückgegangen ist, so vertritt schon die Durchschnittszahl, daß die Zahl der Pensionierungen früher bedeutend höher war. Und nun zu der Frage, aus welchen Gründen bei uns pensioniert wird. Genosse Gradnauer hat da das Beispiel des Generals v. Kretschmann herangezogen. Ich will mit dem Abg. v. Tiedemann über seine Auffassung dieses Falles nicht diskutieren. Er glaubt, daß Gattinnen und Töchter verabschiedeter Offiziere nicht in der Lage seien, ein Urteil über die Gründe der Pensionierung abzugeben. Aber ebenso wenig wird dazu jemand in der Lage sein, der nur Gelegenheit hatte, sich mit diesen Offizieren im Kasino Jagdspäßen zu erzählen. Die Bemerkungen des Abgeordneten v. Tiedemann über den verstorbenen General v. Kretschmann waren so absprechend, daß ich mich wundere, wie er sie als Gentleman hat machen können.

Präsident Graf Ballestrem (unterbrechend): Herr Abgeordneter, Sie haben soeben in bezug auf einen Abgeordneten gesagt, daß Sie sich wundern, wie ein Gentleman solche Bemerkungen machen könnte. Ich rufe Sie deswegen zur Ordnung.

Abg. Dr. Sabelum (Soz.) (fortfahrend): Der Kriegsminister hat zum Falle General v. Kretschmanns bestritten, daß dieser überhaupt in der Lage gewesen sei, ein Armeekorps im Manöver zu führen. In der ersten Auflage des von der Tochter des Generals v. Kretschmann herausgegebenen Buches



Es allerdings irrtümlich von der Führung einer Armee gesprochen; aber in der späteren Auflage ist der Irrtum berichtigt: Es handelt sich selbstverständlich nicht um Armeen, sondern um das aus einem Armeekorps gebildete Ost- und Westkorps, innerhalb dessen Prinz Wilhelm ein Grenadier-Regiment befehligte. Im Gefecht suchte Prinz Wilhelm in unmittelbarem Ansturm eine vom General v. Kretschman verteidigte Anhöhe zu gewinnen, wurde aber durch das mörderische Feuer, das sein Regiment vernichtet hätte, zurückgeworfen. Es heißt weiter in dem Buche über den General v. Kretschman: Es gab Leute genug, aufrichtige Freunde darunter, die ihn zu diesem Siege nicht beglückwünschten. Aber die Kritik des von ihm so hochverehrten alten Kaisers fiel durchaus anerkennend aus.

Aber außer diesem Fall hat mein Freund Gradnauer noch einen anderen erwähnt, der eigentlich wichtiger ist, das Beweissthema zu stützen, auf den der Kriegsminister aber nicht eingegangen ist. Im Jahre 1889 war nämlich wieder Kaisermanöver und damals in Westfalen. Dabei äußerte sich General v. Kretschman sehr scharf über manche Neuerungen, insbesondere über die Attacken großer Kavalleriemassen gegen geschützte Infanteriestellungen, und wenige Monate später mußte er seinen Abschied nehmen. Hier den Zusammenhang zwischen dem Vorfall und der Pensionierung zu leugnen, hat auch der Kriegsminister nicht versucht. Aber gerade darauf kam es meinem Freunde Gradnauer gestern an. Die Entlassung des Generals Kretschman ist ja nur ein einzelnes Beispiel für jenes diskretionäre Ermessen, welches wir auch in dieser Vorlage ernstlich beklagen und welches heute schon von dem freisinnigen Redner mit Recht in ihr gerügt worden ist. Bei der Zusammenstellung der Militärpensionen und der Kriegszulage haben sich allerlei Mißbräuche herausgebildet, die wir beklagen müssen. Ich glaube, es wird kaum ein Abgeordneter hier im Hause sein, der nicht schon Briefe von pensionierten Militärs empfangen habe, in denen bittere Klage über Ungerechtigkeiten geführt wird. Ich will nun gar nicht sagen, daß alle diese Klagen recht haben, aber sicherlich ist ein großer Teil von ihnen berechtigt. Es liegt ein Maß von Willkür in diesen Zusammenstellungen, das nicht mehr zu ertragen ist. (Sehr richtig! links.) Die politische Gesinnung der Aspiranten ist es namentlich, die bei der Zusammenstellung der Kriegszulage und auch sonst eine große Rolle spielt. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Deshalb wollen wir nicht, daß durch diese Gesetzvorlage dem diskretionären Ermessen weiterer Boden gegeben wird, sondern daß das Gesetz an die Stelle des Ermessens trete. Aus Abneigung gegen das diskretionäre Ermessen wollen wir auch dem Gesetze eine allgemein rückwirkende Kraft geben. Während andere Bevölkerungsklassen durch die Gesetzgebung der letzten Jahrzehnte eine wesentliche Aufbesserung ihres Einkommens erlangt haben, erhalten die Militärs-Invaliden noch dieselben Pensionssätze wie 1871. Diese aber sind nicht mehr ausreichend, um auch nur die allernotwendigsten Lebensbedürfnisse zu befriedigen. Wir müssen also dem Gesetze eine allgemeine rückwirkende Kraft geben. Aber es ist schon betont worden, daß wir unsere Zustimmung an die Bedingung knüpfen, daß die Pensionserhöhung der oberen Chargen beschränkt werde, selbst auf die Gefahr hin, daß wir der Regierung dadurch die eigentliche Absicht, in der sie diesen Entwurf uns vorgelegt hat, durchkreuzen sollten. (Weiterkeit bei den Sozialdemokraten.)

In Bezug auf die geschäftliche Behandlung der Vorlagen möchte ich bemerken, daß wir uns dem Antrage Sped auf Ueberweisung an die Budgetkommission anschließen. Nicht etwa, weil die Budgetkommission noch nicht genug Arbeit hat, sondern weil wir die Vorlagen nur im Zusammenhang mit der gesamten Finanzlage erörtern können. Man hat gesagt, die Verweisung an die Budgetkommission bedeute eine Verlagerung auf den St. Nimmermehrstag, die Vorlagen würden dann nicht mehr vor dem 1. April zur zweiten Beratung kommen. Da möchte ich, um zu verhindern, daß außerhalb des Hauses in demagogischer Weise uns Vorwürfe wegen der Verweisung an die Budgetkommission gemacht werden, darauf hinweisen, daß die Regierung ganz allein die Verantwortung für die Verzögerung trägt. Es ist schon bei Eröffnung des Parlaments darüber gellagt worden, daß man sie so spät vorgenommen hat. Wir haben den Etat, diese Pensionsvorlagen, dann die Handelsverträge zu beraten, und da hätte die Regierung vorher überlegen sollen, ob sie uns nicht früher hätte einbringen sollen. Wenn sie keine Rücksicht darauf nimmt, so mag sie für die Verzögerung, die diese Vorlagen erleiden, vor dem Lande die Verantwortung tragen. (Weifall bei den Sozialdemokraten.)

Kriegsminister v. Einem: Wenn ich das Resultat der bisherigen Neben zusammenfasse, kann ich wohl sagen, daß der Gesetzentwurf über die Pensionsverfugung im allgemeinen Zustimmung gefunden hat, während der Gesetzentwurf über die Offiziere im großen und ganzen eine gewisse Ablehnung erfahren hat. Ich habe das erwartet. Es ist immer die Meinung verbreitet, es arbeite im Militärkabinett die Willkür mit ungeschwächter Kraft. Demgegenüber will ich nur betonen, daß seit etwa 30 Jahren die Armee noch nicht so alt gewesen ist wie heute. Unsere Brigadeführer, die Regiments-, Bataillonskommandeure und Hauptleute sind sämtlich älter an Jahren, als sie es zum Beispiel 1877 gewesen sind. Schon diese Tatsache beweist, daß man nicht in der Weise pensioniert, wie es beklagt wird. Von gewissen Seiten ist nun angeregt worden, die Offiziere möglichst lange im Dienst zu halten. Das sind aber dieselben Seiten, die, wenn irgend etwas passiert, was durch die Presse geht, was noch gar nicht einmal aufgefällt ist, sofort rufen: Der Mann muß sofort befreit werden! (Sehr richtig! rechts.)

Wie sieht denn im allgemeinen die Offizierspensionierung aus? Sie beruht auf den Qualifikationsberichten, die jährlich dem Militärkabinett eingereicht werden. Der Qualifikationsbericht wird zuerst dem Regimentskommandeur, dann dem Brigadeführer, dem Divisionskommandeur und dem kommandierenden General vorgelegt, und diese Offiziere sind berufen, nach bestem Wissen und Verständnis ihr Urteil abzugeben, und es ist ihnen ausdrücklich von Sr. Majestät gesagt worden, sie sollen wohlwollend diese Berichte prüfen. Ich glaube die große Mehrheit für mich zu haben, wenn ich sage, daß die Gewissenhaftigkeit auch tatsächlich waltet und daß niemand in gewissenloser Weise einen Offizier bestrafen wird. Diese Berichte werden im Militärkabinett einer Durchsicht unterzogen und dann wird Sr. Majestät in gewissenhafter Weise Vortrag gehalten und Seine Majestät entscheidet, wie sich für die höheren Stellen das Abancement gestalten soll. Nun ist vielfach betont worden: Die Offiziere, die übergangen werden, sollten bleiben. Die Herren scheinen sich die Sache so vorzustellen, als ob plötzlich ein Hauptmann aus der Mitte zum Major gemacht wird und dann alle anderen Hauptleute gehen müssen. Das ist absolut falsch. Man erkennt vielfach schon bei den Hauptleuten wie bei den Bataillonskommandeuren, ob diese Herren zu höheren Stellen geeignet sind oder nicht. Wenn ein Bataillonskommandeur drei Jahre sein Bataillon geführt hat, dann kann der Regimentskommandeur längt die Ueberzeugung gewonnen haben, der Mann wird niemals ein Regiment führen können. Der Major, der für höhere Stellen als ungeeignet erkannt wird, bleibt ruhig auf seinem Posten, bis er zum Oberleutnant dran ist. Dann wird ihm gesagt: Seine Majestät hat keine weitere Verwendung für Sie. Wenn Sie sich ausrechnen, daß jetzt ein Offizier nach 25-jähriger Dienstzeit als solcher noch etwa 7 Jahre bis zum Oberleutnant braucht, so ist er etwa 52 Jahre. Nun sagen Sie, der Mann soll noch bleiben. Ich frage Sie, hat das einen Zweck. Ein 52-jähriger Mann, der sieben Jahre sein Bataillon führt, wird sehr bald am Ende seiner Kräfte sein. Würde ein übergangener Major im Dienste bleiben, so würde er den jüngeren Vorgesetzten stets mit sehr kritischen Blicken betrachten. Unzufriedenheit und Kritik würden in die Armee getragen und es wären noch die besten, die unzufrieden sind. Auch von einem Leutnant, der 15 Jahre Dienst tut, kann man unmöglich verlangen, daß er weiter bleibt, nachdem man ihn gesagt hat: aus Dir wird nichts. Ganz unhaltbar würden die Verhältnisse im Kriege werden. Ein Mann, den man als ungeeignet befunden hat, das Regiment zu führen, soll nun, wenn sein Vorgesetzter fällt, doch ruhig das Regiment vor den Feind führen? Das geht nicht. (Sehr richtig! rechts. Zurufe links.)

Diskretionäre Gewalt hat das Militärkabinett nicht. Es wäre ein betrübliches Verfahren, wenn das Militärkabinett Sr. Majestät Vortrag halten würde über Dinge, die in den Qualifikationsberichten nicht enthalten sind.

Gegen eine Vermehrung in der Debatte muß ich mich auf das allernotwendigste beschränken. Es ist absolut unwahr und unrichtig, daß bei Verweisung der Zulagen der Kriegsinvaliden die politische Gesinnung eine Rolle spiele. Der Abg. Südekum hätte gut getan, und gleich die Namen derjenigen zu nennen, die derartige Verdächtigungen gegen das Reichskabinett erheben.

Es ist noch gesprochen worden von der Gleichmäßigkeit der Vorbildung der Offiziere. Wir haben jetzt 45 Proz. Abiturienten unter den Offizieren und sind auf dem besten Wege, mehr und mehr Abiturienten der Armee zuzuführen. Gerade die Kavallerieregimenter, die Zulauf haben, sind in der glücklichen Lage, nur solche aufzunehmen. Aber auch hier müssen wir langsam verfahren.

Ich komme noch auf einen Moment zum Fall Kretschman. Der Abg. Südekum hat den ersten Manövervorfall als vollkommen irrelevant hingestellt. Aber wenn man das Buch liest, so gewinnt man ohne weiteres den Eindruck, als ob der Mann verabschiedet worden ist, weil ihm der oberste Kriegsherr nicht vergessen konnte, daß er ihn besiegt hat. Nun liegt ja die Sache ganz anders. Von einem Siege des Generals v. Kretschman über den jetzigen Kaisers Majestät kann gar nicht die Rede sein, das ist eine ganz lächerliche Insinuation. Nun wundert sich aber der Abg. Südekum darüber, daß Herr v. Kretschman nach dem Manöver den Abschied bekommen hat und führt ihn darauf zurück, daß General v. Kretschman sich sehr energisch, laut und selbstbewußt über allerhand Neuerungen geäußert hat. Da frage ich wirklich: Wenn ein General in dieser Weise gegen Bestimmungen des allerhöchsten Kriegsherrn vorgeht, wie tabelt und laut kritisiert, dann kann er sich nicht wundern, wenn der allerhöchste Kriegsherr sich sagt: Wenn der Mann nicht mit mir übereinstimmt, kann ich ihn nicht gebrauchen. (Lautes Aha! und Weiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Ich weiß ja nicht, ob es bei der Verabschiedung des Generals v. Kretschman wirklich so zugegangen ist. Aber die Stellung kommandierender Generale beruht auf dem gegenseitigen Vertrauen zwischen dem allerhöchsten Kriegsherrn und ihnen und auf der unbedingten Eingabe des kommandierenden Generals an den allerhöchsten Kriegsherrn. Wenn Herr v. Kretschman auch nur den Gedanken fassen konnte, daß ein gewisses Nachgefühl wegen dieses Vorommnisses beim obersten Kriegsherrn vorhanden sei, so hat er schon dadurch den Beweis geführt, daß er nicht der geeignete Mann gewesen wäre, ein Korps zu führen. (Bravo rechts.)

Abg. Schäfers (kons.) tritt für die Einsetzung einer besonderen Mitgliedern Kommission ein, damit das Gesetz, das gleich zu Beginn dieses Sitzungsdienstes dem Hause zugegangen sei, nicht durch die Schuld des Reichstages verschleppt werde.

Abg. Graf v. Brudzewski-Mielzinski (Pole): Meine Fraktion tritt überall für den kleinen Mann ein. Aber wir müssen uns doch immer fragen, ob nicht durch das diskretionäre Ermessen dem polnischen Soldaten das entzogen werden wird, was dem deutschen gegeben wird. Wir sind für Ueberweisung an die Budget-Kommission. (Weifall bei den Polen.)

Abg. Arenst (Reichsp.) : Trotz dem der Antrag, eine besondere Kommission zu ernennen, von, wie ich glaube, fünf Parteien unterstützt wird, scheint die Mehrheit des Hauses, entgegen den früheren Geschäftsberäthungen, für Ueberweisung an die Budget-Kommission zu sein. Ich halte die Auswahl der Kommission für ausschlaggebend. Wenn der Abg. Südekum gefürchtet hat, die Stellungnahme seiner Partei könnte von uns demagogisch ausgenutzt werden, so haben wir wieder einmal den Gracchus, der sich über die Unruhen beschränkt. — Die Reichsteuer kann nicht zur Bedeckung der heute verlangten Ausgaben dienen, sondern nur zur Entlastung des Reichsindobidensfonds. — Wenn keine besondere Kommission ernannt wird, wird nicht einmal nächste Weihnachten das Gesetz verabschiedet werden können. (Weifall bei der Reichspartei.)

Abg. Graf Oriola (Ratl.) : Auch meine politischen Freunde werden für den Antrag der Konservativen, eine besondere Kommission von 21 Mitgliedern zu ernennen, stimmen. (Weifall bei den Ratsliedern und Konferv.)

Abg. Sped (Zentr.) bleibt bei seinem Vorschlag, die Vorlagen an die Budget-Kommission zu überweisen. Damit schließt die Debatte.

Der Antrag auf Einsetzung einer besonderen Kommission von 21 Mitgliedern wird abgelehnt, die Entwürfe gehen an die Budget-Kommission.

Nächste Sitzung: Dienstag, den 10. Januar 2 Uhr. Resolutionen über Invalidenversicherung der Handwerker und Befähigungsnachweis im Bauhandwerk.

Präsident Graf Ballestrem wünscht den Abgeordneten allen ein frohliches und gesegnetes Weihnachtsfest und ein recht glückliches neues Jahr. (Bravo!) Schluß 5 1/2 Uhr.

## Partei-Nachrichten.

Die „Leipziger Volkszeitung“ veröffentlichte am 12. Dezember einen Artikel mit der Ueberschrift:

„Ein Erfolg des Vrotwuchers“.

in dem sie gegen die Erklärung polemisiert, die der Genosse Vebel im Namen der Fraktion in der Sitzung des Reichstages am 10. d. M. über den Jollartikel der „Leipziger Volkszeitung“ vom 2. Dezember dieses Jahres veröffentlichte.

Die Sätze, die sich in jenem Artikel speziell mit der Fraktion beschäftigen, lauten:

„In den ersten Sätzen der Fraktionserklärung haben wir zu sagen, daß sie uns viel weniger mißfallen, als der Fraktion unser Artikel vom 2. d. M. mißfallen hat. Es wäre gewiß die größte Genugthuung für uns, wenn wir unser Blatt so redigieren könnten, daß es allen Parteigenossen gleichermaßen gefiele, aber da dieses ideale Ziel wohl noch von keinem Parteiblatt erreicht worden ist, so sehen wir kein großes Unglück darin, einmal einer kleinen Minderheit von 78 Genossen zu mißfallen. Etwas anderes bedeutet die Erklärung der Fraktion nicht. In den bürgerlichen Parteien mag die „Fraktion“ ein geheimnisvolles Wesen sein, dessen Sprüche eine jermalmende Wirkung haben, aber innerhalb der sozialdemokratischen Partei hat der „parlamentarische Kreinismus“ keine Stätte. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat die parlamentarischen Geschäfte der Partei zu besorgen, jedoch weiter reicht ihre Zuständigkeit nicht. Vor allem hat sie kein Ausmaßrecht über die Parteipresse. Gewiß kann sie nach dem Rechte der Redefreiheit, das innerhalb der Partei besteht, ihr Mißfallen an einem Parteiblatt ausdrücken, ebenso wie jedes Parteiblatt nach demselben Rechte sein Mißfallen an der Reichstagsfraktion ausdrücken kann. Allein damit ist ihr Recht gegenüber der Presse erschöpft. Deshalb wird ihre Erklärung ohne jeden Einfluß auf die politische Haltung der „Leipziger Volkszeitung“ bleiben, die einzig und allein den Direktiven der Leipziger Genossen untersteht. Nur im Falle eines prinzipiellen Verstoßes — und der Kampf gegen den Vrotwucher gilt hoffentlich noch nichts in der Partei als prinzipiellwidrig — würde zwar auch nicht die Reichstagsfraktion, aber allerdings der Parteivorstand ein autoritatives Recht des Einspruches besitzen.“

Soviel über die persönliche Seite des Zwischenfalls. Was dann seine sachliche Seite anbetrifft, so hat die Reichstagsfraktion innerhalb ihrer Zuständigkeit mit ihrer Erklärung zweierlei versehen. Sie hat erstens sich selbst und zweitens, was viel schlimmer ist, ihre Wähler verleugnet.

Unser Artikel vom 2. d. M. gründete sich auf ein sorgfältiges Studium der Vorgänge, die beim Zustandekommen des deutschen Hungertarifs gespielt haben. Will man ihm einen Vorwurf von wegen „schlechten Tones“ machen, so wäre es höchstens der, daß er sich aus Freude über die mannhafteste Haltung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion im Dezember 1902 allzu sehr an deren Ton ge-

halten hätte. Immerhin wäre auch dieser Vorwurf ungerecht, denn solche redet sinnlose und unsichere Worte, wie „Lüge“ und „Zuhälter“, die Mitglieder der Fraktion im Reichstage die Vrotwucherer gebraucht haben, finden sich nicht in unserem Artikel. Seine schärfsten Sätze richten sich gegen den verächtlichen Gründer Nordorf, der im Reichstage den Mund nicht aufstun kann, ohne nach Ausnahmegesetzen gegen die Arbeiterklasse zu schreien, und inwieweit wir durch Tatsachen berechtigt waren, diesen Sünder zu beurteilen, wie wir ihn beurteilt haben, ist dargelegt schon in unserem Blatte nachgewiesen worden. Dann haben wir — o schreckliches Verbrechen! — jenen Eugen Richter, dem seit vierzig Jahren keine Lüge nichtswürdig genug gewesen ist, um sie nicht hinter der Arbeiterbewegung herzusetzen, einen „Oberphilister“ genannt, was am Freitag sämtlichen Vrotwuchern im Reichstage Tränen fittlicher Enttäuschung entlockte. Doch genug, denn soweit sind wir allerdings nicht hinter dem Ton der Reichstagsfraktion zurückgeblieben, daß wir uns deshalb entschuldigen müßten.

Dann aber hat die Fraktion mit ihrer gegen uns gerichteten Erklärung auch die Wähler des 16. Juni 1903 verleugnet. Wäre die Bahagitation nicht im Stille unseres Artikels vom 2. d. M. betrieben worden, so hätte die Partei nimmermehr drei Millionen Wähler an die Urne gebracht. Wir sagen auch das selbstverständlich nicht im Sinne einer Entschuldigung, wir halten im Gegenteil diese Agitation für die einzig mögliche und richtige. Die moderne Gesellschaft hat nur ein großes Beispiel dafür aufzuweisen, daß der Vrotwucher herrschender Klassen durch den Sturm der Volksmassen weggerafft werden kann; dies Beispiel ist die von Bright und Cobden geleitete Agitation gegen die englischen Kornzölle, auf die sich Lassalle am eifrigsten als Muster einer Massenagitation zu beziehen pflegte. Nun, diese Agitation hatte ganz jenen „persönlichen“ Charakter, den am Sonnabend ein Oberster der Vrotwucherer im Reichstage an unserem Artikel zu beklagen naiv genug war, wenn auch dieser Artikel, an dem Maßstab jener englischen Agitation gemessen, nur als leichtes Bindesäufeln gelten kann. Massenagitationen können nicht nach den Regeln der Tanzschule betrieben werden, und darüber sind in politisch erfahrenen Völkern selbst bürgerlich radikale Politiker sich vollkommen klar; Cobden und Bright, obgleich persönlich respectable Leute in aller Engbergigkeit dieses englischen Begriffes, haben nie die „Schimpfworte“ der von ihnen geleiteten Agitation verleugnet. Aber dafür haben sie allerdings ihr Ziel erreicht und den englischen Vrotwucher tödlich aufs Haupt geschlagen.

Deshalb war die sozialdemokratische Agitation, so wie sie von der Reichstagsfraktion vor zwei Jahren eingeleitet, wie sie bei den Reichstagswahlen von 1903 betrieben und wie sie in unserem Artikel vom 2. d. M. vertreten wurde, durchaus auf dem richtigen Wege. Ueber eine „sachliche“ und „parlamentarische“ Form dieser Agitation lachen sich die Vrotwucherer nur ins Häutchen: Beweis die Heulerei, die sie in der Reichstagsdebatte der letzten Tage, mit Bülow und Nordorf an der Spitze, darüber angestimmt haben, daß Herr Eugen Richter, der „unentwegte“, aber „sachliche“ und „parlamentarische“ Bekämpfer des Vrotwuchers, augenblicklich den Verhandlungen des Reichstages nicht beizuwohnen kann.

Unter diesem Gesichtspunkte ist die Erklärung der Reichstagsfraktion nichts als ein Erfolg des Vrotwuchers. Selbstverständlich ist sie nicht so gemeint, aber in der Politik gilt leider niemals die Absicht, sondern nur die Wirkung. Die Erklärung wird von den Vrotwuchern ausgebeutet, sie wird jedem Parteiblatt und jedem Parteimagazin, der ihnen unbecquem wird, als Mittel zwischen die Beine geworfen werden. Und so nahe am Siege über den Vrotwucher sind wir in der Tat nicht, daß wir uns selbst solche ganz überflüssigen Hindernisse zu schaffen brauchen. . . .

Auf diese Ausführungen haben wir folgendes zu erwidern:

Als Sonnabend, den 10. d. Mts., der Reichskanzler nach der Rede des Genossen v. Bollmar den Jollartikel der „Leipziger Volkszeitung“ vom 2. Dezember in der bekannten Weise zur Sprache brachte, verständigten sich die anwesenden Mitglieder der Fraktion dahin, den Genossen Vebel zu beauftragen, in seiner Rede zu erklären, daß die Fraktion die Veröffentlichung jenes Artikels bedauere und die Verantwortung für denselben ablehne.

Es handelte sich nicht nur um die Zurückweisung der Angriffe des Reichskanzlers, sondern indirekt auch um die Zurückweisung der Angriffe, die ein großer Teil der gegnerischen Presse, mit Bezugnahme auf den in Frage stehenden Artikel der „Leipziger Volkszeitung“, gegen die Partei gerichtet hatte.

Uebrigens war der betreffende Artikel bereits unmittelbar nach seinem Erscheinen Gegenstand der Besprechung im Parteivorstand gewesen, der den Genossen Vebel beauftragte, der Redaktion der „Leipziger Volkszeitung“ wegen desselben eindringliche Vorstellungen zu machen.

Selbstverständlich war bei der Ablehnung der Verantwortung, daß nicht die Tendenz, sondern die Form des Artikels abgelehnt wurde, worüber auch der Wortlaut der von dem Genossen Vebel gemachten Ausführungen im stenographischen Bericht des Reichstages gar keinen Zweifel läßt.

Die Redaktion der „Leipziger Volkszeitung“ kam jedoch zu dem überraschenden Schluß, wie die Ueberschrift und insbesondere die von uns durch Fettdruck hervorgehobenen Stellen des Artikels zeigen, die Erklärung der Fraktion habe die Tendenz des Artikels abgelehnt, und sie wird sogar beschuldigt, die Wähler des 16. Juni verleugnet zu haben.

Eine solche Anschuldigung wird durch ein Parteiblatt gegen eine Fraktion erhoben, die in der großen Mehrzahl ihrer Mitglieder persönlich die Jollkämpfe des Jahres 1902 führte und geradezu einen politischen Selbstmord begangen hätte, wären die Anschuldigungen der „Leipziger Volkszeitung“ gerechtfertigt. Ein Augenblick ruhiger Ueberlegung hätte die Redaktion überzeugen müssen, daß sie eine sinnlose Anschuldigung erhob.

Es ist aber auch nicht zu entschuldigen, daß die „Leipziger Volkszeitung“ Schimpfworte als tatsächlich gefallen unterstellt, die nach den Angaben der gegnerischen Presse von einzelnen Fraktionsgenossen in den Tagen des heißesten Jollkampfes gebraucht worden sein sollen, und daß dies zwei Jahre später geschieht, um die von ihr gewählte Form der Angriffe zu rechtfertigen, mit denen sie politische Gegner traktierte und unserer Sache schädete.

Zum Richter über die politische Haltung der „Leipz. Volkszeitung“ sich aufzuwerfen, ist der Fraktion keinen Augenblick beigemommen. Aber sie läßt sich das Recht nicht nehmen, wenn ein Parteiblatt durch sein Verhalten die Stellung der Fraktion ihren Gegnern gegenüber erschwert, dieses mit allem Nachdruck zurückzuweisen.

Berlin, den 15. Dezember 1904.

Im Auftrage der sozialdemokratischen Fraktion des Reichstages:  
Vebel, Gerich, Pfannkuch, Singer.

Vom Königsberger Hochverratsprozeß sind Heft 3 und 4 im Verlage der Buchhandlung Vorwärts erschienen. Sie behandeln die Auslieferungspolitik, erörtern die Schmorzer- und Verschönerer-Rede des Reichskanzlers und bringen dann den Anfang des zweiten Kapitels der Einleitung: Vorläufige Rechtsgarantien. Hier wird nach dem bisher unbekanntem Aktenmaterial die Gesamttätigkeit im Vorverfahren des Königsberger Prozesses systematisch dargestellt, es wird die Tätigkeit der Königsberger Staatsanwaltschaft beleuchtet, das Verfahren bei der Erhebung der Anklage, die Schäden der geheimen Voruntersuchung aufgedeckt, die Fälligkeiten des Generalkonfals erörtert; ferner wird die Frage der Gegenseitigkeit untersucht und hierüber neue rechtliche Gesichtspunkte vorgebracht. Einen fast humoristisch wirkenden Abschnitt bilden die Mitteilungen über die Polizeijagd auf unfranzösische Schriften. Endlich wird die Untersuchungshaft der Königsberger Hochverräter ausführlich erörtert und nachgewiesen, wie sie nur zur Verschleierung des Verfahrens gedient hat. Am Schluß finden sich bisher nicht veröffentlichte Dokumente darüber, daß die Schweiz die wiederholt und dringend



von der Königsberger Staatsanwaltschaft nachgesuchte Rechtshilfe in schriftlicher Weise abgelehnt hat.

### Die Strafe des Ungläubigen.

Am Mittwoch wurde in Wertheburg die Leiche unseres Genossen Mittag unter zahlreicher Beteiligung der Parteigenossen beerdigt. Mittag war Dissident und zur Strafe dafür müssen die Hinterbliebenen an die Kirchengemeinde 50 M. für die Grabstelle bezahlen, während die Hinterbliebenen der verstorbenen Kirchengemeinde nur 9 M. zu bezahlen haben. Es ist ja eine sehr unlogische Strafe, die nicht den Sünder, sondern dessen Erben trifft, aber wichtiger ist der öffentliche Mißstand, der sich in dem Verfahren offenbart. Vom Standpunkte der Hinterbliebenen handelt es sich um eine Pietätspflicht und gerade die Erbväter christlicher Gesittung sollten den Hinterbliebenen eines armen Mannes die Erfüllung dieser Pietätspflicht nicht durch Geldforderungen, noch dazu von solcher Höhe, erschweren. Vom Standpunkte der Allgemeinheit handelt es sich aber noch weit mehr um eine Angelegenheit der öffentlichen Hygiene. Die Beisetzung der Leichen ist eine öffentliche Angelegenheit und im Interesse der öffentlichen Gesundheitspflege geboten. Deshalb muß das auf öffentliche Kosten geschehen. Ist es schon schlimm genug, daß die Bestattungskosten der Hinterbliebenen zur Last fallen, so ist es erst recht unzulässig, auch noch Geld zu verlangen für das Bestatten der Erde, das dem Toten zur Ruhestätte angewiesen wird (bei Einführung der Leichenverbrennung könnte übrigens auch dies Sittlichen Erde noch gespart werden); am unglücklichsten ist es aber, den Friedhof der Kirchengemeinde zu überlassen und ihn zu gestatten, aus Rücksicht, die mit der Beerdigung gar nichts zu tun haben, den Hinterbliebenen noch eine Extralast aufzulegen.

Der Zentral-Verein für den Wahlkreis Potsdam-Spandau hielt am Sonntag in Rauen eine Generalversammlung ab, die sich zunächst mit dem Preussischen Parteitag beschäftigte. Dazu wurde beschlossen, zu beantragen, daß alljährlich ein Preussischer Parteitag stattfinden soll. Außer einer Resolution gegen den preussischen Wohnungsverleihs-Entwurf wurde ferner, als Antrag für den Preussischen Parteitag bestimmter Beschluß gefaßt (Antrag Viehrecht):

Die Delegierten zum Preussischen Parteitag haben in bezug auf die Beteiligung an den Landtagswahlen auf dem Parteitag erforderlichenfalls folgende Stellung einzunehmen: Die allgemeine Pflicht zur Beteiligung an den Landtagswahlen wird aufgehoben. Die Entscheidung über die fernere Beteiligung wird den einzelnen Kreisen überlassen, doch ist es Pflicht aller derjenigen Wahlkreise, in denen ein Erfolg nicht ausgeschlossen ist, sich an der Wahl auch fernherhin zu beteiligen. Ueber ganz Preußen ist, gleichviel ob Wahlbeteiligung stattfindet oder nicht, bei den kommenden Landtagswahlen eine scharfe Agitation in Wort und Schrift in bezug auf die preussische Zuständigkeit unterliegenden Gegenstände und in erster Linie gegen das Dreiklassenwahlrecht zu entfalten. Sodann wurde über Kreisangelegenheiten verhandelt und mitgeteilt, daß im Kreise seit 1873 organisierte Parteigenossen und 1900 Abonementen der „Brandenburger Zeitung“ sind, wozu noch in Spandau 500 „Vorwärts“-Abonementen kommen. Aus Anlaß unrichtiger Behauptungen wurde festgestellt, daß die Partei mit der Neugründung der „Laterna“ in Spandau nichts zu tun hat, diese vielmehr ein Privatunternehmen Göttes ist.

Eine neue Parteiversammlung in Darmstadt beschäftigte sich ausschließlich mit den Gemeindevahlen. Verschiedene Parteigenossen hatten auf den Wahlzetteln Streichungen vorgenommen und erwiderten auf die gegen sie erhobenen Vorwürfe, daß man ihnen unmöglich zumuten könne, wirtschaftlichen Gegnern, mit denen sie kurz vorher im Kampfe gestanden, ihre Stimme zu geben. Ein Kritiker an der offiziellen Taktik der Darmstädter Genossen entwarf einen solchen Sturm der Entrüstung, daß die Versammlung vorgeeilt geschlossen werden mußte. Es soll nun nochmals eine Versammlung über die Angelegenheit verhandelt.

## Haus Industrie und Handel.

### Helios im Prozeß.

In dem Prozeß des Pariser Bankhauses H. Herz u. Co. gegen die Kölner Helios-Gesellschaft, die Kölner Bankfirma J. C. Eybacher, die Frankfurter Effekten- und Wechselbank und die Berliner Bank ist vorgestern von dem ersten Zivilsenat des Kölner Oberlandesgerichts als Berufungsinzanz das Urteil gefällt worden.

Es handelt sich dabei um folgende Vorgänge: In der Generalversammlung der Gesellschaft Helios vom 8. Juni 1899 wurde die Erhöhung des Grundkapitals der Gesellschaft von 10 Millionen auf 16 Millionen Mark durch Ausgabe von 6000 Aktien zu je 1000 M. beschlossen. Die 6000 Aktien wurden von der Effekten- und Wechselbank, dem Bankhaus J. C. Eybacher und der Berliner Bank übernommen. Sie stellten mit einem Schreiben vom 30. März 1900 diese sämtlichen 6000 Stück Aktien dem Bankhaus Herz u. Co. zum Kaufe, und zwar 1000 Aktien zum Kurse von 154 bis zum 15. Mai 1900, weitere 1000 Stück zum Kurse von 157 bis zum 31. Mai, 2000 Stück zum Kurse von 162 bis zum 15. Juni und die letzten 2000 Stück zu 167 bis zum 30. Juni 1900 mit der Maßgabe, daß, wenn die erste Option nicht bis zum 15. Juni ausgeübt sein sollte, sämtliche übrigen Optionen verfielen. Am 18. April 1900 gab alsdann die Helios-Gesellschaft zwecks Einführung der Aktien an der Pariser und Brüsseler Börse auf Veranlassung des Aktienkonsortiums einen in französischer Sprache geschriebenen Prospekt heraus, worin u. a. auf die günstigen Bilanzen der Gesellschaft hingewiesen und eine zu verteilende Dividende von 11 Proz. für das nächste Geschäftsjahr in Aussicht gestellt war. Das Bankhaus Herz u. Co. kaufte hierauf in Ausübung des ihm am 30. März erteilten Optionsrechtes 800 Aktien zu 154 Proz. Der Kurs der Helios-Aktien war zwischenzeitlich bedeutend gefallen, und das Bankhaus Herz u. Co. kam zu der Ansicht, daß sowohl die Helios-Gesellschaft wie auch das Aktienkonsortium schon bei Erlass des Prospektes vom 18. April 1900 gewußt hätten, daß der Stand der Helios-Aktien sehr ungünstig sei und seine Dividende von 11 Proz. zur Auszahlung gelangen werde. Das Bankhaus Herz u. Co. erblickte hierin eine willkürliche Täuschung, zum mindesten aber eine grobe Fahrlässigkeit der Helios-Gesellschaft und des Aktienkonsortiums. Sie griff das abgeschlossene Kaufgeschäft auf Grund des § 123 B. G. B. als nichtig an und verlangte Ersatz des Schadens, der ihr als Käuferin und Verleiherin von 200 Aktien, die sie nicht mehr habe unterbringen können, erwachsen sei.

Das Kölner Landgericht, bei dem die Klage anhängig gemacht wurde, wies sie zurück. Es nahm an, daß der Klägerin kein Schaden entstanden sei. Auf die Frage, ob eine arglistige Täuschung vorliege, ließ es sich deshalb gar nicht erst ein. Darauf legte die Pariser Firma Berufung beim Kölner Oberlandesgericht ein, das am 9. und 15. November über die Sache verhandelte.

In den Verhandlungen griff der Vertreter des Bankhauses Herz u. Co. das Geschäftsverfahren der Helios-Gesellschaft scharf an. Er behauptete, die Bilanzen der Gesellschaft seien verkleinert und willkürlich gefälscht aufgestellt gewesen. Im Widerspruch mit § 261 B. G. B. habe die Helios-Gesellschaft Gewinne verteilt, die lediglich durch Wertsteigerung der vorhandenen Objekte, durch Schätzungen und Rechnungen entstehen konnten. Die in den Prospekten wiedergegebenen Bilanzen pro 1898/99 und die früheren Jahre weisen ausnahmslos fingierte Gewinne aus. Die Gesellschaft Helios habe tatsächlich stets nur mit Verlusten und Unterbilanzen gearbeitet. Seit ihrer Gründung sei die Gesellschaft niemals in der Lage gewesen, ihre laufenden Verbindlichkeiten, sowie die zur Verteilung gelangenden Zinsen und Dividenden aus Erträgen beziehungsweise Ueberschüssen ihres Betriebes oder aus anderweitigem Gewinne oder Verlust zu decken; vielmehr seien diese Zahlungen stets nur dadurch ermöglicht worden, daß auf anderem Wege wieder neues Kapital herangezogen wurde. Um einen Nettogewinn von insgesamt 1 201 191,62 M., darunter 880 000 M. gleich 11 Proz. Dividende ausrechnen zu können, habe eine Verfälschung der Bilanz in Höhe von einer halben Million Mark nicht ausgereicht. Es hätten insgesamt 1 300 188,17 M., zu Unrecht,

zumgunsten des Gewinn- und Verlustkontos in die Bilanz eingefügt werden müssen. Man habe deshalb nicht vor der Erhebung zurückgekehrt, das Konto der Zentrale Petersburg mit 7301 801,60 Mark am 30. Juni 1898, dem Tage des Rechnungsabchlusses, einem ad hoc gebildeten Syndikate zu belasten, um es gleich am folgenden Tage, der ja schon dem neuen Geschäftsjahre angehört, unter Entlastung dieses Syndikats der Zentrale Petersburg wieder zu belasten. Genau dasselbe Mäander hätte mit dem Syndikate im folgenden Jahre vorgenommen werden müssen.

Die Vertreter der Bankfirma Eybacher und der Frankfurter Effekten- und Wechselbank bestritten die behaupteten Bilanzfälschungen und Verkleinerungen. Auch ständen die angeblich falschen Behauptungen in dem Prospekte (in Wirklichkeit sei dieser nur eine sogenannte Notiz gewesen) in keinem ursächlichen Zusammenhang zu dem von der Klägerin behaupteten Vermögensschaden, der wie in erster auch in dieser Instanz bestritten werden müsse.

Das Oberlandesgericht in Köln hat darauf vorgestern folgende Entscheidung gefällt:

Durch Urteil wird erkannt, die Vernichtung der Klägerin gegen das Urteil der ersten Zivilkammer des Landgerichts zu Köln wird, soweit darin die Klage gegen die Helios-Gesellschaft abgewiesen ist, zurückgewiesen. Durch Zwischenurteil wird erkannt, daß die von den Beklagten erhobene Verjährungseinrede hinsichtlich der bis 25. Juli 1900 geleisteten 155 Stück Aktien insofern für begründet erklärt wird, als ihr nicht die Einrede der Klägerin gegenübersteht, daß der Mangel der belasteten Aktien arglistig verschwiegen worden sei. Nachstehende von der Klägerin erhobene Angriffspunkte, worauf dieselbe ihre Klage stützt, werden für unbegründet erklärt: 1. Die Begründung der Klage aus § 123 B. G. B. 2. Fahrlässige unrichtige Rats- und Auskunftserteilung. 3. Unrichtige Zusicherung bestimmter Eigenschaften der verkauften Aktien.

Als Klagegrund bleibt bestehen die von der Klägerin behauptete mangelnde Sorgfalt und arglistige Täuschung bei Verkauf der Aktien seitens der Beklagten. In Bezug hierauf hat das Oberlandesgericht einen umfangreichen Beweisbeschluss erlassen, dahingehend:

1. daß die Klägerin die Aktien niemals veräußert, vielmehr ständig in ihrem Besitz und nur vorübergehend Lombardiert, nicht aber reportiert hat, oder ob sie 200 Aktien von ihren Kunden zurücknehmen mußte, und warum dies geschehen ist;

2. ob es der Bürgensflogenheit und Verpflichtung eines angesehenen Bankhauses entspricht, bei der Einführung von Aktien an der Börse diese unter Umständen zurückzukaufen, um den Kurs auf einer gewissen Höhe des Ausgabekurses zu halten;

3. ob und wann die Helios-Gesellschaft mit Verlust gearbeitet hat;

4. ob die bis 1900 zur Verteilung gelangenden Dividenden und Zinsen nur in der Weise herausgerechnet worden sind, daß dabei § 261 Handels-Gesetzbuch außer Acht gelassen würde, indem Vermögenswerte höher als zu den Anschaffungskosten eingerechnet, dagegen Generalauskosten viel zu niedrig angegeben worden sind, und daß auch die in der Bilanz angegebenen Zinskonten unrichtig berechnet worden sind;

5. ob die von der Helios-Gesellschaft ausgeführten Anlagen zugunsten des Gewinn- und Verlustkontos mit ganz enormen, tatsächlich nicht erstellten Gewinnen von 25 bis 75 Proz. berechnet worden sind;

6. ob die von der Helios-Gesellschaft erbaute elektrische Zentrale in St. Peterburg durch willkürliche Aufschläge auf Waren, Maschinen usw. zugunsten des Gewinn- und Verlustkontos während zweier Geschäftsjahre zu Unrecht mit 3 000 000 Mark belastet worden ist;

7. ob Eybacher diese Unregelmäßigkeiten bekannt waren;

8. ob die ermittelten Verluste gegen § 261 Handels-Gesetzbuch den Aufsichtsratsmitgliedern bekannt waren, beziehungsweise ob sie diese Verluste bei oberflächlicher und sich probenartiger Kenntnis mit den Bilanzanlagen hätten erkennen müssen.

Die Sache nimmt also ihren Fortgang. Der Beweisbeschluss über die Punkte 3-6 dürfte recht interessante Aufschlüsse aus der Vergangenheit des Helios bringen.

**Kohlenyndikat.** Die vorgestrige Rechenbesitzer-Versammlung des Syndikats hat, wie die „Rhein-Westf. Ztg.“ meldet, die Produktionsanteile mit Rücksicht auf die „unüberwindlichen Abnahmeverhältnisse“ vorerst nur für den Januar 1905 festgesetzt, und zwar in Kohlen auf 80 Proz. (75 Proz. im November und Dezember 1904), in Holz auf 68 Proz. (gegen 67 Proz.) und in Dreileits auf 67,5 Proz. (gegen 65 Proz.) fest. Voraussetzungen für die Einschränkung für Holz wegen Hinzutritts neuer Beteiligungen im Januar erhöht werden. Der Absatz ausschließlich Selbstverbrauch betrug im Oktober 4 670 776 Tonnen, im November 4 819 409 Tonnen. Er bleibt daher um 23,29 Proz. zurück. Die Förderung betrug arbeitsmäßig im Oktober 221 503 Tonnen, im November arbeitsmäßig 230 331 Tonnen, gegen Oktober mehr 17 828 Tonnen = 8,05 Proz. Der Verbrauch betrug einschließlich Landdebit, Deputat und Lieferungen der Hüttenwerke an die eigenen Hüttenwerke per Oktober an Kohlen 4 180 057, an Holz 878 661, an Dreileits 103 902, in Summa 5 202 620 Tonnen, im November an Kohlen 4 168 810, an Holz 865 678, an Dreileits 103 335, in Summa 5 137 818 Tonnen. In der Zeit vom 1. Januar bis 30. November 1904 betrug die Summe der vertraglichen Veteiligung am Absatz 67 213 684 Tonnen; der Absatz, ausschließlich des Verbrauchs der Hütten- und Hüttenwerke, 51 752 188 Tonnen, mithin ergibt sich ein Minderabsatz von 15 461 496 Tonnen, oder 23 Proz. der Veteiligung. Der Verbrauch betrug in dieser Zeit einschließlich Landdebit, Deputat und Lieferungen der Hüttenwerke an die eigenen Hüttenwerke in Kohlen 44 395 078, in Holz 9 219 980, in Dreileits 1 789 020 Tonnen, in Summa 55 354 078, das ist arbeitsmäßig 200 467 Tonnen.

Nach der Erledigung der Anteilfestsetzung motivierte darauf der erste Vorsitzende, Geheimrat Kirdorf, die Haltung des Syndikats gegenüber der Hibernia-Verstaatlichung. Die Abwehr, erklärte er, sei nötig gewesen, weil die Regierung die wirklichen Gründe für ihr Vorgehen bisher noch nicht bekannt gegeben habe. Redner legte dann die Art der Finanzgesellschaft dar, welche gebildet worden sei, um die Verstaatlichung der Hibernia zu verhindern. Das Kohlenyndikat habe sich daran in maßgebendem Umfange beteiligt, um an einer eventuellen Lösung der Frage mitwirken zu können. Auch sei eine Auffklärung nötig bezüglich der Stellung des Syndikats zum Beitritt beim Kohlenyndikat. Redner forderte dann die Versammlung auf, dem Vorstande für sein Vorgehen Indemnität zu erteilen. Hierauf wurde folgende Resolution angenommen: Die Rechenbesitzer-Versammlung bringt dem Aufsichtsrat und dem Vorstande ihr volles Vertrauen für ihr Vorgehen gegenüber der verbotenen Verstaatlichung der Bergwerks-Gesellschaft Hibernia zum Ausdruck.

**Eine Negrefsklage.** Mehrere frühere Besitzer von Aktien der Weidenburg-Strelitzschen Hypothekbank haben gegen die Bankfirmen, die ihnen den Ankauf dieser Aktien empfohlen haben, Entschädigungsklagen eingeleitet. Einer dieser Prozesse ist in den letzten Tagen zur definitiven Entscheidung gelangt. Bekanntlich hatte seinerzeit die Weidenburg-Strelitzsche Hypothekbank die Unterbringung ihrer jungen Aktien der Dresdener Diskontobank übertragen, welche letztere einen Posten dieser Aktien unter Zustimmung einer Konfiskation von 6 Proz. der Ministerischen Bank zum Vertrieb ansetzte. Der Major z. B. Burg in Münster laute von der Ministerischen Bank beziehungsweise deren Direktor Bitte für 13 000 M. solche junge Aktien, wobei ihm Bitte 3 Proz. der Konfiskation zu gute kommen ließ. Als die Katastrophe über die Weidenburg-Strelitzsche Hypothekbank hereinbrach, strengte Burg die Schadenersatzklage gegen Bitte an, und das Landgericht Münster gab auch durch Urteil vom 31. April 1903 dieser Klage statt. Die Ministerische Bank wurde verurteilt, dem Kläger 6182 M. nebst 5 Proz. Zinsen zu vergüten. Der 6. Zivilsenat des Oberlandesgerichts in Hamm hob durch Urteil vom 4. Mai 1904 dieses Erkenntnis unter Abweisung der Klage Burgs auf. Von einer arglistigen Täuschung — so wurde vom Oberlandesgericht ausgeführt — schon aus dem

Grunde keine Rede sein, weil die 3 Proz. Konfiskation nicht ihm, sondern der Ministerischen Bank zu gute kamen. Es sei nicht Usus, den Käufern die ganze Konfiskation zu gewähren. Uebrigens hatte die Ministerische Bank dem Kläger auch die restlichen 3 Proz. der Konfiskation nachträglich vergütet.

Das Reichsgericht hat jetzt, der „Frankfurter Zeitung“ zufolge, das Urteil des Landgerichts Münster wieder hergestellt. Die Ministerische Bank ist also zum Schadenersatz verurteilt worden.

Die Helios-Gesellschaft gedenkt sich aufzulösen. Auf Anregung der Treuhänder beider Gläubigergruppen des Helios (der Obligationäre und der Bank) sowie der Mitglieder der Schuldvereinigung von 1902 fand eine gemeinsame Versammlung der Gläubigergruppen statt. Es wurde eine Kommission, bestehend aus den beiden Treuhändern, den Justizräten Freiliger und Dr. Vogt sowie dem Landrat Langen, Kommerzienrat Hagen und Bankier Winkel gewählt, welche in ähnlicher Weise wie vor zwei Jahren die gemeinsamen Interessen der Gläubiger wahrnehmen und deren Stellungnahme in den bevorstehenden Versammlungen vorbereiten soll. Die Kommission wird in kurzer Zeit mit ihren Vorschlägen vor die Öffentlichkeit treten. In der Versammlung wurde einhellig der Meinung Ausdruck gegeben, daß die Liquidation des Helios beschlossen werde und daß den Liquidatoren ein aus Vertretern der verschiedenen Gläubigergruppen bestehender Ausschuss mit bestimmtem formulierenden Befugnissen an die Seite gestellt werden müsse.

Die Allgemeine Berliner Omnibus-Aktien-Gesellschaft hat im laufenden Geschäftsjahre ein recht gutes Betriebsergebnis erzielt. Nach Mitteilungen in der gestrigen Aufsichtsrats-Sitzung wird bei reichlichen Abschreibungen auf das um 900 000 M. erhöhte Kapital eine Dividende von 15 Proz. (im Vorjahre 14 Proz.) in Aussicht genommen, ohne daß dabei der Gewinnvortrag aus 1903 von rund 612 000 M. herangezogen zu werden braucht.

**Druckfehler-Berichtigung.** In die gestrige Notiz „Der Kampf zwischen den großen gemischten und den reinen Werken“ hat sich ein fälschlicher Druckfehler eingeschlichen. Es muß dort, vierte Zeile von oben, nicht Holzstoff, sondern Holzstaß heißen.

## Soziales.

Eine sophistische Auslegung des Buchbinderarbeitsvertrages führte zu einem Prozeß gegen die Inhaber der Großbuchbinderei D. Weistein, der vor der Kammer VIII des Berliner Gewerbegerichts ausgedeutet wurde. Der Buchbinderarbeitsvertrag sieht für Arbeiterinnen einen Lohn vor, der sich nach der Dauer der Beschäftigung in „einer Buchbindererei“ richtet. Eine Arbeiterin, die ein Jahr lang in einer Buchbindererei gearbeitet hat, muß in Berlin tarifmäßig einen Stundenlohn von 29 Pf. erhalten, falls es sich nicht um Akkordarbeit gemäß dem Tarif handelt. Fraulien V., die 7 Tage lang bei Weistein als Forderin gearbeitet hatte, beanspruchte den Stundenlohn von 29 Pf., weil sie vorher ein Jahr lang in der Buchbindererei von Roth u. Nummer (Kontobuchfabrik) mit Buchbinderarbeiten beschäftigt worden war. Die Firma zahlte aber nur 19 Pf. pro Stunde, was der Mitinhaber Jablonski vor dem Gewerbegericht damit rechtfertigte, daß Klägerin noch als „Behelung“ im Sinne des Tarifs anzusehen sei, das heißt als eine Arbeiterin, die noch nicht in einer Buchbindererei gearbeitet habe. Roth u. Nummer hätten eine Druckerei und Kontobuchfabrik und nicht eine Buchbindererei. Die Beschäftigung in einer Druckerei mit Buchbinderarbeiten werde nicht mit Buchbindererei mit der tarifmäßigen Arbeit in einer Buchbindererei. Der Herr betonte, daß die Firma unentgeltlich den ungenügend für sie vielfach ungünstigen Tarif zahlte. Unsmehr mußte er aber darauf sehen, ihn auch genau anzubehalten, wo er sich einmal zugunsten des Geschäfts auslegen lasse. Die Klägerin habe im übrigen tatsächlich nur so viel wie ein sogenannter Lehrling geleistet.

Der Gerichtshof, in dem als Weisteyer zwei Buchbindermeister und zwei Buchbinder saßen, stimmte jedoch nicht der Auslegung des Herrn Jablonski zu. Der Vorsitzende Dr. Reher bemerkte, der Gerichtshof müsse dem Beklagten im Prinzip unrecht geben. Von dem Herrn Jablonski eingenommene Standpunkte wäre gar zu schematisch. Ganz richtig sei im Gerichtshof gesagt worden, ob denn Weistein etwa Frauen auch als „Behelung“ ansehen würde, die zu ihm kämen, nachdem sie vielleicht 10 Jahre lang in der Buchbindererei der Reichsdruckerei oder in der großen Buchbindererei der Druckfirma G. S. Herrmann (Reuthstraße) gearbeitet hätten. Kärgend wäre doch die Beschäftigung mit Buchbinderarbeiten. Herr Jablonski blieb bei seinem Standpunkt, ließ sich aber doch vom Gerichtshof bewegen, der Klägerin freiwillig die Differenz zwischen dem gezahlten Stundenlohn und dem Stundenlohn von 29 Pf. zu zahlen. Es handelte sich um insgesamt 630 M., die Klägerin noch erhielt. Es wurde ein entsprechender Vergleich geschlossen. — Magistratsrat Dr. Reher riet Herrn Jablonski, seine Lust zu Prinzipienfestigkeiten für andere, günstiger Fälle sich aufzuheben.

Wie wir hören, will Herr Jablonski nach dem Abfall vor dem Gewerbegericht das Tarifamt der Buchbinder um eine prinzipielle Entscheidung angehen.

## Verfammlungen.

Eine öffentliche Versammlung der Kammer nahm Stellung zum Lohnarbeitsvertrag für 1905. Der von der Schlichtungskommission vorgelegte Entwurf wurde in allen Punkten von der Versammlung angenommen. Der Vorsitzende Hauffchild rügte das scharfe Benehmen einer ganzen Anzahl Kollegen, die im Streit wußt die Unterstützung für sich und ihre Kinder in Empfang nahmen, jetzt aber sich nicht sehen lassen. Nachdem noch einige interne Angelegenheiten erledigt waren, fand Schluß der Versammlung statt.

Die Bergolder besaßen sich am Montag in den „Arminhallen“ in einer gut besuchten Versammlung mit der eventuellen Einführung der Krankenunterstützung in den Verband. Laut Beschluß des letzten Verbandstages in München war der Zentralvorstand angewiesen, dem nächsten Verbandstage eine diesbezügliche Vorlage zu unterbreiten. In der Versammlung handelte es sich jetzt hauptsächlich um eine Aussprache darüber, ob die Krankenzusatzklasse der Bergolder zugunsten der projektierten Verbands-Krankenunterstützung aufgelöst werden könne oder nicht. Die Meinung war allgemein die, von einer Auflösung der Zusatzklasse bis auf weiteres Abstand zu nehmen und erst abzuwarten, wie die im Prinzip beschlossene Einführung der Krankenunterstützung im Verbandsverbande sich bewähren wird. Auf Grund dieser Stimmung wird nun, wie der Zentralvorstand Späthe ausführte, der Hauptvorstand eine Vorlage anarbeiten, in der den Mitgliedern aber wahrscheinlich eine erhebliche Beitragserhöhung zugemutet werden muß, wenn der geplante Unterstützungs-zweig lebens- und leistungsfähig sein soll.

Der Zentralverband der Töpfer hielt am 9. Dezember eine Mitglieder-Versammlung ab. In dieser Versammlung wurde das Ergebnis der Baukontrollen bekannt gegeben, welches in nächster Nummer des „Töpfer“ und im „Vorwärts“ spezialisiert erscheinen wird. Sodann erstattete der Gesellenausschuß Bericht über seine weiteren Verhandlungen in der Meisterkommission über den Chamotte-Tarif. Ein Antrag des Vorstandes, welchen der Gesellenausschuß empfiehlt, fand einstimmige Annahme. Derselbe besagt: Der Chamotte-Tarif tritt vom 1. Januar 1905 in Kraft mit 5 Proz. Aufschlag auf Reichener Chamottezug mit rheinländische Mafz. Bei Differenzen oder Sperrten, wo die Meisterkommission nicht binnen 3 Tagen erschienen ist oder seinen Stellvertreter gesandt hat, sind die vom Verbande gewählten Beamten sowie der Gesellenausschuß berechtigt, Sperrten eigenmächtig zu verhängen.

Sodann referierte Genosse W i e s e n t h a l über die Streiks in der Metall- sowie Holzindustrie. Nach dem mit Beifall aufgenommenen Vortrag bewilligten die Versammelten für die 10 000 Kinder der Streikenden die Summe von 1000 M., sowie 4000 M. für die beiden streikenden Korporationen, welche Summen der Gewerkschaftskommission überwiesen wurden.



**9** H. nur kostet unsere  
**Patent-Anker-Remontoir-Kavaller-Uhr**  
 inklusive elegantem Etui.



# 30 Tage zur Probe,

Wir geben diese Uhr

Die Uhr hat Schallwerk, System Glasblöcke, Rubingänge, ist antimagnetisch und hat Patent-Verstellung durch die Krone. Ein so vorzüglicher Zeitmesser, ein Meisterwerk vollendetes Uhren-Fabrikation, ist für einen solch billigen Preis noch nie offeriert worden. Dieselbe Uhr in Massinorm, Silbergehäuse 200/1000 Reichsstempel, M. 14.—, desgleichen mit Sprungdeckel M. 19.—. Für jede Uhr leisten wir 3-jährige schriftliche Garantie für guten Gang. Besichtigung erbeten!

daher Risiko ausgeschlossen, und verpflichten uns, innerhalb 30 Tage die Uhr anstandslos zurückzunehmen und den bezahlten Betrag ohne jeden Abzug zurückzugeben, wenn dieselbe nicht gefällt oder den gestellten Anforderungen nicht entspricht.

**Belmonte & Co.,** Königstr. 46, nur Ecke Hoher Steinweg.  
 Verwechslungen sind häufig vorgekommen, achten Sie im eigenen Interesse auf Firma und Hausnummer 46.  
 Kein Kaufzwang! Fabrikation mit elektrischem Kraftbetrieb. \* Gold- und Silber-Walz- und Präge-Werk. \* Engros-Export nach allen Ländern.

## Weihnachts-Zigarren

in tadelloser Beschaffenheit — angenehmer milder Geschmack — sicherer zuverlässiger Brand

100 Stück M. 4,00 **Gentleman**

100 Stück M. 4,50 **Aurora**

100 Stück M. 5,00 **El Señor**

Reichhaltiges Lager in allen Fassons und Preislagen von M. 2,50 per 100 Stück an. — **Sumatra, Vorstenland, Brasil, Mexiko- und Havana-Zigarren** in hervorragenden Qualitäten. Zigaretten von M. 1,00 an. Zigarillos von M. 2,50 an.  
 Ausführliche Preisliste gratis und franko.

**Reinhard Hellmich,** Engros-Lager, Berlin, W. 64, Behrenstr. Nr. 52.  
 Kein Laden — Eingang im Flur rechts — neben Passage.

# Haase-Bier

Morgen, Sonnabend, 17. Dezbr., vorm.  
 beginnt der Ausstoß des rühmlichst bekannten

## BOCK-BIERES

der Brauerei **S. Haase**, Breslau  
 in Flaschen und Gebinden, 30 Fl. Haase-Bock-Bier Mk. 4,—  
 Gleichzeitig bringe ich das beliebte

**Haase-Bier, hell und dunkel**  
**Haase-Pilsener u. Märzen-Bier**  
 in empfehlende Erinnerung.

**Preise:**  
 30 Flaschen Haase-Bier (hell oder dunkel) Mk. 3,—  
 30 do. Pilsener . . . . . " 3,—  
 30 do. Märzen-Bier (sehr malzreich) " 3,—

Sämtliche Biere gelangen täglich frisch zum Anstich in den Spezial-Ausschänken:

**Friedrich-Strasse 134, Klopstock-Strasse 18, Potsdamer-Strasse 88, Schlesische-Strasse 28.**  
**Charlottenburg:** Tiergartenhof am Bahnh. Tiergarten, Passauerstr. 6/7.  
**Kalensee:** Kurfürstenpark.  
**Schöneberg:** Großgörschen-Strasse 10, Ecke Bahn-Strasse.  
**Südende:** Park-Restaurant, am Bahnhof.  
**Spandau:** Seeschloß Pichelsberge.  
**Nieder-Schöneweide-Johannisthal:** Kyffhäuser an der Ober-Spree.

Abgabe von kleinen Gebinden.  
 Bestellungen erbitet

## Gustav Haesen

Telephon: Amt IV, 306. General-Vertreter der Brauerei E. Haase, Breslau  
**SO., Schlesische-Strasse No. 28.**

Spar- und Produktivgenossenschaft Berlin-Rixdorf in Liquidation. (Eingetr. Genossenschaft mit beschränkter Haftung.) Liquidations-Bilanz per 30. September 1904.

Aktiva.	Passiva.
Kassenbestand . . . . . 2198 70	Mitglieder-Einzahlungen . . . 35 188 57
Banquihaben . . . . . 48 71	Kohlen-Spargeibler . . . . . 188 50
Gaskaution . . . . . 545 —	Barentschulden . . . . . 96 953 36
Wechselgeld . . . . . 156 03	
Anteil bei der Groß-Einkaufs-Gesellschaft . . . . . 1818 85	
Konto Müller . . . . . 645 31	
Umsatz . . . . . 2050 —	
Umsatz . . . . . 23 100 —	
Stoffen und Waren . . . . . 4 500 —	
Abfallmarken . . . . . 1 447 15	
Debitoren . . . . . 1 001 73	
Warenbestand . . . . . 59 832 85	
Verlust . . . . . 34 933 01	
<b>132 300 43</b>	<b>132 300 43</b>

Die Revisoren: R. Vogt, C. Walk, P. Oesterreich, G. Schönburg.  
 Die Liquidatoren: L. Breslauer, H. Kunze, C. Gehrmann, F. Schulze, Vorsitzender des Aufsichtsrats.  
 Die Generalversammlung findet im Januar statt.

### Auflösung

der  
**Taschen-Uhren engros-Firma**  
**Max Seckbach**  
 Ritterstraße 87 parterre.

Mit Genehmigung des vom Königlichen Amtsgericht I ernannten Nachlasspflegers wird das große Lager **goldener u. silberner Herren- und Damen-Uhren** alle erstklassige Fabrikate, freihändig zu jedem annehmbaren Preise verkauft.  
 Der Verkauf findet täglich von 10-7 Uhr statt.

## Wilhelm Ebener

Uesdom-Str. 17.  
**Magazin für Haus- und Küchengeräte.**  
 Glas und Porzellan. 1387L\*

Größte Auswahl in  
 Spielwaren, gezeichnete Puppen u. Kindermöbel  
 Lieferant des Rabatt-Sparvereins Norden.

Herrentragen, rein Seid. 4f. beste Qualität, Dk. M. 3 u. 3,50.  
 Manschetten, prima, 4fach 1/2 Dk. M. 1,80 und 2,25.  
 Serviteurs, größte Auswahl Stück von 30 Pf. an.  
 Krawatten, Handschuhe, Hosenträger, Taschentücher, Strümpfe zc.  
 Detailverkauf zu Engros-Preisen.  
**Ernst Marcuse**  
 23. Münzstrasse 23.

## Josefelli Cigaretten

Erstklassige deutsche Fabrikate

**34. Bücherverlosung**  
 für Richte-Rindergarten (17. Deabr. Brangelstr. 19). Dritter Teil der Lose (50 Pf.) gewinnt Werte von 1-50 M. Hauptgewinn I. Prachtwerk, II. Buchhaus. Verkauf: Lotteriegeldscheite mit Plakaten, Rindergarten, Warenhaus Tietz, Kellereureau. 128/10

Größtes Spezial-Geschäft für Goldgeplamt und Seidenmonogramme für Zigarren-Gläser, Brief-taschen zc.  
**Lederwaren-Fabrik**  
 Felix Spoler, nur Köpenickerstr. 154a.  
**E. Möbis, Uhren, Koppenstr. 82.\***

### Uhren-Spezial-Haus

Inh. Franz John 1393L\*  
 Berlin SW. 19, Leipzigerstr. No. 66 E.  
 Empfehle mein reichhaltiges Lager in allen Arten Uhren bestens. Sie staunen bei einem Besuch desselben, ohne Kaufzwang, über die riesige Auswahl. ♦ Damenuhren: Stahl Mk. 8,25, Silber Mk. 9,—, Gold Mk. 15,50. ♦ Herrenuhren Mk. 4,75, Silber Mk. 9,—, Gold in allen Preisen. ♦ Moderns Freischwinger, 14 Tg.-Schlagwerk, Mk. 15,—. ♦ Wecker, nachts leuchtend, Mk. 2,50. ♦ Größte Auswahl in Hausuhren, Uhrketten etc.  
 Speziell empfehle Anker-Remontoir „Jonas“ ich meine eigene Marke, in Metall Mk. 9,—, Stahl oxyd. Mk. 9,50, echt Silber Mk. 15,—. ♦ Prachtkatalog gratis u. franko.

# Grosser Ausverkauf wegen Geschäftsauflösung!

Unser seit 15 Jahren bestehendes Geschäft

## Ecke König- und Spandauer-Strasse

sind wir, wegen baupolizeilicher Beschränkungen, gezwungen aufzulösen.

### Der Ausverkauf von Spielwaren und Geschenk-Artikeln geschieht zu ganz enorm billigen Preisen.

Unser Spezial-Geschäft in Haushaltungs- und Gastwirts-Artikeln bleibt nach wie vor

# L. Katz & Co.

„Spandauer-Strasse 45 am Molkenmarkt“.



Zur Weihnachtsbescherung

für die Kinder der ausgesperrten und freilassen Metallarbeiter, Holz- arbeiter und die Kinder anderer ausgesperrten Arbeiter gingen bei der Berliner Gewerkschaftskommission folgende Bei- träge ein:

- „Theaterverein Bohemia“ durch Kasse 10.— Tischlerei Gustav Brand, Hallestraße 22,45. Bauhilferei Schmidt, Frankfurter Allee 189 15,50. Buchbinderei Gutendorf, Wallstraße 6,70. Bauhilferei Wolff, Kopernikusstraße 15,10. Tischlerei Thiemig, Lammstraße 6.— Zahntechnik- werstatt D. Schöll 5.— Wemmlingstraße, Frühbücherei Gullonstraße 5.— Tischlermeister Jäger, Stettinstraße 3,75. Bauhilferei Gustav Meier 43,75. Tischlerei Ledemündung Jellert, Brunnenstraße, 10,50. Bauhilferei Rother nach Feiniger 5.— Möbelhilferei König u. Lindemann 6,50. Tischlerei Kuttner u. Hans, Stadthagenstraße, 38.— Bier- projekte von Jarius 14,25. Möbelhilferei Orend, Rommingerstraße, 12.— Tischler von Jarius, Betr. Rüdiger 5.— Geburtsbücherei, Jagow- straße 10, 2,50. Glaser und Schleier von Stabernad, Tempelhofer, 19,30. Sparverein Gemäldehilfe 14,15. Arbeiter und Arbeiterinnen der Buch- binderei Hühnel 37,80. Tischler von Dewig, Reichensbergerstraße, 14,90. Preisbuch 10.— Tischlerei W. Dellbrücker, Gieselerstraße, 26,25. Tischlerei Kumbel u. Friedrichsen 62,95. Tischlerei Franke, Friedrichsberg 5,90. Bauhilferei Raab, Friedrichsberg 6.— Tischlerei Klinko, Warthenerstraße 14,65. Tischlerei Weiser, Wilhelm-allee 8,80. Schmidt u. Bieweg, Vopenstraße 5,55. Werkstatt Alufas 4,75. Billale Kunst- und Werkstatt Schulenburg 21,50. Rahlstedt 26 2.— Hühnelbürger aus einer Planofabrik 31,00. Tischler und Arbeiter von Jarius u. Priemer 4,50. Arbeiter von Lundershausen, Brinzen- straße 13,25. Holzschneider und Bodenarbeiter des Berliner Transport- vereins 6.— Kottlerverein Arkona 5.— 13 Arbeiter v. J. Kuhn, Kellner- straße 7,75. Hauptvorstand der Bergolder 10.— Bergolder von Hühner 9.— Rudolf Dull, Alte 1292/93, 22,25. Friedberg, Alte 1299, 19,45. Verein Brüder- schaft i. West. Rippentien 10.— Riebsbaum, Liste 14,25. G. R., 3 arme Schüler vom Lützen-allee 16,65. Verband der Bauarbeiter 200.— Kollerer der Möbelhilf. v. Schirn, Weihenstraße 25.— Langhansberg v. Beck u. Groppen- burg 15.— Bergolder, Vorstadt am Lützen 300.— Brandvereinsmitglied der Steinbildhauer d. Gezer 25,75. Tischlerei v. Siebert u. Widenbach 53,10. Arbeiter-Gesangsverein Beih 10.— Zapfereier von V. Gerlach mit Spiel- zeug 2.— Maler u. Schenkerfrau von Oweilt 5,50. Gel. bei Rauh 4.— Auf Lützen 310—319 140,65, darunter Voppe 3 R., Schüpffe 10.— Möbel- fabrikant Kummel 25.— Buchhändler 10,45. Genossenschaft „Roden“, Frankfurterstraße 18,25. Tischlerei Stabernad, Tempelhofer 13,95. Arbeiter und Arbeiterinnen der Firma Priester u. End 22,65. Adolf Rbt 2,30. Fr. 51,30. Liste Nr. 1519. Fabr. v. Salomon, Alte Kollhofstraße 6,80. Tischlerei Vor- mann, Joffenerstraße 21,70. Tischlerei v. Borch 15,90. Bauhilferei Kuhn 5.— Conrad 12,65. Personal u. Jager 5.— Stannisch Wieda, Stettin- straße 1.— Handbuchverlagsgesellschaft „Solidarität“, C. Darsell, Brandenburger- straße 5.— Bauhilferei Commerlatte, Stralau 13,15. Möbelhilferei Krenzel 7,20. Telegraphen-Veranstalt v. Schuchard, Sohl Wille 20.— Gesammelt beim gemächlichen Besessenen Sparverein „Janner bei Rasse“ 6.— Tischlerei B. C. Lehmann, Wilhelmstraße 24,45. Bauhilferei A. Alfred Mittag, Waldstraße 32.— Tischlerei Rees, Luisen- straße 9,40. Miel 7,50. Tischler und Kollerer der Firma J. Reus, Neue Poststraße 21.— Georg Kuhnert, Martinienstraße, Hauptgeschäft 16,50. Buchbinderei Heinke 5,25. Tischler und Holzschneider der Holzbearbeitungs- Maschinenfabrik, Weihenstraße 28,95. Tischlerei Stillas, Weihenstraße 9,30. Tischlerei Schirn, Königshausener, Seehäuserstraße 20.— Tischlerei Darg 3.— Reformerte Kote 4,95. Hugo Kohn 5.— In Summa 1815.— Bisher ab- gerechnet 4130,70. Gesamtsumme 5945,70 M.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Fichtenau bei Friedrichshagen. Sonntag nachmittag 4 Uhr findet im Gesellschaftshause von Schulz eine Volksversammlung statt. Genosse Artur Stadthagen spricht über das Thema: „Deutschland voran?“

Rummelsburg. Sonntag vorm. 8 Uhr findet eine Flugblatt- ver- dreitung statt. Die Genossen werden ersucht, sich zahlreich 14 h pünktlich in folgenden Lokalen einzufinden: Otto Wengers, Neue Prinz Albersstr. 17; Gust. Tempel, Alt-Bochhagen 56; Ritter, Schillerstr. 24; Jage, Prinz Albersstr. 13/14; Burggänger, Rantstr. 44; Schulz, Rantstraße, Ede Goethestraße.

Neu-Weißensee. Die Genossen der 3., 4. und 5. Abteilung des Bahlervereins werden ersucht, Sonntag früh 8 Uhr im Lokal von Sorrer, Straßburgstr. 56, zu erscheinen. Der Vertrauensmann.

Lokales.

Aus der Stadtverordneten-Versammlung.

Schon lange vor Beginn der gestrigen Sitzung waren die Tribünen gefüllt und der Zugang mußte gesperrt werden. Wohl hundert Personen standen um 1/2 in der Tür des Rathauses und harren, ob die verschlossene Pforte sich nicht doch noch für sie öffnen würde. Wodurch war dieser gewaltige Ansturm auf die Tribüne des Stadtparlaments, wie man ihn hier seit Jahren nicht mehr gesehen hatte, bewirkt worden? Herr Rängerhans war es, dem die Stadt- verordneten das volle Haus zu danken hatten. Denn der Ansturm galt dem Streikposten-Antrag der sozialdemokratischen Fraktion, dessen Beratung das vorige Mal vertagt worden war, nachdem der Vorschlag Rängerhans sie in geschäftsordnungswidriger Weise durch sofortigen Uebergang zur Tagesordnung hatte verhindern wollen.

Herr Rängerhans hatte sich inzwischen belehren lassen und schlug diesmal ein zulässiges Verfahren ein. Er erklärte, er ziehe seinen vor acht Tagen gestellten Antrag auf einfache Tagesordnung zurück, und gab dann zur Begründung des Streikposten-Antrages imernem Genossen Stadthagen das Wort. In einer Rede, die mit wichtigen und hochhaften Ansätzen gegen polizeiliche Willkür reichlich gespickt war, zeigte Stadthagen, wie die Berliner Bevölkerung sich ihre selbst- verständlichsten Rechte durch die von ihr bezahlte Polizei beschränken lassen muß. Die Fälle von Beispielen, die er anführte, lieferte den Beweis, daß es sich hier nicht um bloße Liebergriffe unterer Polizeibeamte handeln kann, sondern um ein systematisches Vorgehen, das darauf abzielt, das Streikpostenwesen überhaupt unmöglich zu machen. Stadthagen erinnerte daran, daß die Uebernahme der Sicherheitspolizei durch die Gemeinde früher von den Freisinnigen selber als notwendig angesehen worden ist. Heute freilich, wo es sich um die Interessen von im Lohnkampf stehenden Arbeitern handelt, erscheint ihnen diese Forderung „nicht opportun“.

Die Hoffnung freisinniger Stadtverordneten, daß der Ober- prääsident dazwischenschreiten und diese ganze Erörterung verhindern werde, hatte sich nicht erfüllt. Aber man wußte auch ohne den Oberpräsidenten die Ordnung aufrecht zu erhalten. Als Stadthagen seine Begründung beendet hatte, stellten die Herren Cassel, Mommsen und Dinsie, die Vorsitzenden der drei Mehrheits- fraktionen, einen Antrag auf Uebergang zur Tages- ordnung, der jetzt zulässig war. Herr Cassel sprach dafür, Genosse Singer dagegen. Cassel erklärte, die For- derung des Streikposten-Antrages sei gegenwärtig aussichtslos, und die Stadtverordneten-Versammlung habe keine Zeit, über aussichts- lose Anträge zu verhandeln. Singer kennzeichnete diese Aus- führungen als Ausrede. Man billige die Sache, aber man wisse, daß sie an anderer Stelle nicht gebilligt werde, und da wolle man lieber nicht mitmachen. Lieber opere man das Interesse der Hunderttausende von Berliner Arbeitern. Hiermit schloß die Debatte. Der Antrag auf Uebergang zur Tages- ordnung wurde angenommen, und die Stadtverordneten-Versammlung Berlins hatte sich die „Wächung der Welt“ bewahrt.

Ein amüsantes Spiel des Zufalls hatte es gewollt, daß un- mittelbar auf diese Besetzung des Streikposten-Antrages eine noch- mahlige Erörterung des Schulkonfliktes zwischen Stadt-

verwaltung und Staatsregierung folgen mußte. Der Magistrat hatte den Stadtverordneten eine Fortsetzung des in dieser Angelegenheit geführten Briefwechsels zur Kenntnis- nahme vorgelegt. Die Herren Cassel und Rosenow (Alte und Neue Linde) spendierten der Versammlung die ungeliebten Reden, mit denen sie aus dem Abgeordnetenhaus sich hatten heimtrollen müssen, weil dort die „kompakte reaktionä- rische Mehrheit“ (wie Herr Mommsen so schön sagte) das Häuflein der Freisinnigen durch Schlußantrag zum Schweigen ge- bracht hatte. Diese Reden fielen ein bißchen lehr lang aus, obwohl Herr Cassel eben noch versichert hatte, daß man zu aussichtslosen Dingen keine Zeit habe. Fast schien es, als habe die freisinnige Mehrheit den Streikposten-Antrag nur deshalb so eilig abgewürgt, um desto ausführlicher darüber jammern zu können, daß dem Frei- sinn im Abgeordnetenhaus, wo er in der Minderheit ist, ganz ähn- lich mitgespielt wurde.

Genosse Singer spottete, daß diese Erörterung gewiß nicht zwecklos, aber doch sicher „aussichtslos“ sei, und dennoch nehme man sich die „Zeit“ zu diesem Epilog der Komödie von der Selbstverwaltung der Gemeinden. Singer erkannte noch einmal an, daß der Magistrat die Würde der Stadt gewahrt habe. Aber nun komme es darauf an, daß dem Provinzial-Schulkollegium die Möglichkeit, in die Benutzung der Schulräume hineinzureden, entzogen werde. Der Vor- schlag, die Verwaltung der Schulhäuser den Direktoren ab- zusetzen und Beamten des Magistrats zu übertragen, würde zum Ziel führen, aber wahrscheinlich wird man ihn gerade deshalb nicht akzeptieren wollen. Denn es liegt mit dem Schulkonflikt kaum anders als mit dem Streikposten-Antrag. Man weiß, was not tut, aber man — will nicht „ansetzen“.

Eisenbahn-Bureaukratisches.

Vor kurzem hieß es, daß die Stadtbahnzüge bis Kaulsdorf durchgeführt würden. Das ist auch tatsächlich geschehen. Auf den Bahnplänen hängen seitdem amtliche Fahrpläne aus, wo unter der Ueberschrift „Berliner Stadtbahn“ die Strecke Grunewald-Kaulsdorf als eine einheitliche, durch nichts unterbrochene Linie aufgeführt ist. Hieraus erhebt es sich selbstverständlich, daß auf dieser Linie auch der Stadtbahn-Tarif sowie die Stadtbahn-Fahrkarten Geltung haben. So selbstverständliche Schlussfolgerungen erkennen unsere Eisenbahn- Bureaukraten jedoch nicht an, und das Publikum hat den Schaden davon.

Eine Fahrt vom Schließischen Bahnhof nach Lichtenberg-Friedrichs- feld kostet 10 Pfennige. Man fordert also, einer im Stadtbahn- verkehr herrschenden Gewohnheit gemäß, auf dem Schließischen Bahnhof eine Fahrkarte für 10 Pf., ohne die Station zu nennen, die man erreichen will. Man erhält eine jener bekannten Stadtbahnarten, man kommt auch ans Ziel, aber nicht durch die Kontrolle auf dem Bahnhof Lichtenberg. Obwohl man durch seine Fahrkarte ohne jeden Zweifel nachweisen kann, daß man den für die zurück- gelegte Strecke geforderten Fahrpreis bezahlt hat, verlangt der Beamte, daß man noch eine Zuschlagkarte für 10 Pfennig nachhole. Anders kommt man nicht durch die Kontrolle. Man wird darüber belehrt, daß die Stadtbahnarten nur bis Stralau-Hummel- burg gelten, und für die weiteren Stationen nur Vorortarten Gültig- keit haben. Die Vorortkarte für die Strecke Schließischer Bahnhof- Lichtenberg-Friedrichs-feld kostet zwar nicht mehr wie die Stadt- bahnkarte, aber diese ist nach bureaukratischer Weisheit nicht die richtige, und wer den Fahrpreis zwar richtig bezahlt, aus Unkenntnis aber nicht die richtige Karte gelöst hat, der muß ohne Gnade den doppelten Fahrpreis entrichten als Strafe dafür, daß er sich in den verhängenen Irwegen unserer Eisenbahn-Bureaukratie nicht so- gleich zurechtfindet. — Der auf solche Weise Geprüelte räsonniert, die Beamten jucken mit den Achseln, sie können auf die Bemerkung, daß ihr Verlangen unsinnig sei, nichts erwidern und trösten den Dinein- gefallenen mit der Versicherung, daß es schon vielen ebenso gegangen sei wie ihm und daß derartige Zwischenfälle sich täglich wieder- holen.

Es ist nicht einzusehen, weshalb nicht im Stadtbahn- und Vorort- verkehr, soweit dieser über die Stadtbahn geht, einheitliche Tarife und einheitliche Fahrkarten gelten. Können sich die Eisenbahn- Bureaukraten aber nicht zur Erfüllung dieser selbstverständlichen Forderung aufzwingen, dann sollten sie wenigstens das Publikum vor Schaden bewahren, indem sie auf den Fahrplänen die Grenze zwischen Stadtbahn- und Vorortverkehr deutlich kennzeichnen und durch Anschläge an den Schaltern bekannt geben, daß Stadtbahn- arten nur zwischen Charlottenburg und Stralau-Hummelburg gelten.

Sobiel wir wissen, gehört übrigens auch die Station Grunewald zur Strecke des Vorortverkehrs. Auf dieser Station kann man aber, wie wir oft erfahren haben, mit Stadtbahnarten anstandslos die Kontrolle passieren. Weshalb im westlichen Grenzgebiet der Stadt- bahn andere Vorschriften gelten sollen wie im östlichen, das ist wieder eines der unergründlichen Geheimnisse der Eisenbahn-Bureau- kraten.

Arbeiter, die keine Arbeiterfahrkarten erhalten. Nach den im Eisenbahnbetriebe geltenden Bestimmungen werden an Arbeiter, die außerhalb ihres Wohnortes in Arbeit stehen, Fahrkarten zu er- mäßigten Preisen für die Hin- und Rückfahrt zwischen dem Wohnort und dem Arbeitsort des Arbeiters verabfolgt. Die Eisenbahn- verwaltung legt diese Bestimmung aber so engdeutig aus, daß vielen Arbeitern der Vorteil, den ihnen die Arbeiterfahrkarte bieten sollte, nicht zugute kommt. So geht es beispielsweise den Arbeitern, die in dem Städtchen Dahme wohnen und in Berlin arbeiten. Dahme ist mit der Dresdener Bahn-Station Lütz durch eine Privatbahn verbunden, welche keine Arbeiterarten ausgibt. In Lütz werden den Arbeitern aus Dahme auch keine Arbeiterarten verabfolgt, weil Lütz nicht ihr Wohnort ist. Die Arbeiter aus Dahme haben sich um Verabfolgung von Arbeiterfahrkarten vergebens an die zuständige Eisenbahndirektion gewandt, und auch das Ministerium für öffentliche Arbeiten hat ihr Gesuch nicht berücksichtigt. Die Eisenbahndirektion beschied die Gesuchsteller dahin: „Nach den Bestimmungen des Personen- und Gepäcktarifs dürfen Arbeiterarten nur zwischen Arbeitsort und Wohnort ausgeben werden. Da Sie in Dahme wohnen, Arbeiterarten zwischen Berlin und Dahme aber nicht bestehen, auch nicht nach den jetzigen Bestimmungen ein- geführt werden dürfen, bleibt Ihnen nichts anderes als die Lösung von Fahrkarten vierter Klasse übrig. Eine Abweichung von den bestehenden Bestimmungen können wir in Rück- sicht auf zu erwartende Verurteilungen nicht eintreten lassen.“

Dieser Entscheid, der den Bureaukratenzopf deutlich zur Schau trägt, entspricht nicht dem Wortlaut, aber nicht dem Sinne der Be- stimmung, der doch nur der sein kann, daß den Arbeitern ermöglicht werden soll, von derjenigen Staatsbahnstation — auf Privatbahnen kann sich die Bestimmung natürlich nicht erstrecken —, welche den Verkehr für ihren Wohnort vermittelt, zu ermäßigtem Preise nach und von der Arbeitsstätte zu verkehren.

Ueber Hundebisse und Hundehändler in Berlin schreibt das Organ des Weltbundes zum Schutz der Tiere, daß die meisten der abhanden kommenden Hunde — und deren Zahl ist gewaltig groß — gestohlen werden. Nach den Feststellungen der Berliner Polizei seien ein erheblicher Teil der Berliner „Hundehändler“ Hundebisse. Der Hundebissfall blühe in Berlin in einem Umfange, von dem wohl kaum jemand eine Ahnung hat. Es besteht ein förmlicher Großmarkt. Die Berliner sogenannten Hundehändler werden eines Tages benachrichtigt, daß ein auswärtiger Herr drei Tage in der Woche in Berlin ist, um Hunde aller Art einzukaufen. Zu derselben

Zeit vermissen dann viele Eigentümer ihre Hunde. Man glaubt, daß Tier hat sich verlaufen und tröstet sich damit, daß es wieder- kommt oder im Hundegewahrsam des deutschen Tiereschutzvereins oder im Asyl aufgefunden wird. Der Hund kommt aber nicht wieder zum Vorschein. Während er vielleicht um 8 Uhr abends gestohlen ist, ist er um 8 Uhr schon auf der Eisenbahn. Die Schnellzüge bringen die Tiere nach aller Herren Länder. Daß auffällig viele Tiere zu gewissen Zeiten abends mit den Zügen verschickt werden, ist von den Eisenbahnbeamten seit längerer Zeit beobachtet worden. Die Tiere werden dann ins Ausland verkauft. Weitere Verwendung finden die gestohlenen Hunde als Material für die Laboratorien. Es gilt als offenes Geheimnis, daß die Förstner und Laboratoriumsdiener für jeden Hund, der ihnen zugeführt wird, drei Mark zahlen; nach der Herkunft des Tieres wird nicht gefragt. Schließlich ist ein Teil der Hunde, besonders die gut genährten, dazu ausersehen, als Weiden zu dienen. Es sollen in Guben förmliche Märkte abgehalten werden, wo man ältere, fette Hunde in großer Zahl veramlet findet. Ein Polizeibeamter hat bei einer Nachforschung erklärt, daß ihm eine Familie in Charlottenburg bekannt sei, die ausschließlich von Hunde- fleisch lebe. Es soll jetzt eine Bewegung inszeniert werden, um dem Hundebissfall energisch zu Leibe zu gehen. Die Tiereschutzvereine sollen veranlaßt werden, sich mit der Polizei in Verbindung zu setzen.

Gewerbliche Kinderarbeit. Die für den Stadtkreis Berlin ge- stateten Ausnahmen bezüglich des Austrages von Wackern, Milch und Zeitungen durch Kinder in der Zeit von 8 1/2 bis 9 Uhr vor- mittags sind nur bis zum 31. Dezember d. J. zugelassen. Vom 1. Januar 1905 ab wird die in Rede stehende Beschäftigung von Kindern zugelassen: a) an Wochentagen: In der Zeit von 8 Uhr morgens bis 8 Uhr abends an drei Stunden, in den Schulferien an vier Stunden täglich, jedoch nicht vor dem Vormittagsunter- richte und am Nachmittage erst eine Stunde nach beendeter Unter- richte. Am Mittag ist den Kindern eine mindestens zweistündige Pause zu gewähren; b) an Sonn- und Festtagen, von 8 Uhr morgens bis 1 Uhr nachmittags für die Dauer von zwei Stunden, jedoch nicht in der letzten halben Stunde vor Beginn des Haupt- gottesdienstes und nicht während desselben.

Wie macht man für Stöderversammlungen Reklame? Mit „deutsch-nationalen Gräßen“ hat ein Herr W. Bartelt zur 1-ten Stöderversammlung die folgende „Streng vertraulich“ überschriebene Einladung verfaßt: „Die Sozialdemokraten wollen, wie uns von sehr gut unterrichteter Seite mitgeteilt wird, am kommenden Freitag die in der Tonhalle, Friedrichstr. 112, abends 8 1/2 Uhr, stattfindende Versammlung sprengen. Reichstagsabgeord. D. Stöder spricht über: „Der Kampf um unsere Jugend“. Jedem königstreuen, deutsch-national-gesunkenen Vaterlandsfreunde gebietet es die Ehre, pünktlich um 7 1/2 Uhr bereits in der Tonhalle zu sein, damit die Sozialdemokraten nicht die günstigsten Plätze erhalten zur Aus- führung ihres niederträchtigen Gewaltreiches. Den Anordnungen der Versammlungsleiter ist gütlich Folge zu leisten.“

Die Sozialdemokraten haben bekanntlich besseres zu tun, als Stöderversammlungen zu sprengen. Das weiß man auch bei den Christlichsozialen und Antifemiten. Die streng vertrauliche Mit- teilung war daher nichts als eine an die Gepflogenheiten des Mähdänammes erinnernde Anrede.

Auffehen erregte gestern Donnerstag nachmittag ein Selbstmord unter den Linden. In die Bedürfnisanstalt an der Kreuzung der Friedrichstraße kam ein feingekleideter Mann und begab sich in ein Abteil erster Klasse. Unmittelbar darauf hörte die Wärtlerin einen Schuß fallen. Ein Schutzmann, den sie holte, fand den Mann ent- seelt am Boden liegen. Er hatte sich eine Revolverkugel in die rechte Schläfe geschossen. Ein Arzt konnte nur noch den Tod feststellen. Die Leiche wurde nach dem Schauhause gebracht. Der Tote scheint etwa 20 Jahre alt zu sein. Mehrere Schriftstücke, die er bei sich hatte, lauten auf den Namen Krause, doch konnte seine Persönlichkeit noch nicht festgestellt werden.

Festgenommen wurde eine Schwindlerin, die viele durch- reißende Arbeiterinnen und Dienstmädchen um schwer erworbenes Geld prellte, eine frühere Kartonarbeiterin Gertrud Heide. Diese trieb sich auf den Bahnhöfen umher, half den Durchreisenden Gepäck von einem Bahnhof nach dem anderen tragen, erkundigte sich unter- wegs nach dem Ziel der Reise und schwindelte ihnen dann vor, daß sie zufällig nach derselben Station fahre. Auf dem Abfahrtsbahnhof angekommen, verstand es die gefällige Frau, die öffentlichen Warnungen vor Taschendieben für sich auszunutzen. Sie schilderte den unerschrockenen Reisenden, wie gefährlich diese Langfinger seien, und ängstigte sie so, daß sie sich kaum noch von der Stelle wagten und die Verlogung der Fahrkarten gern ihr überließen, um selbst bei ihren Dabeisitzungen sitzen zu bleiben. Mit dem Fahrgeißel ver- schwand sie dann auf Rummelsbergländchen. Gestern fiel die Schwindlerin mehreren Beamten auf. Diese beobachteten sie und nahmen sie fest, als sie mit dem Gelde, das sie eben erhalten hatte, nicht zum Schalter, sondern nach einem anderen Ausgange zugin.

Aus dem Reiche des Herrn Sudde. Bei Andäbung seines Berufes ist hier der Eisenbahnarbeiter Ferdinand Vukich aus der Gardedu Corps-Straße 6 tödlich verunglückt. Er war auf dem hiesigen Güterbahnhof angestellt und wollte die Gleise überschreiten, als plötzlich ein Personenzug in voller Geschwindigkeit daherkam. Er hatte das Herannahen des Zuges erst im letzten Augenblick be- merkt und konnte nicht mehr zur Seite springen. Er wurde viel- mehr von der Lokomotive erfasst und zur Erde geschleudert, worauf dem Unglücklichen die Räder über beide Beine weggingen und diese völlig zermalmeten. In bewußtlosem Zustande wurde er sofort nach dem Bestehen Krankenhause geschafft, wo er gestirbt von den entse- hlichen Schmerzen durch den Tod erlöst wurde.

Der Graf als Schlafstellerschwinder. Am 2. Oktober d. J. mietete sich bei einer Frau Vauß im Energiegebäude des Hauses Varnimsir. 14 ein heruntergekommen aussehender Mann in Schlaf- stelle ein, der seine polizeiliche Anmeldung mit dem Namen Graf Bernhard Mesquiere de Miremont unterzeichnete. Er erzählte, daß er von Hamburg nach Berlin „geipelt“ sei und hier irgend eine Be- schäftigung suchen wolle. Einem jungen Hausdiener namens Ernst Kaiser, der bei der Frau Vauß schon seit einem Jahre wohnt, teilte er Anfang November mit, daß er sich bei der Frau Alexander Verghard in der Roggenstraße auf Grund seiner tüchtigen Sprach- kenntnis um Stellung bemühen wolle; doch könne er sich in seiner abgetragenen Kleidung dort nicht gut sehen lassen. Der junge Mann war gutmütig genug, dem Grafen Wäsche und Kleidungsstücke zu besorgen und voller Freude meldete dieser am nächsten Tage dem Hausdiener, daß es ihm geglückt sei, mit einem Monatsgehalt von 200 M. in dem erwünschten Geschäft eingestellt zu werden. Nur mußte er den Anzug jetzt noch weiter tragen, doch werde er sich erkenntlich zeigen, sobald er im Geschäft das erste Monatsgehalt empfangen habe. Der erste Dezember kam heran; an diesem Tage war der Graf aber plötzlich aus seiner Schlafstelle verschwunden. Als er sich auch in den nächsten Tagen nicht wieder blicken ließ, ging der Hausdiener in das Geschäft von Bernhard, wo man ihm zu seinem Schrecken mitteilte, daß der Graf sich zwar um Beschäftigung beworben habe, daß aber an seine Anstellung gar nicht gedacht worden sei. Der Graf ist nicht wieder in seine Schlafstelle zurückgekehrt; als Andenken aber hat er dort außer beträchtlichen Schulden eine Anzahl Papiere und Briefschaften zurückgelassen, aus denen zu entnehmen ist, daß man es in ihm mit einem wegen Wechselfälschens verfolgten Mann zu tun hat, der bei seinen 29 Jahren bereits auf ein abenteuerliches Leben zurückblickt. In Paris hatte er sich voriges Jahr mit einer Komtesse Fraisenstein verlobt, dann war er ausgerückt und nach Amerika gegangen, von wo er vor kurzem völlig heruntergekommen zurückgekehrt ist. Seine Verwandtschaft will nichts mehr von ihm wissen. Wo er jetzt ist, weiß man noch nicht. Bemerk sei noch, daß der Graf auch die Legitimationspapiere des Hausdieners Kaiser hat mitgehen lassen.



**Mit einem Freunde durchgebrannt** ist der 16 Jahre alte Hausknecht Rudolf Kerp, über dessen Verschwinden mit 1500 M. wir berichteten. Der junge Mann wurde durch schlechten Umgang verdorben. Er lernte einen gewissen Paul Feide aus der Schlegelstraße 25 kennen, der schon einmal seinen Eltern davonließ, als Schiffsjunge mehrere Seereisen machte und dann plötzlich zu seinen Eltern zurückkehrte. Die Weiden spielten öfter mit einem Bruder des Kerpens und einem anderen Bekannten Billard und hatten dabei stets Heimlichkeiten. Ohne Zweifel unterschlug der Hausknecht das Geld auf Verabredung. Fünf Minuten nach seinem Weggange war er schon bei Feide. Dieser kleidete sich eiligst notdürftig um und ging dann mit ihm davon.

**Keine neuen Radfahrarten.** Der Polizeipräsident teilt mit: Die für das Jahr 1903 ausgetesteten Radfahrarten (§ 13 Nr. 1a der Polizeiverordnung vom 12. Januar 1900), deren Gültigkeit bereits auf das Jahr 1904 ausgedehnt worden ist, bleiben auch noch für das Jahr 1905 in Geltung, so daß es einer Erneuerung derselben nicht bedarf.

**Der Feuerschiff am Köpflinger Ufer** beschäftigt noch immer die Kriminalpolizei. Der Handelsmann Blumberg, den sie unter dem Verdachte, seine Geliebte Martha Schälde in den Kanal gestoßen und dadurch ermordet zu haben, festnahm, ist in Untersuchungshaft gefesselt worden. Außer dem Wächter vom Lagerplatz Maybach-Ufer 6 müssen mindestens noch zwei Personen die Vorgänge am Köpflinger Ufer gesehen haben. Es waren das ein Mann und eine Frau; die herantreten, als der Wächter Rettungsversuche machte. Der Mann ging zu einem im Kanal liegenden Schiffe auf den Kahn und hat ihn, ihm sein Beiboot zu überlassen, damit er die Ertrinkende heraushole. Der Schiffer verweigerte jedoch das Boot. Die Frau äußerte zu dem Wächter, ihr Mann fürchte, daß die Ertrinkende seine Frau sei. Als beide nach der Hochschiffbrücke zu weggingen, sagte der Mann, er müsse erst nach Hause gehen und nachsehen, was da los sei. Diese Zeugen konnten bisher trotz aller Nachforschungen nicht ermittelt werden. Der Mann ist klein, hat einen dunklen Schnurrbart, steht in den dreißiger Jahren und trug einen braunen Sommerleibzieher und einen dunklen steifen Filzhut. Seine Begleiterin steht etwa in der Mitte der zwanziger Jahre, hat dunkles Haar und trug dunkle Kleidung ohne Kopfbedeckung.

**Ein größerer Speicherbrand** lam in der Nacht zum Donnerstag auf bisher nicht ermittelte Weise in der Kleinen Andreasstraße 1 zum Ausbruch. Ein einschönder Anbau birgt dort in den Partieräumen die Preßfabrik von Michael Weimer, während der darüber liegende Raum in seiner ganzen Ausdehnung von der Möbelfabrik von Max Gieschenfeld zu einem Lageraum hergerichtet ist. Das Feuer entstand in einem Arbeitsraum der Preßfabrik, durchschlag die Decke und ergriff dann das gesamte Möbelfabrik von Gieschenfeld. Die Gefahr wurde aber erst bemerkt, als gegen 11 Uhr plötzlich helle Flammen aus den oberen Fenstern herausströmten und dichter Rauch den engen Hof erfüllte. Die sofort herbeigeholte Feuerwehre war in kurzer Zeit zur Stelle und ging unverzüglich mit einer Dampfspritze vor. Immerhin dauerte es doch fast eine Stunde, bevor die Gefahr beseitigt war. Das Möbelfabrik ist ausgebrannt und ist der entstandene Schaden ziemlich erheblich und um so empfindlicher für den Besitzer, da er nicht versichert ist.

**Um nichts.** Der 16 Jahre alte Goldschmiedelehrling Erich W., der Sohn eines hiesigen Kaufmanns, sollte vorgestern auf dem Wege vom Mittagessen nach der Werkstatt in der Stallstraße 26 von einem Heparbeiter zwei goldene Armbänder mitbringen. Ohne darauf zu achten, steckte er das eine Armband in die Jumenttasche, und das andere in die Aufentasche des Leberziehers, war aber später der Meinung, daß er beide in die Jumenttasche gesteckt habe. Als er nun in die Werkstatt kam und nur eines der beiden Armbänder fand, geriet er in große Aufregung. Der Meister beauftragte ihn, noch einmal zu dem Arbeiter zu gehen, um nachzusehen, ob er das andere nicht bei ihm habe liegen lassen. Statt dessen aber ließ der junge Mann nach der Spree und sprang am Kaiser Friedrich-Denkmal ins Wasser. Zum Glück wurde er gerettet und in ein Krankenhaus gebracht. Unterdessen sah der Meister in dem Leberzieher, den der Lehrling in der Werkstatt hatte hängen lassen, selbst nach und fand das vermiste Armband in der Aufentasche.

**Gegen die Damenhüte im Konzertsaal** erhebt lebhaften Widerspruch eine Zuschrift, welche, an ein recht unangenehmes Erlebnis mit solch einem modernen Ingefeuer anknüpfend, Frau L. Reiche (Leonore Frei), Berlin W., Wendlerstr. 35, an Berliner Blätter richtet. Abgesehen von den Damen, die sich darauf lapidarieren, derartige Hüte in den Konzertsaal mitzunehmen, darf der Widerspruch die Zustimmung aller finden. Es ist daher zu erwarten, daß folgender Vorschlag der genannten Dame rege Unterstützung findet: „Und deshalb fordere ich Verbannung aller Damenhüte aus dem Konzertsaal, gleichviel, ob die Aufführung am Mittag oder Abend stattfindet. Eine in diesem Sinne gehaltene Petition an die Direction Wolff liegt in der Musikalienhandlung bei Vole u. Vogl, Leipzigerstraße, aus. Ich bitte alle Gleichgesinnten, die nicht nur schelten und bulden, sondern tatsächlich bessern wollen, entweder dort ihren Namen selbst einzuschreiben, oder mir durch Zuschrift die Erlaubnis zu geben, dies für sie zu tun.“

**Die Parole** „Dieser hängen“ soll unter dem alten Freigedolten haben. Heute heißt es „Dieser schneiden“. Dem „Lokal-Anzeiger“ wird von einer Dame, die die Sonne erlebt hat, der ersten Aufzeichnung des „Molan“ am Dienstag beigewohnt, das Folgende geschrieben: „In vorübergehendem Aufenthalt in Berlin, war ich durch einen besonderen Glücksumstand in den Besitz eines Parlettspieles zu der mit allseitiger Spannung erwarteten Erstaufführung des „Molan von Berlin“ gelangt. Um den mir bekannt gewordenen Bestimmungen betreffs der Deloitäten möglichst entgegenzukommen, erweiterte und vertiefte ich den bescheidenen herkömmlichen Ausschritt an meiner nilgrünen Seidenrobe, soweit ich dies mit meinen Jahren — ich bin nämlich längst aus dem Schneide — irgend für vereinbar hielt, und war nun überzeugt, auch weitgehenden Ansprüchen zu genügen. Diese Ueberzeugung indes geriet doch mehr oder weniger ins Wanken, als ich in den Garderobenräumen fast ausschließlich rund und sehr tief ausgeschlittenen Mieder und entblößten Armen begegnete. Ich pries deshalb mein Geschick, daß sich juit in dem Augenblick, als ich mich dem „schänerliche Musterung“ haltenden Logenschleier näherte, zwischen diesem und zwei Einlaß bescheidenden Engländerinnen ein lebhafter Disput über ihre nicht vorchristmähigen Toiletten entspann. Durch diesen Umstand entging ich einer „Dieser“ gehenden Kritik des psychiatrischen Beamten und gelangte ohne weiteren Zwischenfall zu meinem Parlettspiel. Leichtestes atmte ich auf und konnte mich nun an dem Anblick des viel gerühmten Berliner Opernhauses berauschen. Wundervoll... Da fühle ich mich plötzlich von rückwärts auf die Schulter getippt. Ich wende mich um und gewahre zu meiner nicht geringen Bestürzung den Musterungsbeamten von vorn, der mich zwar höflich, aber durchaus energisch erucht, ihm schmelstens für einige Minuten zu folgen. Draußen wird mir die Eröffnung gemacht, daß es wohl übersehen sein müsse, daß mein Kleid im Rücken bis zum Halse geschlossen und es auf Grund der getroffenen Bestimmungen durchaus unfaßbar sei, in dieser Verfassung der Vorstellung beigewohnt. Die Situation war außerordentlich und löste einen tiefen Seelenkampf in mir aus, der glücklicherweise bald einer neu belebenden Hoffnung wich, als die Garderobiere mich mit den tröstlichen Worten: „Beruhigen sich die gnädige Frau nur, das werden wir gleich haben“ in ihr präbitorisch aufgelagertes Schneideratelier führte. Hier wurde mit schnellem Schnitt die Rückennaht meines Nilgrünen aufgetrennt, der Stoff nach innen umgeklippt und eine wichtige Spitze, die die Edele für derzeitige Fälle vorräufig hält, mußte gnädig die also entstandenen Blüten bedecken. Nach diesem „operativen Eingriff“ durfte ich, wenn auch mit Verwundnis des ersten Altes, so doch in dem erhebenden Bewußtsein, jetzt entsprechend an- oder richtiger ausgezogen zu sein, meinen Parlettspiel wieder einnehmen und mich unangefochten den weiteren herrlichen Gewüssen des Abends hingeben.

**Von einem Kohlenwagen** totgefahren wurde gestern nachmittag vor dem Hause Friedrichstr. 22 eine etwa 23-jährige Frau, deren Persönlichkeit bis jetzt noch nicht ermittelt ist. Sie war im Begriff, an dem geöffneten Torwege vorüberzugehen, als in demselben Augenblick von der Straße her ein Kutscher mit einem beladenen Kohlenwagen und zwar in scharfer Gangart auf den Torweg zufuhr. Die Frau konnte nicht mehr ausweichen, wurde zu Boden geschleudert und geriet dabei unter die Hufe der Pferde sowie unter die Wagenräder. Hierbei wurde ihr die Brust eingedrückt, so daß sie schwerverletzt nach einem Krankenhause geschafft werden mußte, wo sie indes bald nach ihrer Einlieferung verstarb. Wegen den Kutscher des Kohlenwagens wird ein Verfahren eingeleitet.

**Fünf Millionen** Obdachlosen hat der Berliner Asylverein während seines 33-jährigen Bestehens mit einem Kostenaufwande von zirka anderthalb Millionen Mark Unterlunft gewährt und mit des Leibes Notdurft und Nahrung versehen. Jetzt stehen dem Vereine neue, große Aufgaben bevor: das im „Scheunenviertel“ belegene Frauen-Asyl muß den hier geplanten Veränderungen zum Opfer fallen und soll, wie das Kämer-Asyl, im nächsten Jahre neu erbaut werden. Zur Deckung der Ausgaben für das kommende Jahr fehlen dem Verein noch 90 000 M. Der Vorstand wendet sich daher an die bewährte Mithätigkeit der Berliner Bürger mit der dringenden Bitte, ihn in seinem Bestreben, die Kernstien vor Verzweiflung zu schützen, zu unterstützen. Beiträge nimmt der Schatzmeister J. Hirschfeld, Kleiststraße 8, entgegen.

**Aus den Schulen.** Die Ausgaben für Schulzwecke beliefen sich im Haushalts-Etat pro 1903/04 auf insgesamt 1 128 932 M. Davon entfallen auf die höheren Schulen einschließlich der Mittelschule 406 101 M. Diese Anstalten zusammen hatten im Etatsjahre eine Schülerzahl von 2836, für welche ein Schulgeld in Höhe von 250 165 M. gezahlt wurde. Die Ausgaben für insgesamt 196 Freistellen an den genannten Anstalten belaufen sich auf 19 346 M. An reinen Lehrergehältern wurden ausgegeben 337 755 M. — Für die 12 Gemeindegymnasien (die 13 [katholische] Schule in der Verchtesgadenerstraße ist vor nicht langer Zeit der Benutzung übergeben worden) wurden im Etat 1903/04 eingestellt 722 831 M., davon in Einnahme 18 605 M. Die Gesamtleistungen für die Lehrpersonen betragen hier 453 010 M. Die zirka 11 000 Schüler werden in 216 Klassen untergebracht, so daß eine Durchschnittsfrequenz von 50 Schülern zu verzeichnen ist. Auf je eine Lehrkraft der höheren Anstalten (im ganzen 88) entfallen genau 32 Schüler. Ob im nächsten Etatsjahre der Uebelsand mit den liegenden Klassen in den Gemeindegymnasien, den schon vor zwei Jahren Herr Bürgermeister Gerhard als bald beseitigt verkündete, endlich gehoben werden wird, bleibt abzuwarten. Jedenfalls wird der nächste Einschulungstermin (Okt. 1905) ähnliche Ercheinungen wieder mit sich bringen, da Schulneubauten erst in diesem Jahre in Angriff genommen werden sollen.

**Märchenabend der Freien Volksbühne.** Am dritten Weihnachtsfeiertag veranstaltete die Freie Volksbühne ihren dritten Kunstabend im Bürgerklub des Rathauses. Da diesmal auf die Anwesenheit der Kinder der Mitglieder geteilt wird, ist der Anfang ausnahmsweise auf 6 Uhr angelegt. Zum Vortrag gelangen Märchen und die Kinderbesenen von Robert Schumann für Klavier und Geige. Da der Raum des Bürgerclubs beschränkt ist, wird man gut tun, rechtzeitig sich Einlaßkarten (30 Pf.) zu verschaffen.

**Die Treppe-Sternwarte** schreibt uns: Eine Feuerkugel von sehr großer Helligkeit hat Herr Direktor Archenhold auf der Treppe-Sternwarte am Montag abend 6 Uhr 21 Minuten beobachtet. Die Dauer der Erscheinung betrug 8 Sekunden. Das Interessante bei dieser Feuerkugel war, daß sie in verschiedenen Etappen aufleuchtete und wieder verschwand. Sie begann unweit des Jupiters ihre Bahn und endete etwas südlich vom Mond. Sie war bedeutend heller als Jupiter, erlosch jedoch mehrere Male, um immer wieder zu einer großen Helligkeit sich zu entwickeln. Die ungleichmäßige Fortbewegung in ihrer Bahn kann eventuell auch durch verschiedene Staubschichten hervorgerufen worden sein, die noch in den höheren Atmosphärenschichten infolge der zahlreichen Ausbrüche lagen. — Um dieses entscheiden zu können, und da es auch für die Bahnbestimmung dieser merkwürdigen Feuerkugel von Wichtigkeit ist, möglichst zahlreiche Beobachtungen unter Angabe der Zeit und der näheren Umstände zu erhalten, werden alle die, welche die Feuerkugel gesehen haben, um diesbezügliche Mitteilungen an die Redaktion der illustrierten Zeitschrift „Das Weltall“, Treppe-Sternwarte, gebeten.

**Einen Kinderabend** veranstaltet am Sonntag, den 18. Dezember, nachmittags 5 Uhr, die Neue Freie Volksbühne in den Industrie-Gesellen, Beuthstr. 20-21. An der Feier, die auch den Kindern wahre Kunst bieten wird, und die von Hans Ostwald und Egon Hugo Strahburger arrangiert ist, wirken mit: Fel. M. Altenberg, Paula Dehmel, Meta Jling, Frau Nebo, Salsa Sant, Frau Schütt, Rektor Gramberg, Lehrer Rogbe und E. H. Strahburger. Der Eintritt ist für Mitglieder des Vereins und deren Kinder frei.

**Im Zirkus Schumann** ist heute abend zum Besten des Vereins für Kassearbeiten und Erziehungsgeldern eine Wohlthätigkeits-Vorstellung. — Zum Besten der Wittwenkasse des Berliner Lehrervereins findet Mittwoch, 21. Dezember, nachmittags 1/4 Uhr, im Zirkus Busch eine Vorstellung statt.

**Theater.** Im Belle-Alliance-Theater findet demnächst ein Gastspiel Josephine Doras statt; die Künstlerin wird am 20. d. Mts. in der Posse: „Ein Witwädel“ auftreten. Heinz Gordon spielt den Prüfler. Sonnabendnachmittag geht wieder „Frau Holle“, Sonntagnachmittag „Minna von Barnhelm“ in Szene.

Der große Stern heißt die neue Ausstattungsposse, welche im Thalia-Theater für Weihnachten vorbereitet wird. Von der gegenwärtigen Repertoirposse „Der Weibertönn“ finden nunmehr nur noch wenige Aufführungen statt; am Montag geht diese Posse zum 100. Male in Szene. Nächsten Sonnabendnachmittag geht „Max und Moritz“, Sonntagnachmittag „Charleys Tante“ in Szene.

Carl Weis-Theater. Morgen, Sonnabendabend 8 Uhr gelangt das Weihnachtsmärchen „Aus der Märchenwelt“ oder „Rotkäppchen“ zur ersten Aufführung, und zwar bei kleinen Preisen. — „Doktor Fausts Zauberläppchen“, Weihnachtsposse mit Gesang von Friedrich Hopp, welche morgen, Freitag, im Lützen-Theater zum 1. Male in Szene geht, ist in den Hauptrollen mit den Damen Winter, Eglha, Wilhly und den Herren Hüner, Ruff, Wald besetzt.

## Aus den Nachbarorten.

### Rixdorf.

In der Sitzung der Rixdorfer Stadtverordneten am Donnerstagabend stand wieder die in der vorigen Sitzung an einen Ausschuss verwiesene Vorlage über die Verpachtung der Eidenung auf dem Schiffahrtskanal zur Beratung. Stadtv. Conrad (Soz.) erklärt, daß bei der Ausschüßberatung ja nicht viel herausgekommen sei. Es sei völlig unzureichend, wenn — in Anbetracht der großen Zahl der Rixdorfer Schullinder — der Pächter verpflichtet wird, nur an drei Wochentagen in drei Stunden je 400 Gemeindegeldern die Eidenung unentgeltlich zur Verfügung zu stellen. Er und seine Freunde betrachten daher die Vorlage nur als einen ersten Schritt und werden in diesem Sinne für dieselbe stimmen. Die Versammlung genehmigte einstimmig die Vorlage.

Ueber den Beschluß des Wahlausschusses, städtische Beamte nicht mehr — wie bisher — als Bürgerdeputierte in Deputationen zu wählen, entspinnt sich eine lebhafte Debatte. Bürgermeister Boigt fährt aus, daß er diesem Beschlusse gegenüber für den Magistrat keine Erklärung abgeben könne. Im übrigen ließ der Bürgermeister durchblicken, daß der Magistrat wohl nicht zustimmen werde; jedenfalls werde er an Stelle der Ausscheidenden andere Magistratsmitglieder vorschlagen.

Die Stadtv. Conrad (Soz.), Abraham und Rogbe erwidern, daß dies legere bis zu einem Drittel der Eide dem Magistrat zugestanden werde.

Dem Beschlusse des Wahlausschusses wird zugestimmt. Es erfolgt dann die Reubesezung der Deputationen und Ausschüsse.

Der Vorschlag der städtischen Sparkasse für das Jahr 1905 wird auf 21 100 M. festgelegt.

Magistrat und Wanddeputation legen eine neue Skizze für den Rathausbau vor. Nach reger Debatte, in der sämtliche Redner sich anerkennt über das neue Projekt äußern, wird der Entwurf einstimmig gutgeheißen.

Die städtische Realschule soll vom Realgymnasium räumlich getrennt werden. Beide Anstalten sind jetzt gemeinsam in dem Schulbau in der Kaiser Friedrichstraße untergebracht. Der Magistrat schlägt vor, für die erstere einen Neubau in der Emserstraße gegenüber der Kirchhoffstraße zu errichten. Die Versammlung genehmigte die Vorlage.

Anschließend hieran fand noch eine längere nichtöffentliche Sitzung statt.

**Mordversuch und Selbstmord.** In der Richardstraße 111 zu Rixdorf gab Donnerstag nachmittags 4 Uhr der 33-jährige Tischler Gustav Schaumlöffel zwei Revolverkugeln auf seine 18-jährige Stieftochter Marie ab und richtete dann die Wundwaffe gegen sich selbst. Während hierbei das Mädchen anscheinend nicht lebensgefährlich getroffen wurde, ist der Aittäter selbst seinen Verletzungen erlegen. Ueber den blutigen Vorgang, der auf Eifersucht, die der Stiefvater gegenüber seiner Tochter hatte, zurückzuführen ist, erfahren wir folgende Einzelheiten:

Gustav Schaumlöffel heiratete vor einigen Jahren seine jetzige Frau, die um 10 Jahre älter ist als er und ihm vier Kinder mit in die Ehe brachte, darunter auch die jetzt 18-jährige Marie. Ihr gegenüber legte nur ihr Stiefvater große Eifersucht an den Tag. Da sie diese aber auf die Dauer nicht mehr ertragen konnte, zumal sie auch einen Bräutigam hatte, so wählte sie die elterliche Wohnung verlassen und sich irgendwo einmieten. Dies scheint den Stiefvater zur Maserel getrieben zu haben. Mittwoch abend kam Marie nicht zu Hause, sondern übernachtete bei ihrer in einer Nebenstraße wohnenden Großmutter. Diese kam nun gestern nachmittag in die Wohnung ihres Schwiegersohnes, den sie nicht zu Hause vermutete. Er war jedoch von der Arbeitsstelle fern geblieben und suchte seine Stieftochter wieder ins Haus zu bekommen. Zu diesem Zwecke schickte er einen Boten und ließ der Marie sagen, sie möge zum Kaffeetrinken kommen. Der Bote durfte aber nicht vertragen, daß der Stiefvater zu Hause sei. Als nun das Mädchen ahnungslos die Wohnung betrat, wurde es vom Stiefvater nach der Küche gedrängt und ebe es recht zur Verfassung gekommen, richtete jener einen Revolver gegen sie. Es trafen kurz hintereinander zwei Schüsse, die das Mädchen am Kopfe trafen. Hülferufend eilte es aus der Küche und brach dann in der Stube zusammen. Schaumlöffel selbst war inzwischen in ein Nebenzimmer gegangen und feuerte hier drei Schüsse auf sich ab. Einer hiervon traf ihn schwer am Kopfe und verletzte anscheinend das Gehirn. Bald waren Krankenwagen und Ärzte von der Unfallstation zur Stelle, die den Verwundeten Notverbände anlegten und sie dann nach dem alten Krankenhause schafften. Hier starb Schaumlöffel bald nach seiner Einlieferung, doch hofft man, das Mädchen am Leben zu erhalten.

### Johannisthal.

**Reinliche Halsgerichts-Ordnung.** Noch ist der Konflikt zwischen der Gemeindevertretung und dem Vorsteher wegen der Unterbringung des Gemeindecamtes nicht erledigt und schon ist ein neuer Konflikt zwischen dem Vorsteher und der Vertretung ausgebrochen. Diesmal handelt es sich um eine neue Geschäftsordnung. Vor etwa zwei Jahren wurde der Vertretung von dem Vorsteher eine Geschäftsordnung vorgelegt, in welcher Geldstrafen und Ausschließung der Vertreter bis zur Dauer eines Jahres vorgesehen waren. Nachdem die Vertretung diese unwürdigen Strafparagrafen ausgemerzt hatte, versagte der Landrat die Genehmigung. Die Gemeindevertretung arbeitet nunmehr die ganze Zeit ohne jegliche Geschäftsordnung. Diesem Zustande sollte jetzt ein Ende gemacht werden. Eine von der Vertretung gewählte Kommission arbeitete eine neue Geschäftsordnung aus, und zwar nach einigen in anderen Gemeinden in Gebrauch befindlichen Geschäftsordnungen. Von dieser neuen Geschäftsordnung versagte der Gemeindevorsteher 21 Paragraphen seine Zustimmung, während er 16 Paragraphen anerkennt wollte. Er wollte sich seine Rechte nicht beschneiden lassen, das sei er sich und seinen Kollegen schuldig. Bei dem Eifer, mit welchem der Herr seine Interessen vertritt, werden die Berufsorganisationen wahrscheinlich in kürzester Zeit um einen Zentralverband der Ortschulzen bemehrt werden. — Von der Gemeindevertretung ist sofort wegen der Haltung des Vorstehers der Beschwerdeweg beschritten worden.

Die Gemeindevertretung hatte es seinerzeit abgelehnt, dem Kanalisations-Verein der Gemeinden Adlershof, Grünau, Alt-Glienitz, Rudow, Johannisthal und Schönevide die nachgelagte Erbbauberechtigung auf dem Pumpstations-Grundstück der Gemeinde zu erteilen. Jetzt hat der Landrat verfügt, daß das Erbbaurecht zu erteilen sei; bei einer längeren Weigerung der Gemeinde würde die Bauerlaubnis für dreistöckige Gebäude nicht mehr erteilt werden. Unter diesen Umständen fügte sich die Vertretung.

### Schöneberg.

Die Durchlegung der Eisenbahnstraße durch das zwischen der Hohenstaufen- und Brunnenstraße sich ausdehnende Gelände ist vollendet, so daß der neue wichtige Straßenzug nunmehr dem Verkehr hat übergeben werden können. — Mit der Asphaltierung und Regulierung der Sedanstraße, für die schon seit Jahren die Mittel bewilligt sind, wird es wohl anscheinend noch gute Weile haben. Trotzdem es schon bei der vorjährigen Etatsberatung vom Magistratsrat ausging, daß man in der „Einigung“ mit den bodenbesitzenden Hausbesitzern bald am Ziele sei, scheinen die letzteren im Winter doch eine größere Geduld zu haben, wenn auch das Interesse der Allgemeinheit durch einige Grundstücksagrarier hierdurch in den Hintergrund gedrängt wird. Was schadet's.

Wenigerwert ist die steigende Vermehrung unserer Armenlasten. Während sie 1893 nur 91 030 M. erforderten, beanpruchten sie im vorjährigen Etat, also nach 10 Jahren, 315 378 M., also nahezu das Dreieinhalbfache. Für dieses Jahr steht eine Ausgabe von 330 000 M. zu erwarten. Auf den Kopf der Bevölkerung entfielen an Gesamtkosten der Armenpflege im Jahre 1895 1,45 M., heute bereits 2,60 M.

### Schmargendorf.

**Armenkommission und Gemeindevertretung.** Die Schmargendorfer Gemeindevertretung will eine angelegte Vereinsfassung für die Gewährung von Armegebern, über welche die Vertretung bisher selbst zu entscheiden hatte, einführen. Danach soll die Unterstützung auf Vorschlag des Revier-Armenpflegers mit Zustimmung eines Gemeindevertreters durch den Gemeinde-Vorstand bewilligt werden. Hätte die Gemeindevertretung das bisher von ihr ausgeübte Bewilligungsrecht auf die Armenkommission übertragen, welche aus sechs Revier-Armenpflegern besteht, so hätte man den lächerlichen Instanzenweg vermeiden und die Sache wirklich vereinfachen können.

Ein Donnerstags ist Mittwoch auf Bahnhof Adlershof der Berlin-Görlitzer Eisenbahn vorgekommen. Anblick wird darüber gemeldet: Auf dem Bahnhof Adlershof ist gestern nachmittag gegen 5 Uhr infolge eingetretener Vordrängung von Bodenmassen in dem zum Zweck der Hochlegung des Bahnhofs hergestellten hohen Damm das Hauptgleis in der Richtung von Berlin auf eine nur kurze Strecke verschüttet worden, so daß der Zugverkehr zwischen Nieder-Schönevide und Grünau bis nach Beistigung der Bodenmasse nur einseitig aufrecht erhalten werden konnte. Personen sind nicht beschädigt, ebensowenig Zug- und Gleismaterialien. Verschiebungen und Verpätungen von Zügen konnten jedoch nicht vermieden werden.



Gerichts-Zeitung.

Die Anklage auf dem Bahnhof Alexanderplatz, deren Opfer der Stationsassistent Kühne wurde, hat das Reichsgericht beschloffen. Die hiesige Strafkammer hat am 1. Oktober die Rauer Gedächtnis Winger zu der hohen Strafe von vier Jahren Gefängnis und den Rauer Pape zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt.

Verfammlungen.

Das Warenhaus Wertheim als Arbeitgeber. Zur Verichtigung der Firma A. Wertheim, die in der gestrigen Nummer des 'Vorwärts' veröffentlicht wurde, sendet uns die Leitung des Zentralverbandes der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter folgende Zuschrift: Aus der Einladung, am 7. Dezember 1904, ist deutlich zu erkennen, daß die Versammlung am 7. Dezember nicht von dem Vorsitzenden des Handels- und Verkehrsarbeiterverbandes, Herrn Werner, sondern gemeinsam von den Ortsverwaltungen der Metallarbeiter, Holzarbeiter und Handels-Transportarbeiter einberufen wurde.

fürchte einen Boykott der Arbeiter nicht, bisher unseres Wissens von den Herren Wertheim nicht zur Rede gestellt worden ist. Wir hoffen, daß die Firma doch noch die gewählte Kommission hören und sich dadurch selbst überzeugen wird, daß noch mehr recht berechtigte Klagen des Personals vorhanden sind, als überhaupt in den Verhandlungen vorgebracht wurden.

Vermischtes.

New York, 14. Dezember. (Laffan-Nachricht.) Eine Panik auf der Untergrundbahn entstand heute morgen durch den Bruch eines großen Wasser-Hauptrohrs in dem Tunnel am Broadway und in der 86. Straße. Das austretende Wasser stieg im Tunnel schnell und verursachte vorübergehende Kurzschluß in der elektrischen Leitung, so daß die Beleuchtung versagte.

Marktpreise von Berlin am 14. Dezember. Rogg Ermittlungen des fgl. Volksg. Preisbureau. Für 1 Doppel-Zentner: Weizen (gute Sorte 17,70-17,71 M., mittel 17,67-17,68 M., geringe 17,59-17,55 M. Roggen (gute Sorte 14,05-14,04 M., mittel 14,03-14,02 M., geringe 14,01-14,00 M. Zuckergerste (gute Sorte 15,70-14,70 M., mittel 14,60 bis 15,60 M., geringe 13,50-12,50 M. Dinkel (gute Sorte 16,50-15,90 M., mittel 15,50-14,80 M., geringe 14,50-13,70 M. Erbsen, gelbe, zum Kochen 40,00-30,00 M. Speldebohnen, weiße 50,00-30,00 M. Linsen 60,00-30,00 M. Kartoffeln 9,00-7,00 M. Nüchtrich 4,82-4,80 M. Hen 9,30-7,20 M. Für ein Kilogramm Butter 2,80-2,20 M. Eier per Schock 4,80-3,20 M. \*) Drei Wagen und ab Bahn. \*\*) Ab Bahn.

Wasserstand am 14. Dezember. Elbe bei Kuffig + 0,80 Meter, bei Dresden - 0,81 Meter, bei Magdeburg + 1,88 Meter. - Unstr u. bei Straußfurt + 1,50 Meter, - Oder bei Radibor + 2,78 Meter, bei Breslau Ober-Begel + 5,24 Meter, bei Breslau Unter-Begel + 0,68 Meter, bei Frankfurt + 1,00 Meter. - Weichsel bei Brahmünde + 2,98 Meter, - Warthe bei Posen + 0,72 Meter. - Nege bei Uff + 0,89 Meter.

Briefkasten der Redaktion.

1876. Wahrscheinlich Herr Rechtsanwalt Roth. Mit Sicherheit nicht mehr festzustellen. - J. W. 29. Für derartige Daten fehlt der Platz. Gutes Material finden Sie in den Weihnachtsartikeln und Weihnachtsheften des Jahrganges des 'Vorwärts' von 1884-1904. - N. G. auch Lesarten empfehlen wir nicht. - Gr. 81. Wenden Sie sich an den Parteivorstand Kreuzbergstr. 30. - G. P. 50. Wenden Sie sich brieflich an das Polizeipräsidium zu Berlin, am Alexanderplatz. - R. T. 1-3. Rein. 4-5. Ja. - Sonaparie. Sie haben verloren. - G. W. 28. Ausgewählte Werte nach dieser Richtung finden Sie in der Buchhandlung des 'Vorwärts', Lindenstraße 69, 3. Hof. - A. Tegel. Abteilungsleiter (Genossenschaft) NO., Kreuzauer Allee 27. Vorstehender Georg Davidsohn, Berlin, Heinersdorferstraße 8. - A. W. Rein. N. R. G. Antwort können Sie erhalten durch die Redaktion für Schneider, Köpenickerstr. 32 I, Berlin. - Rührlat. Oldenburg liegt jetzt zwischen den Grenzen von Russland und der Türkei. - C. R. 14. Der Scher ist die Berliner Partei, nicht irgend eine Privatperson. - 1870-71. Rein. - Festungswerk. Familie: Hohenzollern. Als König von Preußen erhält er eine Rente von rund 16 1/2 Millionen jährlich. Rex heißt König. - W. 100. Wir sind leider nicht in der Lage, Ihnen den Wortlaut der 8. Jahresrechnung und das Datum der 9. Jahresversammlung mitzuteilen. Wenden Sie sich an die Redaktion der 'Düsseldorfer Volkszeitung'. Nähere Adresse: Redakteur Dr. Kaufmann, Bernauerstr. 6a, Hof I, in Düsseldorf. - J. W. 100. (Festung) 1. Kleine F., Gebirgsjäger etc. werden umgangen. 2. Größere F. werden durch ein Beobachtungsnetz in Schach gehalten. 3. Wichtigste F. müssen mit Notwendigkeit vollständig zerstört und

genommen werden, weil sie die Rückzugslinie und Zentrum eines Heeres gebildet. - J. B. Bort Arthur. Höheren Ansehens sind Sie in jedem Konversationslexikon, resp. in der Spezialgeschichte der betreffenden Orte. - G. P. 37. Die Reichsschuld beträgt jetzt rund 2000 Millionen oder 3 Millionen Mark. Der Stand der Reichsschulden im Jahre 1877 war nur 16 Millionen Mark.

Juristischer Teil.

Karl 10. 57. Ja. - Ausst. 1. Sie sind mit der Annahme im Recht, daß die Versicherungsanstalt Ihren Beiträge zurückzahlen hat, weil Sie Deutschlands Stand von Ihren Pauschalen schätzten. 2. Die Kosten für Anstaltsreisen sind aus dem Anstalts-Budget zu decken. - J. B. 3. Ihr Freund ist im Unrecht. Ein Testament ist keineswegs zu widerrufen, veräußert nicht, sondern bleibt gültig, falls es an sich gültig ist, solange es nicht in rechtsgültiger Weise aufgehoben ist. - G. 7. G. Die Verjährungsfrist beträgt 30 Jahre. Klagen Sie Ihre Forderung ein: die Sachen hatten auch nach dem Scheitern der Frau. - Sauergerndorf. Der Witte kann zum Quartierbesten unter Einbindung einer Vierteljahresfrist kündigen. - Adershof P. R. Der Vater wird, falls kein Testament vorliegt, zu 1/4, von der Witwe zu 3/4, von seinen Kindern beehrt. Die Stiefmutter wird, falls kein Testament vorliegt, von ihren Stiefkindern nicht beehrt. - 888. O. Keineswegs ist das strafbar. - G. G. Ein Ausländer (Nicht-Deutscher) hat kein Recht auf Naturalisation. Viele hängt vielmehr von der 'pflichtmäßigen Gewissen' genannten Billik der Behörde ab. Wir sind außer Stande, Ihnen zu sagen, ob ein zweites von Ihnen einzureichendes Gesuch besseren Erfolg haben wird. - A. D. Haben Sie die Forderung seit Ihrer Großjährigkeit nicht anerkannt, so liegt Verjährung vor. - C. S. 100. 1. Rein. 2. Der Betrag von 1500 M. jährlich übersteigende Lohnbetrag ist pfändbar. - N. G. Die Schadenersatzklage hätte leider wenig Aussicht auf Erfolg. - C. 99. 1. und 2. Rein. - J. 21. Ihnen steht ein Anspruch nicht zu, weil nach Ihrer Schilderung nur die Vorbereitung zu einem Verträge, nicht aber der Vertrag selbst zustande gekommen ist. - Testament, Grezlerstraße 22. Ein einschlägiges und billiges ist für Sie ein wechselseitiges Testament, das Sie selbst aufmachen können. Das Beispiel Nr. 56 auf S. 238 des dem 'Arbeiterrecht' beigelegten Führers entspricht Ihren Verhältnissen am besten. Das Buch liegt in den öffentlichen Bibliotheken aus. - G. 12. Aliments für nach dem 31. 12. 1899 außerehelich geborene Kinder sind bis zum zurückgelegten 16. Lebensjahre des Kindes zu zahlen. - C. S. 1889. 1. und 2. Rein. - C. S. 1894. Rein. - A. D. Hagenauertraher. Aus Ihrer Anfrage erhellt nicht, ob bereits geklagt ist. Ist schon geklagt und das Urteil rechtskräftig, so ist leider nichts zu machen. Ist noch nicht geklagt, so fordern Sie den Nähmaschinenverkäufer auf, innerhalb längstens fünf Tagen die Maschine endlich gebrauchsfähig zu machen, widrigenfalls Sie auf Schadenersatz und Aufhebung des Vertrages klagen würden. Diese Drohung führen Sie mit einer selbständigen Klage (Rein Unzulässig) oder mit einer Widerklage gegen die Klage des Verkäufers aus. - Zweifelsfrage. Ein vom Staat erlassenes Gesetz, das zwei Kinder zu gebären oder nur zwei Kinder zu gebären vorschreibt, gibt es in keinem Lande der Welt. Man entnimmt aus der Tatsache, daß selten mehr als zwei Kinder in Ehen bestimmter Völker oder Landesteile geboren werden, die ökonomische Regel (das ökonomische Gesetz) des Zweifelsystems. Auch für Deutschland (z. B. in einem Bistum Westfalens, dem sogenannten Ballebergschen Land) glaubt man dies System feststellen zu können. Wollen Sie Näheres über die ökonomische Grundlage dieses nicht weniger als empfehlenswerten Systems wissen, so lesen Sie in einer der öffentlichen Bibliotheken einen Teil der sehr reichhaltigen Literatur nach. - Marianne 1904. 1. bis 3. Rein.

Briefkasten der Expedition.

J. G. W. W. Wir nehmen keine Privatanzeigen auf. Witterungsübersicht vom 15. Dezember 1904, morgens 8 Uhr.

Table with 4 columns: Stationen, Wetter, Temperatur, Windrichtung. Rows include Swinemünde, Hamburg, Berlin, Frankfurt, München, Wien, Caparanda, Petersburg, Sibirien, Usterben, Paris.

Wetter-Prognose für Freitag, den 16. Dezember 1904. Mild, jedoch vorherrschend wolkig mit leichten Regenschauern und mäßigen südwestlichen Winden. mit leichten Regenschauern und mäßigen Berliner Wetterbureau

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Freitag, 16. Dezember. Anfang 7 1/2 Uhr: Opernhaus. Der Roland von Berlin. Neues königl. Opern-Theater. Theodora. Deutsches Theater. Neues. Die Kränzelkinder. Berliner. Im bunten Rod. Fessing. Der Vögel. Deutsches. Der Prophet. Thalia. Der Heldenkönig. National. Der Wasserkübel. Zentral. Der Zigeunerbaron. Anfang 8 Uhr: Velle. Alliance. Die Jugendglocke. Schiller O. (Wallner-Theater.) Heimgärten. Schiller N. (Friedrich Wilhelm-Schiller-Theater.) Mutter Erde. Kleines. Die stillen Stuben. Neidens. Der Kesselpfeifen. Carl Weiß. Senta Wolfsburg. Lustspielhaus. Der Familienstag. Yvonne. Dr. Fausts Zaubertränke. Trianon. Gastens Frauen. Deutsch-Amerikanisches. Rem-Hort. Metropol. Die Herren von Maxim. Kassins. In Vertretung. Apollo. Berliner Luft. Amerikanische Sensations-Rohitäten. Palast. Spezialitäten. Herrfeld-Theater. Prinz Levy in Ahlbeck. Passage-Theater. Die Gefangene. Spezialitäten. Anf. 5 Uhr. Wintergarten. Spezialitäten. Reichshaus. Stettiner Sänger. Urania. Taubenstraße 48/49. Um 9 Uhr abends: Frühlingsstage an der Riviera. Invalidenstr. 57/62. Sternwarte. Täglich geöffnet von 7 bis 11 Uhr. In der Halle: Tieschen in der Wildnis. Zentral-Theater. Anfang 7 1/2 Uhr. Der Zigeunerbaron. Operette in 3 Akten von J. Strauß. Sonnabend, nachm. 4 Uhr: Klammhosen. Solbe Preise. Jeder Erwachsene für ein Kind einen Extraplatz frei. Abends: Die Puppe. Kasino-Theater. Potsdamerstraße 37 (Holländer-Loc). Täglich 8 Uhr. Sonnt. 7 1/2-8 Uhr. In Vertretung. Militärkapellmeister in 3 Akten von Gondon. Sonntag nachm. 4 Uhr (A. Presse): Wildes Blut. Urania, Taubenstr. 48/49. Um 8 Uhr im Theater: Frühlingsstage an der Riviera. Sternwarte Invalidenstr. 57/62. Hörsaal: Tieschen in der Wildnis. P. CASTAN'S PANOPTICUM. Friedrichstr. 165. Achmet Effendi mit sein. sprechenden Puppen. Abdul Chan, der geheimnisvolle Zauberer aus Bagdad. Orientalische Märchenwelt. Passage-Panoptikum. Der Riese Machnow. Ist wieder da! Der größte Mensch, der je gelobt hat! Ohne Extra-Entree! National-Theater. Weinbergstr. 12a-13b. Freitag, den 16. Dezember 1904: 13. Freitag-Abonnement. Der Waffenschmied. Anfang 7 1/2 Uhr. Sonnabend: Gastspiel Alberti: Die Hugenotten. Sonntag, nachm.: Der Waffenschmied. Abends: Gastspiel Prevosti: La Traviata. Trianon-Theater. Heute und folgende Tage: Gastons Frauen. Anfang 8 Uhr. Residenz-Theater. Dir.: Richard Alexander. Heute und folgende Tage 8 Uhr: Herkulespfeifen. Schwan in 3 Akten: von Paul Wilhelm und R. Demmequin. Täglich von R. Schwan.

Urania, Taubenstr. 48/49. Um 8 Uhr im Theater: Frühlingsstage an der Riviera. Invalidenstr. 57/62. Sternwarte. Hörsaal: Tieschen in der Wildnis.

Theater.

Freitag, abends 8 Uhr: Heimgärten. Wellnachtskomödie in 5 Bildern von Ludwig Angenruber. Sonnabend, abends 8 Uhr: Heimgärten. Sonntag, nachm. 3 Uhr: Don Carlos. Sonntag, abends 8 Uhr: Die Haubenlerche. Zirkus Busch. Romischer Gala-Abend. Katharina II. Die Original-Japaner. Die dress. Affen des Gloms Armando. Clown Daniels mit f. Wunderkessel. „Milton“, schändliches Jagdsch. Eine Zebra-Komödie und die vorzüglichen Programmnummern. Palast-Theater. Burgstr. 22. früher Feen-Palast. Elite-Vorstellung für Jung und Alt. Aschenbrödel. Märchenpiel mit Gefang und Tanz in 6 Bildern. Jeder Erwachsene ein Kind frei! Zwei Kinder ein Bistett. Anfang 8 Uhr. Aufführung 7 Uhr. Kleine Preise! Morgen: Das hervorragende Dezember-Spezialit.-Programm. 9 Uhr: Gingschneit. Weihnachtsbild in 1 Akt. - Sonntag, nachm. 3 Uhr, keine Preise: Aschenbrödel. Jeder Erwachsene ein Kind frei! Zwei Kinder ein Bistett. Passage-Theater. Anfang d. Abendvorst. 8 Uhr. Anf. nachm. Wochent. 5 Uhr. Sonntags 3 Uhr. Ludolf Waldmann. Berlins populärster Lieder-Komponist. Carla Lingen in ihrer Szeno. „Die Gefangene“. Ein Drama im Kerkerhof. 14 neue erstklassige Nummern. Apollo-Theater. Abends 8 Uhr: Berliner Luft. Musik von Paul Lincke. 9 1/2 Uhr: Die amerikanischen Sensations-Novitäten! Wundersterne, elektrische Tanzbilder. The Holloways. Akrobaten auf dem Drahtseil. Kasseneröffnung. 7 Uhr. Anf. 8 Uhr. Luisen-Theater. Zum erstenmal: Doktor Faust's Zaubertränke. Sonnabend: Die Reise durch Berlin in 80 Stunden. Sonntag, nachmittags: Das Rätschen von Hellborn. Abends: Dr. Faust's Zaubertränke. Montag: Die Reise durch Berlin in 80 Stunden. Carl Weiß-Theater. Große Frankfurter Straße Nr. 132. Anfang 8 Uhr. Zum letztenmal: Senta Wolfsburg. Morgen nachmittags 4 Uhr: Kinder-Vorstellung: Aschenbrödel. Kinder-märchen mit Gefang in 5 Bildern von W. S. Nahn. Abends 8 Uhr zum erstenmal: Aus der Märchenwelt (Kostümpfen). Lustspielhaus. Friedrichstraße 236. Täglich abends 8 Uhr: Der Familientag. Sonnabend nachmittags, 17. Dezember, zum erstenmal: Das gute Prinzeßchen.

Kleines Theater. Vereinigte Bühnen unter der Leitung von Max Reinhardt. Anfang 8 Uhr. Die stillen Stuben. Sonnabend: Salome. Sonntag: Salome. Schiller-Theater. Schiller-Theater O. (Wallner-Theater). Freitag, abends 8 Uhr: Heimgärten. Wellnachtskomödie in 5 Bildern von Ludwig Angenruber. Sonnabend, abends 8 Uhr: Heimgärten. Sonntag, nachm. 3 Uhr: Don Carlos. Sonntag, abends 8 Uhr: Die Haubenlerche. Apollo-Theater. Abends 8 Uhr: Berliner Luft. Musik von Paul Lincke. 9 1/2 Uhr: Die amerikanischen Sensations-Novitäten! Wundersterne, elektrische Tanzbilder. The Holloways. Akrobaten auf dem Drahtseil. Kasseneröffnung. 7 Uhr. Anf. 8 Uhr. Luisen-Theater. Zum erstenmal: Doktor Faust's Zaubertränke. Sonnabend: Die Reise durch Berlin in 80 Stunden. Sonntag, nachmittags: Das Rätschen von Hellborn. Abends: Dr. Faust's Zaubertränke. Montag: Die Reise durch Berlin in 80 Stunden. Carl Weiß-Theater. Große Frankfurter Straße Nr. 132. Anfang 8 Uhr. Zum letztenmal: Senta Wolfsburg. Morgen nachmittags 4 Uhr: Kinder-Vorstellung: Aschenbrödel. Kinder-märchen mit Gefang in 5 Bildern von W. S. Nahn. Abends 8 Uhr zum erstenmal: Aus der Märchenwelt (Kostümpfen). Lustspielhaus. Friedrichstraße 236. Täglich abends 8 Uhr: Der Familientag. Sonnabend nachmittags, 17. Dezember, zum erstenmal: Das gute Prinzeßchen.

Neues Theater. Vereinigte Bühnen unter der Leitung von Max Reinhardt. Anfang 7 Uhr. Die Kronprätendenten. Sonnabend und Sonntag: Die Morgenröte. Schiller-Theater. Schiller-Theater N. (Friedrich-Wilhelm-Schiller-Theater). Freitag, abends 8 Uhr: Mutter Erde. Drama in 4 Aufzügen von Max Halbe. Sonnabend, abends 8 Uhr: Die Jüdin von Toledo. Sonntag, nachm. 3 Uhr: Mutter Erde. Sonntag, abends 8 Uhr: Die Grossstadtluft.

Zirkus Schumann. Heute, Freitag, den 16. d. Mts., abends präg. 8 Uhr: Große Gala-Festvorstellung zum Besten des Vereins für Kaffeehütten u. Erfrischungshütten zu Berlin. Herr Direktor Schumann hat seinen Zirkus für diesen Abend in liberalster Weise zur Verfügung gestellt unter Dachleitung eines ausserwählten Sport-Programms. Der Vorstand: Frau Gräfin Posadowsky, Frau Kommerzien-Rat Lucas, Frau Kommerzien-Rat Hoyl, Frau Ministerial-Direktor Hermes, Arthur Schmidt, Albrecht Guttman, Dr. K. Beerwald.

Metropol-Theater. Die Herren von Maxim. Große Ausstattungssposse mit Gesang und Tanz in 5 Bildern von Julius Freund. Musik von Viktor Hollaender. Inszeniert vom Direktor Richard Schultz. Henry Bender, Josef Ciampietro, Josef Josephi, Anton Grünfeld, Frid Frid, Fritz Massary. Das Fest des Lichts. (Ballett.) Rauchen gestattet. Anf. 8 Uhr. Gebrüder Herrfeld-Theater. Die härmlich bejubelte Situations-Komödie: Prinz Levy in Ahlbeck. Schwan in drei Akten von Anton und Donat Herrfeld. Hauptrollen: Magnus Prinz Levy; Donat Herrfeld; Praxidal, dessen Reichsbelegter; Anton Herrfeld. Anfang 8 Uhr. Vorverkauf 11-2 Uhr. Bernhard Rose-Theater. Gefundebäumen, Balthasar 53. Die Gastspielvorstellungen finden in folgenden Establishments statt: Barnh. Rose-Theater, Stadt-Theater Moabit, Fröbels Allerlei-Theater, Neue Welt. Anfang 8 Uhr. Zum Blag 50 St. Anfang 8 Uhr.

Zirkus Schumann. Heute, Freitag, den 16. d. Mts., abends präg. 8 Uhr: Große Gala-Festvorstellung zum Besten des Vereins für Kaffeehütten u. Erfrischungshütten zu Berlin. Herr Direktor Schumann hat seinen Zirkus für diesen Abend in liberalster Weise zur Verfügung gestellt unter Dachleitung eines ausserwählten Sport-Programms. Der Vorstand: Frau Gräfin Posadowsky, Frau Kommerzien-Rat Lucas, Frau Kommerzien-Rat Hoyl, Frau Ministerial-Direktor Hermes, Arthur Schmidt, Albrecht Guttman, Dr. K. Beerwald.

Metropol-Theater. Die Herren von Maxim. Große Ausstattungssposse mit Gesang und Tanz in 5 Bildern von Julius Freund. Musik von Viktor Hollaender. Inszeniert vom Direktor Richard Schultz. Henry Bender, Josef Ciampietro, Josef Josephi, Anton Grünfeld, Frid Frid, Fritz Massary. Das Fest des Lichts. (Ballett.) Rauchen gestattet. Anf. 8 Uhr. Gebrüder Herrfeld-Theater. Die härmlich bejubelte Situations-Komödie: Prinz Levy in Ahlbeck. Schwan in drei Akten von Anton und Donat Herrfeld. Hauptrollen: Magnus Prinz Levy; Donat Herrfeld; Praxidal, dessen Reichsbelegter; Anton Herrfeld. Anfang 8 Uhr. Vorverkauf 11-2 Uhr. Bernhard Rose-Theater. Gefundebäumen, Balthasar 53. Die Gastspielvorstellungen finden in folgenden Establishments statt: Barnh. Rose-Theater, Stadt-Theater Moabit, Fröbels Allerlei-Theater, Neue Welt. Anfang 8 Uhr. Zum Blag 50 St. Anfang 8 Uhr.

W. Noacks Theater. Direktion: Rob. Dill. Brunnstr. 16. Zum letztenmal: Die Cameliendame. Schauspiel in 5 Akten von Alexander Dumas Sohn. Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf. Montag, 19. Dez.: Letzte Vorstellung vor Weihnachten. Ausnahme-Woche für Steppdecken. Daunen-Decken 18 Mk. a 30, 26 u. 18 Mk. Seidenart. Lasting 7 50 a 14, zwols. 12, 9 u. 7 Mk. Wollatlas a 10, 8, 6, 5 u. 4 Mk. Pappur, echt rot a 5, 3, 25 u. 2 Mk. Seiden-Atlas, alle Farb. 20, 15, 12 u. 10 Mk. Excelsior-Cloth. 4 75 a 9, Doppels. 8, 6, 50 u. 4 Mk. Satin, gemustert. a 6, 5 u. 4 Mk. Türkisch-Cretonne. 2 25 a 2, 10, 3 u. 2 Mk. Vorjährige Muster fast für die Hälfte des Preises. Steppdeckenfabrik B. Hurwitz, Rotes Schloß, vis-a-vis dem National-Denkmal. Telefon 1, 5311. 1904

W. Noacks Theater. Direktion: Rob. Dill. Brunnstr. 16. Zum letztenmal: Die Cameliendame. Schauspiel in 5 Akten von Alexander Dumas Sohn. Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf. Montag, 19. Dez.: Letzte Vorstellung vor Weihnachten. Ausnahme-Woche für Steppdecken. Daunen-Decken 18 Mk. a 30, 26 u. 18 Mk. Seidenart. Lasting 7 50 a 14, zwols. 12, 9 u. 7 Mk. Wollatlas a 10, 8, 6, 5 u. 4 Mk. Pappur, echt rot a 5, 3, 25 u. 2 Mk. Seiden-Atlas, alle Farb. 20, 15, 12 u. 10 Mk. Excelsior-Cloth. 4 75 a 9, Doppels. 8, 6, 50 u. 4 Mk. Satin, gemustert. a 6, 5 u. 4 Mk. Türkisch-Cretonne. 2 25 a 2, 10, 3 u. 2 Mk. Vorjährige Muster fast für die Hälfte des Preises. Steppdeckenfabrik B. Hurwitz, Rotes Schloß, vis-a-vis dem National-Denkmal. Telefon 1, 5311. 1904

Ausnahme-Woche für Steppdecken. Daunen-Decken 18 Mk. a 30, 26 u. 18 Mk. Seidenart. Lasting 7 50 a 14, zwols. 12, 9 u. 7 Mk. Wollatlas a 10, 8, 6, 5 u. 4 Mk. Pappur, echt rot a 5, 3, 25 u. 2 Mk. Seiden-Atlas, alle Farb. 20, 15, 12 u. 10 Mk. Excelsior-Cloth. 4 75 a 9, Doppels. 8, 6, 50 u. 4 Mk. Satin, gemustert. a 6, 5 u. 4 Mk. Türkisch-Cretonne. 2 25 a 2, 10, 3 u. 2 Mk. Vorjährige Muster fast für die Hälfte des Preises. Steppdeckenfabrik B. Hurwitz, Rotes Schloß, vis-a-vis dem National-Denkmal. Telefon 1, 5311. 1904



**Deutsch-Amerikanisches Theater.**  
Königstr. 67.  
Gastspiel Adolf Philipp. Anf. 8 Uhr.  
**NEW-YORK**  
Sonntag nachm. 3 Uhr! Halbe Pr.  
Ueber'n grossen Teich.

**Skala-Theater.**  
Linienstr. 132 (a. d. Friederichstr.)  
Sensationelles Programm!  
Moderne Banquetanten.  
Vosse mit Gesang in einem Akt,  
sowie  
30 international. Spezialitäten.  
Anfang 7 1/2 Uhr.  
Vor der Vorstellung: Konzert.

**WINTERGARTEN**  
Täglich  
**Wettrennen**  
zwischen dem  
amerikanischen Radfahrer Walt hour  
und  
1. Berliner Rennfahrer,  
2. dem amerikanischen  
Rennpferd „Dolly“,  
geritten vom Jockey Kremer.  
Das Dezember-Programm  
enthält 15 hervorragende Nummern.

**Sanssouci.**  
Kollbuscher Tor — Stat. der Hochbahn.  
Sonntag, Montag,  
Donnerstag:  
Hoffmanns Nordd. Sänger  
u. Tanzkränzchen.  
Dienstag, den 20., und  
Mittwoch, 21. Dezember:  
Weihnachtsbilder.  
Bilder aus der Weihnachtszeit  
in 3 Abteilungen.  
An diesen beiden Theater-  
abenden hat jeder Fr-  
nachense ein Kind frei.

**Reichshallen-Theater.**  
Stettiner Sänger.  
Neu! Der Bassisten-  
kampf in Perleberg. Zum  
Schluss: Exzellenz kommt  
Montag, 26. Dezbr. (2. Feiertag):  
Große Benefiz-Fest-Soiree.  
Zum erstenmal: Bei Patern.  
Ein Weihnachtsbild von Mehlert.  
Anfang 12 Uhr. Entree 50 Pf.

**Otto Pritzkow**  
Abnormitäten - Ausstellung  
Wannsee 16.  
Englisch - Vorführung  
**lebender Kuriositäten!**  
Medizinische Rätsel,  
anatomische Wunder.  
Riesen! Zwerge!

**Gustav Behrens**  
Spezialitäten-  
Theater,  
Frankfurter-  
Allee 85.  
Das neue Dezember-Programm.  
Neu! Madame Pompadour mit  
ihren Käsen.  
Neu! Der Reformdichter.  
Neu! Geschw. Norsaah, Gelands-  
durstigen.  
Neu! Mr. Gibson, Regen-Clown,  
sowie die übrigen Spezialitäten.

**Etablissement Bughenhagen**  
Mortkplatz.  
Täglich von 12-4 Uhr: Mittagstisch.  
In den unteren Sälen  
jeden Abend 8 Uhr:  
**Militär-Konzert.**  
Dienstag, Donnerstag,  
Sonntag, Sonntag:  
**Fritz Steidl-Sänger.**  
Nach jeder Vorstellung im Kelleraal  
Tanz.

**Wilh. Burg**  
Restaurant  
Lindenstr. 3,  
2. Hof parterre  
empfehlen sein 11972  
**Großes Vereinszimmer**  
(518 120 Personen) für Vereinstat-  
berhandlungen und Vereine. Vor-  
zügliche Speisen und Getränke.

**Unsere Abonnenten**  
empfehlen wir als passende  
**Weihnachtsgeschenke**  
teilweise zu bedeutend herabgesetzten Preisen:  
**Leopold Jacoby: Cunita.**  
Ein Gedicht aus Indien in 10 Gesängen. Preis statt 10 M. 2.50 M.  
Elegante Ausstattung.  
**v. Wilbenradt: Der Zöllner von Klausen.**  
Mittelstück von G. R. Wilbenradt. Preis statt 3 M. 1.- M.  
**Victor Hugo: 1793.**  
Historischer Roman aus der französischen Revolution. Preis statt 3 M. 2.- M.  
Für die Jugend:  
**Gustav Schall: Im Märchenlande.**  
Eine Auswahl guter Märchen. Preis statt 4 M. 1.50 M.  
Für die reifere Jugend:  
**Erkman - Chatrian: Frau Therese.**  
Eine Erzählung aus der Zeit der großen französischen Revolution. Preis 1.- M.  
**H. G. Zentgraf: Ein neuer Totentanz.**  
18 Blätter in Quart (23 x 31 1/2 Zentimeter). Preis 2.50 M.  
In eleganter Mappe.

**Fackeln der Zeit**  
Gedichte  
von  
**Ludwig Lessen.**  
Mit Buchdruck  
von Agnes Rosenhain.  
Preis 50 Pf.  
**Sonnenblumen**  
Eine Auswahl Gedichte bedeutender  
Männer aus lösen Blättern, geschmückt  
mit den Vorkräften der Dichter.  
Herausgegeben v. **Karl Henckell.**  
Einzeln Jahrgänge in Mappen  
statt früher 2.40 M. jetzt 75 Pf.  
Alle 4 Jahrgänge in einer Mappe  
statt früher 10 M. jetzt 3 M.

**Porträts von Marx und Engels.**  
Zwei Kunstblätter in Kupferzabdrück auf Chinapapier  
(Größe 85x65 Zentimeter) zum Vorzugspreise von 5 M.  
**Die Freiheit führt das Volk.**  
Kupferzabdrück nach dem Gemälde von G. Delacroix.  
(Größe 95x73 Zentimeter) statt 6 M. jetzt 5 M.  
**Porträt Ferdinand Lassalles.**  
Original-Kupferzabdrück auf Chinapapier Preis 4 M.  
Rembrandt auf Japanpapier (Größe 85x65 Zentim.) Preis 10 M.

**Die Marseillaise.**  
Zum erstenmal vorgetragen von dem Dichter Rouget de l'Isle.  
Nach dem im Pariser Louvre befindlich. Delgemälde v. Bild. 40 Pf.  
**Der Mann mit der Hacke.**  
Nach einem Gemälde von Millet. Auf Kunstdruckpapier. Preis 40 Pf.  
**Gruppenbild**  
der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion.  
Preis 60 Pf.

**Porträts von Bebel, Liebknecht, Singer.**  
(Größe 53x40 Zentimeter.) Preis 1.50 M.  
**Jugendchriften, Märchen- u. Bilderbücher** in großer Auswahl  
und allen Preislagen.  
**Klassiker: Goethe, Schiller, Heine, Uhland etc.** 3 M.  
zu je 2 Bänden.  
Zu beziehen durch  
**Buchhandlung Vorwärts**  
Berlin SW. 68, Lindenstr. 69. Laden.

**Puppen-Fabrik**  
**Otto Kreyszig, Brunnenstraße No. 119.**  
Wie seit Jahren bekannt, billigste und beste Bezugsquelle.  
**Reparaturen** bei Einkauf von  
Originalen gratis!

**Hut-Zentrale**  
Oranienstr. 2  
Großes Spezialgeschäft  
für Filz- u. Seiden-Hüte.  
Großes Lager in Herren-Wäsche, Krawatten, Hand-  
schuhen, Trikotasen, Schirmen, Stöcken u. Mützen.

**Tischler-Verein zu Berlin.**  
E. H. 89.  
Sonntag, den 17. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, Melchiorstr. 15:  
**Ordentliche General-Versammlung.**  
Tages-Ordnung: Neuwahl des Vorstandes.  
Für Mitglieder haben Zutritt; das Eintrittsgeld ist vorzuliegen.  
Bollschlüssel erscheinen im Pflicht. 199/15 Der Vorstand.  
Am 1. Feiertag, abends, in den Industrie-Festhallen, Beuthstr. 20:  
**Soiree und Ball** zum Besten des Extra-Unterstützungsfonds.

**Deutscher Holzarbeiter-Verband.**  
Heute Freitag, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Platz 15:  
**Sitzung der Ortsverwaltung.**  
Sonntag, 18. Dezember ex., vormittags 10 1/2 Uhr, im Lokal des  
Herrn Schönsler, Stromstr. 28:

**Bezirksversammlung für Moabit.**  
Tages-Ordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben. Pflicht der  
Kollegen ist es, pünktlich zu erscheinen. 99/12

**Verband der Hafenarbeiter.**  
Mitgliedschaft Berlin II.  
Sonntag, den 18. Dezember, vormittags 10 1/2 Uhr,  
im Königstadt-Kasino, Holzmarktstr. 72:  
**Mitglieder-Versammlung.**  
Tages-Ordnung:  
1. Verbandsangelegenheiten, u. a.: Fortsetzung der Debatte über die  
Einsparung eines neuen Lohntariffs. 2. Berichtendes. 19/16  
In dieser Versammlung werden die Billets zum Madenball,  
welcher am 7. Januar 1905 bei R. L. e. m., Däsenstraße stattfindet, ausgeben.  
Zahlreiches Erscheinen erwartet. Der Vorstand.

**Achtung! Marmorarbeiter Berlins.**  
Die übliche Mitgliederversammlung findet diesen  
Monat nicht statt. 174/10  
Der Vorstand.

**Prosit! Böhmisches Brauhaus.**  
BERLIN.  
Empfehlen unser helles u. dunkles  
**Tafelbier:**  
Gambrinusbräu (Münchener)  
Nepomukbräu (Pilsener)  
**Böhmisches Brauhaus NO.**  
Fass-Abteilung: Landsberger Allee 11/13. T. VII. 5088.  
Flaschen- " Frieden-Strasse 98. T. VII. 1670.  
Unsere Original-Abzug-Flaschenbiere in fast allen  
Kolonialwaren-Handlungen. 622L\*

Begründet 1864.  
**Pelzwaren-Fabrik**  
S. Schlesinger, Neue Königstr. 21 II  
„Ordonnanzhaus“.  
= Einzelverkauf =  
nach beendeter Engros-Saison.  
Reisemuster, Kollern, Stolas, Muffen etc. zu  
billigsten Engros-Preisen. Es gelangt nur wirklich  
reelle Kürschnerware zum Verkauf.  
Reparaturen billigst und sauber. 58/3\*

**Billigste Photogr. Handlung.**  
Handcamera zu 6 Aufnahmen, 6 x 9 mit  
Zeit- und Momentverschluss, 4.50 M. Hochlegant  
für 6 Aufnahmen, 0 x 12 mit 2 Spiegelverschlüssen,  
9.00 M. Unzerstört! Handcamera Ger-  
mania für 12 Aufnahmen, 0 x 12 mit regulier-  
barem Zeit- und Momentverschluss und Rück-  
trieb, 20.00 M.; derselbe etwas einfacher 15.00 M.  
**Nussbaum Stativ-Apparat**, 0 x 12 kompl.  
mit Objektiv, Stativ und doppelter  
Tafelste, 10.00 M., Größe 13 x 18 mit  
doppelttem Bodenanzug und Zahn-  
trieb, komplett 35.00 M. inkl. Koffer  
mit Brillendeckel. Vgl. Lampe 2.00 M.  
Elegante Preisliste und Unterricht gratis!  
**Grass & Worf, Berlin, Markgrafenstr. 19.**  
Filialen: Potsdamerstr. 9 und Kottbuserstr. 3a.

**Äpfel**  
Ufermärktliche sind wieder frisch eingetroffen  
und werden in Bosten und Einzelverkauf  
abgegeben. Zentner schon von 6 M. an.  
**Fritz Wilke, Brunnenstr. 188, Hof rechts.**

**Musikinstrumente - Musikwerke**  
mit auflegbaren Noten 1098L\*  
**Viollinen, Zithern** jeder Art.  
**Gitarre-Zithern** mit Unterlegnoten von 6 Mark an.  
Ziehharmonikas, Mundharmonikas, Phonographen  
usw. in reichster Auswahl zu soliden Preisen empfohlen.  
**Hermann Kowe & Co., Berlin NO., Gr. Frankfurterstr. 39.**  
Harmoniums nach amerikanischem Saugsystem.

Am Montag, den 12. d. Mts.  
starb nach langen schweren Kranken-  
leiden mein lieber Mann, unter  
guter Vater, Groß- und Schwieger-  
vater, der Schriftsteller  
**Otto Schuder**  
im Alter von 48 Jahren.  
Die Beerdigung findet Sonntag,  
den 18. d. Mts., nachmittags 3 Uhr,  
von der Leichenhalle des neuen  
Jüdischen Friedhofs in Nieder-Schön-  
hausen, Nordend, aus statt. 7425  
Die trauernden Hinterbliebenen.

**Invaliden-Unterstützungskasse**  
der Steindrucker und Lithographen.  
Die Beerdigung des Herrn G.  
Weiss findet heute Freitag um  
2 Uhr auf dem Domkirchhof  
statt, nicht Pankesfriedhof.  
7865 Das Komitee.

**Dankfagung.**  
Allen denjenigen, die an der  
Beerdigung meines innigstgeliebten  
Mannes, des Restaurateurs  
**Hermann Kreisel**  
teilgenommen haben, besonders den  
Mitgliedern des Vereins Wilmers-  
dorfer Schankwirte, sowie dem Verein  
ehemaliger Söder, meinen innigsten  
Dank. 7378  
Juan Klara Kreisel  
nebst Kindern.

**Berliner Arbeiter-  
Radfahrer-Verein.**  
Mitglied des Bundes  
„Solidarität“.  
Sonntag, den 18. Dezember,  
mittags 1 1/2 Uhr: nach Franz-  
Schuhholz (Kahne).  
Stari Brenglaue u. Danzigerstr.-Ecke  
Prinzen-  
**Dr. Simmel, Str. 41.**  
Spezialarzt für  
Haut- und Harnleiden.  
10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4.

**Charlottenburg.**  
F. Kunstmann  
nur Wallstr. 1  
Uhren und  
Goldwaren.  
Großes Lager  
Billige Preise. 9612\*  
Reparatur schnell und billig.

**Eine Mark**  
wöchentliche Teilzahlung liefert  
eleg. fertige Herren-Moden.  
Bestellungen u. Maß, labell. Ausf.  
in eigener Werkstatt.  
Spezialgeschäft für  
**Herren-Bekleidung.**  
Kein Waren-Kredithaus.  
**J. Kurzberg,**  
in der Jannowitzbrücke L. I.  
Bahnhof Jannowitzbrücke.

**Hochfeine 6 Pf.-Zigarren**  
100 Stück 3 Mark  
verkauft und versendet  
Fritz Hering, Lichtenberg,  
Frankfurter Chaussee 139.

**verleiht auch**  
einzelne Platten  
ALFRED DAEGE  
Charlottenburg  
Friedrichstr. 100

Die weltbekannte  
**Bettfedern-Fabrik**  
Gustav Voigt, Berlin, Prinzen-  
straße 46, versendet gegen Kostnahme  
gratis neue Bettfedern 3 Pf. 50 Pf.,  
starke Halbdaunen 3 Pf. 25 Pf.,  
bessere Halbdaunen 3 Pf. 15 Pf.,  
bergsche Daunen 3 Pf. 25 Pf.  
— Ein hierin Damm genäht  
3 bis 4 Pfund zum großen Überbit.  
Bestellung frei. Preis u. Proben  
gratis. Nicht Rückzahlungspflicht.

**Pelz-**  
Stolas,  
Muffen etc.  
werden in nur  
reeller und ge-  
digneter Aus-  
führung nach  
bedeutender En-  
gros-Zahlung zu  
ausserordentl.  
billigen  
Preisen verkauft  
in der Fabrik  
Neue König-  
str. 16, I.  
Sonntag  
geöffnet.

**Sofastoffe**  
Riesenauswahl aller Qualitäten.  
Wolle, Reste! Moquettes.  
Plaid, Satteltaschen.  
Muster b. näher. Angebefranko.  
Emil Lefevre, Berlin,  
Oranienstr. 158.



Mordprozeß Berger.

Vierter Tag.

Vorsitzender Landgerichtsrat von Wochhammer eröffnet die Sitzung mit einer Bitte an die Vertreter der Presse, die dahin geht, in den Betrachtungen über diesen Prozeß Hinweise auf seinen voraussichtlichen Ausgang auf Grund dieser oder jener Zeugenaussagen möglichst zu vermeiden.

Rechtsanwalt Wahn teilt mit, daß er eine ganze Reihe von Zuschriften erhalten habe, darunter eine Postkarte ohne Unterschrift, in welcher die Schreiberin mitteilt, daß sie die Person sei, die den Korb vom Angeklagten erhalten habe. Er beantragt, die Karte dem Staatsanwalt behufs Ermittlung der Schreiberin zu übergeben. Der Präsident bemerkt, daß man im allgemeinen auf anonyme Anzeigen doch nichts geben könne, er entspricht aber dem Wunsche der Verteidigung und übergibt die Karte dem Staatsanwalt.

Einige Zeugen, die noch über das Alibi des Zeugen Lenz vernommen werden, bestätigen im allgemeinen dessen Angaben.

Es folgen einige Zeugen, die den Angeklagten Berger als „stets anständig“, „nicht brutal“, „ruhig“ usw. schildern.

Eine Zeugin Schade sagt aus, daß sie einmal vier Wochen lang bei der Liebetruß gewohnt hat. Berger sei ein „netter“, „anständiger“, „sehr guter“ Mensch gewesen, der auch zu der Liebetruß niemals brutal war. Einmal habe es aber großen Skandal gegeben. Er habe vom Handeln mit Wäsche Geld mit nach Hause gebracht, die Liebetruß habe 10 M. von ihm haben wollen und als er das Geld nicht geben wollte, habe ihm die Liebetruß gedroht: „Wenn Du mir die 10 M. nicht gibst, dann lasse ich Dich „alle“ werden.“

Bei der Vernehmung dieser Gruppe von Zeugen kommt zur Sprache, daß Berger in mehreren Fällen Schlafstellenvermietern, die ihm bekannt waren, für die polizeiliche Anmeldung 3 M. gezahlt hat und zu ihnen nicht zugezogen ist. Von keinem dieser Zeugen und Zeuginnen sind an Berger unnatürliche Zuneigung zu Kindern bemerkt worden, einige haben gesehen, daß er immer Geld hatte, sie wissen auch, daß er gehandelt hat. Zu einer Zeugin hat der Angeklagte, als er sie nach dem Morde einmal mit einem anderen Manne besuchte, in ganz ruhiger Tone davon gesprochen, daß man auch ihn der Tat verdächtige; er sei aber ganz unschuldig und die Polizei könne ihm gar nichts anhaben. — Diese Gruppe von Zeugen wird entlassen.

Vorsitzender Landgerichtsrat v. Wochhammer: Wir kommen nun zu einem anderen Abschnitt der Verhandlung. Wir haben uns bisher mit allen möglichen Verdachtsmomenten gegen unbekannte Personen und dann mit Verdachtsmomenten gegen Lenz beschäftigt. Wir kommen nun der Tat näher und da handelt es sich um zwei Vorgänge, die in und vor dem Hause Ackerstr. 190, auf dem Hofe und vor dem Haustor sich abgespielt haben und bei denen zwei Männer in Frage kommen. Da handelt es sich um die

Bestimmung der Zeit.

Die Anklage sagt, diese Vorgänge hätten sich erst abgespielt nach 1 Uhr, als die Lucie Berlin schon vermißt wurde und im Anschluß daran handelt es sich um eine zweite Gruppe von Vorfällen in der Ackerstraße, in dem Kaufmannsladen von Franke und auf dem Gartenplatz. Die Verteidigung sagt: das Kind sei gar nicht um 1 Uhr im Hause verschwunden, sondern außerhalb des Hauses. Das Kind sei nach 1 Uhr auf der Straße gesehen worden und zwar in Gesellschaft von zwei Männern, die ihm Wobbons gekauft haben sollen. Die Verteidigung sagt: die fraglichen Vorgänge liegen nach 1 Uhr. Der Staatsanwalt ist entgegengesetzter Ansicht. Nach seiner Ansicht war bei dem Vorgang mit den Männern auf dem Hofe des Grundstücks Ackerstr. 190 die Lucie bereits verschwunden und was die Vorgänge auf der Straße betrifft, so seien die Behauptungen der Verteidigung nicht zutreffend. Auch in den letzteren Vorgänge sei Lenz mit hineingezogen worden. Ist das Kind nach 1 Uhr noch auf der Straße gewesen, so kann es nicht um 1 Uhr im Hause ermordet worden sein. Diese Erläuterung ist zum Verständnis der Geschworenen notwendig. — Rechtsanwalt Wahn: Die Verteidigung behauptet auch, daß die Lucie Berlin, als sie mit zwei Männern auf der Straße gesehen wurde, gesagt hat: „Wir gehen weit!“

Die erste der zu diesem Abschnitt vernommenen Zeugen, Frau Kullik, weiß gar nichts. Als sie am 9. Juni aus dem Hause Ackerstr. 194 heraustraten sei, habe sie zwei Männer an der Haustür stehen sehen.

Der nächste Zeuge ist der Drehscheibler Schöneberg. — Präsi.: Sind Sie mit dem Angeklagten Berger verwandt oder verschwägert? — Zeuge: Nicht in die Hand! (Heiterkeit.) Nach Aussage des Zeugen hat er — wie er glaubt — am 9. Juni um die Mittagszeit auf dem Hofe Ackerstr. 190 auf der Drehscheibe gespielt. Die Kinder haben auf dem Hofe gespielt und getanzt und zwei Männer hätten am Kapfeiler gestanden. Wie diese ausgesehen, könne er nicht mehr sagen. Der eine sei ein kleiner, unterlegter Mann gewesen, weiter wisse er nichts mehr. „Der Blick war zu kurz.“ — Auf Wunsch des Verteidigers muß sich der Zeuge Lenz seinen Hut aufsetzen und dem Zeugen Schöneberg sich gegenüber stellen. Letzterer mustert ihn, zuckt die Achseln und meint: „Der Blick war zu kurz.“

Nachdem Kommissar Wehner auf Befragen bekundet, daß Schöneberg in der ersten Vernehmung die Zeit auf 1 1/2 Uhr mittags angegeben und daß nach der bestimmten Behauptung eines Zeugen Lenz nicht einer der beiden Männer gewesen, tritt die Mittagspause ein.

Nach der Mittagspause wird der Versicherungs-Inspektor Bredengeier noch einmal vorgerufen. Er hat sich jetzt auf Grund der Papiere der Direktion überzeugt, daß er sich in bezug auf den Termin, in welchem der Zeuge Lenz seine Tätigkeit bei der „Aduna“ begonnen und Voransch erhalten habe, nicht getäuscht habe. Es sei der 9. Juni gewesen. Dann meldet sich die

Zeugin Liebetruß

Zeugin Liebetruß erklärt: Die Zeugin Schade hat hier vollständig die Unwahrheit gesagt. Voriges Jahr hat die Schade und ihr damaliger Geliebter Sander bei mir in der Füssitenstraße gewohnt. Ich wohnte mit Berger in der Küche. Die Matraße des Bettes war etwas heruntergedrückt, und als Berger einmal ausgezogen war, hatte ich die Matraße umgedreht. Ich hatte Berger 11 M. verborgt, er hatte pünktliche Rückzahlung versprochen, aber das Versprechen nicht gehalten. Als ich Berger erzählte, daß ich die Matraße umgedreht, war er sehr unangehalten darüber und fragte: Du denkst wohl, ich habe Geld dein? Ich ging mir ein Licht an. Ich suchte nur in der Matraße nach Geld, er gleichfalls; er kam mir zuvor und holte aus einer Sprungfeder-Ede ein Stück Papier hervor, in welchem 70 Mark in Gold eingewickelt waren. Er zeigte mir auch das Geld. Nun wurde ich natürlich falsch und machte ihm Vorwürfe, er sagte aber: Gewiß habe ich Geld. Du freiest aber nichts! Ich antwortete ihm: Die die Gemeinheit! Du nimmst mir die letzten 20 Pf. ab und dann willst Du mir das Geld, das ich ganz nötig brauche, nicht wiedergeben! Darüber kamen wir in Streit. Er ging in der Küche auf mich zu, nahm mich am Hals und suchte mit einem Küchenmesser umher. Ich sagte: Du was! Ich schrie um Hilfe und die Schade schrie mit um Hilfe und sagte zu mir: „Loh doch den Louis alle werden!“ Er ließ mich los und warf das Messer mit solcher Wucht an die Erde, so daß der Griff abbrach. — Auf eine Zwischenbemerkung des Verteidigers, daß Berger behauptet, aus Furcht vor der Zeugin ein großes Küchenmesser versteckt gehalten zu haben, erwidert Zeugin Liebetruß: Ja, er konnte das Messer niemals leiden und wollte es manchmal aus dem Fenster werfen, denn er wußte, daß ich jähzornig und aufgeregt bin. Daß ich einmal aus Wut zu dem Messer greifen würde, war gänzlich ausgeschlossen. Ich habe in der Zeitung gelesen, was Berger hier von mir gesagt hat. Das wird hier noch ganz anders dargestellt werden. Ich habe ihn nie bedroht.

Es soll hierauf eine große Anzahl Kinder vernommen werden. Arbeitshilfe Graf war seiner Zeit auf die Polizei gelaufen und hatte dort erklärt, daß er am Tage des Mordes zwei Männer in der Ackerstraße und in deren Begleitung die Lucie Berlin gesehen habe. Jetzt stellt es sich heraus, daß der Zeuge die Lucie Berlin gar nicht kennt und alles das, was er auf der Polizei erzählt, nur von einer Frau gehört hat.

Maria Liebe, ein zehnjähriges Mädchen, sagt aus, daß sie an demselben Tage, an dem sie vorher hörte, daß die Lucie verschwunden war, sie diese vom Hofe kommend auf die Straße gehend gesehen habe. Berger sei neben ihr gegangen und habe sie an der Hand gehabt. Sie seien nach der Bernauertröche zu schrägüber zu dem Kaufmann Franke gegangen und als sie herauskamen, habe die Lucie eine Tüte in der Hand gehabt. Sie habe die Tüte noch an demselben Tage ihren Eltern erzählt. Der Vorsitzende sucht aus der Zeugnis herauszubekommen, um welche Tageszeit dies gewesen sei. Sie behauptet erst gegen 2 Uhr, meint schließlich aber, daß es auch vor 1 Uhr gewesen sein könnte. Der Angeklagte ruft dazwischen: „Das ist ja eine Lüge von dem Kind!“ Der Vorsitzende hält dem Mädchen vor, daß ihre Aussage doch etwas bedenklich klinge und ermahnt sie, doch ja bei der Wahrheit zu bleiben. Das Kind wird immer einsilbiger und erklärt schließlich auf die Frage des Präsidenten, daß das, was sie heute gesagt, nicht wahr sei.

Alle Versuche des Präsidenten, herauszubekommen, weshalb denn das Kind heute die Unwahrheit sage, blieben ohne Erfolg. Auf Antrag des Verteidigers wird festgestellt, daß das Mädchen auf der Polizei etwas absolut anderes ausgesagt und von drei Mädchen und zwei Männern gesprochen habe. Ihre polizeiliche Aussage enthält völlig andere Angaben. Das Mädchen, welches in Tränen ausbricht, kann nicht erklären, weshalb sie heute die Unwahrheit gesagt habe. — Rechtsanwalt Wahn: Hat mit Dir vielleicht Frau Berlin gesprochen oder hast Du gehört, daß Frau Berlin eine Behauptung von 100 M. ausgesagt hat, falls Berger verurteilt wird? — Zeugin: Nein.

Nach dieser Probe verzichtet Staatsanwalt Lindow auf alle noch geladenen Kinder, auch auf die zur Belastung geladenen. Die Aussagen der Kinder seien von vornherein auch gar nicht verwertet worden. — Rechtsanwalt Wahn verzichtet gleichfalls, um eine Wiederholung dieses unwürdigen Schaupiels zu vermeiden. Während der weiteren Verhandlung dringt plötzlich ein gewaltiger Lärm von draußen in den Saal. Unmittelbar vor dem Eingang zum Schwurgerichtssaal hat sich inmitten der dort angeammelten Zeugenschar eine

Schlägerei zwischen zwei Zeugen

entwickelt. Der eine soll der jetzige Freund der Liebetruß sein, der andere der Kellerer Klein. Dem Vernehmen nach drehte es sich darum, daß Klein dem Gegner Vorwürfe darüber machte, daß dieser den Angeklagten belästigen wolle, während dieser spöttisch erwiderte, daß Klein wohl dafür bezahlt werde, wenn Berger frei komme. Darauf fielen Schläge. Der Zeuge Klein, ein kräftiger, sehr brünetter Mann, wird von dem Gerichtsdienner in den Saal geleitet und tritt in großer Erregung vor den Richtertisch. — Präsi.: Was haben Sie draußen angegeben? — Zeuge: Ich habe mich über einen Menschen geäußert und habe ihm eins an den Kopf gegeben. Das ist alles! — Präsi.: Betragen Sie sich hier im Saale zunächst angemessen. Sie stehen hier vor Gericht! — Zeuge: Das ist ja ganz gewiß richtig. Aber ich bin sehr nervös. Wenn mir so'n Keel gegenübertritt, dann muß ich ihm vor den Kopf schlagen. Ich kann mir nicht helfen. — Präsi.: Nun bitte ich mir aber aus, daß Sie sich bemeistern. — Zeuge: Ich sage Ihnen ja, ich bin erregt. — Präsi.: Nun sollen Sie ruhig draußen bleiben! — Zeuge: Wenn ich hier bleiben soll, dann müssen Sie mich gerade aufschließen. — Präsi.: Sie sollen ja gar nicht hier bleiben, sondern draußen ruhig warten! — Zeuge: Hier im Raum plagt mir auch der Schädel! Wenn ich bloß den Mann, den jetzigen Leden von der Liebetruß sehe, dann kriege ich's mit der Wut! Und dann will ich noch was sagen: Hier draußen im Lokal hat eine Frau erzählt, daß ein Mann ein Kind hat beeinflussen wollen, zum Gunsten Bergers auszulagen. — Präsi.: Ich kann Ihnen zu Ihrer Veruhigung mitteilen, daß alleseitig auf eine Vernehmung der Kinder verzichtet worden ist.

Es werden sodann mehrere noch jugendliche Zeugen und Zeuginnen vernommen, deren Aussagen jedoch durchaus luschig sind. Sie erzählen sämtlich von einem oder zwei verdächtigen Männern, die sie teils mit einem oder zwei Mädchen, teils mit der Lucie gesehen haben wollen. Bei eingehender Vernehmung stellt sich aber heraus, daß diese Zeugen

so gut wie nichts wissen.

Sie wissen nicht, wer der verdächtige Mann war, nicht, ob es die Lucie Berlin gewesen, die sie gesehen, und sind auch bezüglich der Zeit nicht sicher. Einige wissen auch nicht, ob es am 9. Juni oder an einem anderen Tage war. Eine kleine Zeugin behauptet sogar, daß sie die Lucie noch am 10. Juni gesehen habe, erklärt jedoch schließlich wieder, daß sie den Tag nicht mehr wisse.

Charakteristisch ist die Aussage des Drofchenschulz Krieger. Dieser erzählt eine lange Geschichte. Er habe am 9. Juni mittags mit seiner Drofche auf dem Gartenplatz am Gartenplatz gehalten. Da will er einen Mann mit zwei Mädchen beobachtet haben, der sich mit den Mädchen auf eine Bank setzte. Ob die Lucie Berlin dabei war, weiß er nicht. — Präsi.: Können Sie sagen, wer dieser Mann war? — Zeuge (nachdem er den Angeklagten gemustert): Ich kann nur sagen, daß der Angeklagte dieser Mann ist! (Bewegung im Zuscherraum.) — Staatsanwalt Lindow: Um die Glaubwürdigkeit dieses Zeugen zu illustrieren, muß ich doch hervorheben, daß dieser Zeuge bei der Polizei mit derselben festen Bestimmtheit zunächst in dem Lenz den betreffenden Mann hat wiedererkennen wollen. Gerade auf diese Behauptung stützte sich der Verdacht gegen Lenz zuerst.

Kriminalkommissarius Wannowski erklärt hierzu, daß die Aussage dieses Zeugen charakteristisch für die Art und Weise, wie bei solchen Kriminalfällen Zeugen ihre Aussagen machen. Tatsächlich habe der Zeuge zuerst gesagt, der betreffende Mann habe einen aufgezwickelten Schnurrbart gehabt, und als ihm Lenz gegenüber gestellt wurde, habe er sich auf diesen stützen wollen und mit aller Bestimmtheit erklärt: „Das ist er!“ Ich kenne ihn mit voller Sicherheit wieder! Als er wenige Tage darauf vom Kriminalkommissarius Wehner vernommen wurde, hat er mit der

gleichen Bestimmtheit

den Berger als den Mann bezeichnet. — Kriminalkommissar Wehner bestätigt diese Angabe, ebenso der Untersuchungsrichter Dr. Wahnmann. Nach des letzteren Befundung hat der Zeuge sogar schließlich behauptet, es wären zwei Männer gewesen, die er an jenem Tage mit den Mädchen gesehen.

Ein Geschworener wünscht Auskunft darüber, ob Berger vor seiner Verhaftung etwa einen aufgezwickelten Schnurrbart getragen habe. Berger bestreitet dies entschieden unter Berufung auf Zeugen.

Nach Vernehmung einiger Zeugen, die gleichfalls nichts Wesentliches wissen, soll der Frage Klein, der ein Hauptbelastungszeuge ist, vernommen werden. Der Staatsanwalt hält es für bedenklich, den Zeugen Klein, der nicht in der gehörigen ruhigen Verfassung zu sein scheint, noch heute zu vernehmen. Herr Klein wird in den Saal gerufen. — Präsi.: Herr Klein, haben Sie sich jetzt beruhigt, so daß Sie als Zeuge vernommen werden können? Oder wollen Sie lieber morgen vernommen werden? — Zeuge: Lieber morgen! Aber dann gleich morgen früh! (Heiterkeit.) — Präsi.: Ja, Sie sollen also morgen gleich als erster vernommen werden, dann hat sich Ihre Erregung gelegt.

Die weitere Verhandlung wird sodann auf Freitag 9 1/2 Uhr vertagt.

Die „Geheimnisse“ einer Polizei-Wachstube

bildeten am Mittwoch den Gegenstand einer circa fünfstündigen Gerichtsverhandlung vor der Strafkammer des Landgerichts II. Angeklagt waren der Polizeiwachmeister Walczerski, der Schuhmann Waldi und der „Kaufmann“ Kuffe von Charlottenburg unter der Beschuldigung der gemeinschaftlichen Körperverletzung, die von den beiden ersten Angeklagten in unrechtmäßiger Anwendung ihrer Amtsgewalt verübt worden ist. Es waren circa 40 Zeugen geladen, darunter der Polizeihauptmann v. Hering, der Polizeileutnant Fahrenbach, sowie fast das ganze Schuhmannpersonal des 9. Polizeiregiments zu Charlottenburg; außerdem eine Anzahl Zivilpersonen, darunter der auf der Wache schwer mißhandelte Arbeiter Dopieralski als Nebenkläger. Rechtsanwalt Dr. Karl Liebnecht als Rechtsbeistand zur Seite, während Dr. Meyerstein die angeklagten Beamten verteidigte.

Der Anklage lag ein Vorfall zugrunde, der bereits im Juli vorigen Jahres im „Vorwärts“ behandelt worden war und damals allgemeines Interesse erregte. In einer Julinacht 1903 sahen mehrere Arbeiter von der Sellinischen Schankwirtschaft zu Charlottenburg, Kronenstraße 43, aus, wie ein Schuhmann sich abmühte, einen renitenten, stark betrunkenen Arrestanten zur Wache zu bringen und dabei von der blanken Waffe Gebrauch machte. Der Arbeiter Dopieralski ging nun auf beide zu und suchte durch gütliches Zureden den Arrestanten zum freiwilligen Mitgehen zu bewegen; bei dem aber auch den Schuhmann, nicht so rücksichtslos seine Waffe zu gebrauchen. Anscheinend hatte diese Intervention auch Erfolg. Der Schuhmann steckte den Säbel ein, und der Arrestant wurde ruhiger. Da plötzlich ertönte vom Balkon eines gegenüberliegenden Hauses ein „Kollsignal“ aus einer Krillerpfeife, wie sie die Polizeibeamten gebrauchen, wenn sie in Bedrängnis sind. Das Signal war von dem mitangeklagten „Kaufmann“ Kuffe gegeben worden, der, wie sich in der Gerichtsverhandlung herausstellte, ein wegen Sittverbrechens bereits

mit Sachhaus bestrafte

und jetzt wegen moralischen Schwachsinnes entmündigter Mensch ist. Auf das Signal hin kam sofort der Wachmeister Walczerski in Zivilkleidung auf die Gruppe los und bearbeitete den Arbeiter Dopieralski mit Fußtritten. Der Wachmeister will geglaubt haben, daß sich der Schuhmann, mit dem D. wegen des Arrestanten gesprochen hatte, in Gefahr befände. Da D. nicht wußte, daß die ihn mit Fußtritten traktierende Zivilperson ein Wachmeister war, so ging er mit dem Arrestantentransport ebenfalls zur Wache, um, wenn möglich, den Namen seines Maltraiteurs feststellen zu lassen. Derselbe wurde ihm auch gesagt. Kaum war er aber wieder draußen und teilte seinen gleichfalls mitgegangenen Verwandten mit, wer ihn getreten habe, da kam auch schon der Wachmeister mit einigen Schutzleuten aus dem Wachtlokal, packte den D. mit dem Ausruf: „Den will ich haben,“ am Kragen und schob und stieß ihn im Verein mit den anderen Beamten wieder zur Wache hinein. Rechtswidrigerweise war auch sogleich der „Kaufmann“ Kuffe dort, der dem D. ohne weiteres einen tüchtigen Faustschlag ins Gesicht versetzte. Noch ehe D. sich gegen derartige Mißhandlungen zu wehren vermochte, hieben nun der Wachmeister und Kuffe mit Säulen und Tritten vereint auf ihn ein und zerrieten ihn zur Arzthalle. Ihnen stellte sich als dritter im Bunde dann noch der Schuhmann Waldi hinzu, der seinerseits den D. mit einem vierkantigen Spatierstock nach allen Regeln der Kunst bearbeitete. Diesen wüsten Prügelstöße sah außer einem Mädchen auch der Bruder des Mißhandelten mit einem Bekannten, die sich auf der Wache nach dem Schicksal des Arrestierten erkundigen wollten. Der Bruder rief jetzt laut um Hilfe, worauf der Revierleutnant kam und durch sein Erscheinen der rüden Szene ein Ende machte. Blutig geschlagen, mit Wunden, Beulen und Striemen bedeckt ging der Mißhandelte darauf zum Arzt, der den Befund seines Körperzustandes, wie hier geschildert attestierte. Später stellte er durch seinen Anwalt Straf-antrag gegen seine Peiniger, der zuerst vom

Staatsanwalt abgelehnt,

auf eingelegte Beschwerde hin jedoch vom Ober-Staats-anwalt gutgeheißen wurde.

Die Gerichtsverhandlung bot nun ein eigenartiges Bild. Geradezu verblüffend wirkte die Mitteilung des Vorsitzenden, daß gegen den Mißhandelten obendrein ein Straßverfahren wegen Widerstands gegen die Staatsgewalt und verurteilten Gefangenenbefreiung dieser Sache halber eingestellt sei. Die Angeklagten selbst leugneten jede Schuld; sie suchten die Sache so darzustellen, als hätten sie in Notwehr gehandelt; auch der „Kaufmann“ Kuffe berief sich hierauf. Sämtliche als Zeugen vernommenen Polizeibeamten hatten von Mißhandlungen des Arbeiters Dopieralski „nichts bemerkt“, wohl aber von seinem „heftigen Widerstand“ gegen die angeklagten Beamten. Einer, der Revierleutnant, wollte von seinem Zimmer aus sogar ein „Rödeln“ des Angeklagten Waldi gehört haben, den der Mißhandelte angeblich an der Kehle zu fassen suchte; das Klatschen der Stockprügel aber hat er nicht gehört. Auch der Transporteur des zuerst erwähnten renitenten Arrestanten erklärte, er habe seinerzeit den Eindruck gewonnen, als wolle Dopieralski den Arrestanten befreien. Gleich darauf bekundete aber der Zeuge Schankwirt Sellin, daß dieser selbe Schuhmann ihn noch in derselben Nacht erklärt habe, es täte ihm recht leid, daß dem Dopieralski in dieser Weise mitgeteilt worden sei, denn der Kuffe ihm (dem Schuhmann) ja noch helfen wollen. — Neben angeklagten Beamten wurde von ihren Vorgesetzten das beste Zeugnis ausgesprochen; auch verneinten die Herren die Fragen, ob der „Kaufmann“ Kuffe der Polizei Vigilantendienste leiste.

Das interessanteste an der Verhandlung aber waren unstreitig die Plaidoyers des Staatsanwalts und der Verteidiger. Die Rollen wurden gänzlich vertauscht. Der Staatsanwalt schilderte in geraden rührenden Worten den schwermigen, verantwortungsvollen Dienst der Angeklagten mit seinen Unannehmlichkeiten. Ihnen müsse in diesem Falle ihre nur zu begriffliche Erregung zugute gehalten werden; auch hätten sie zweifellos in der Notwehr gehandelt. Kurz: aus dem Staatsanwalt war ein warmer Herziger

Verteidiger der Angeklagten

geworden; er beantragte denn auch für alle drei die kostenfreie Freisprechung. Was sich der Staatsanwalt leistete, konnte sich Doktor Meyerstein als Verteidiger der beiden angeklagten Beamten natürlich erst recht leisten. Seinen Ausführungen gemäß mußte jeder Zuhörer unbedingt zu der „Ueberzeugung“ kommen: „Diese Schulpöle — kein Engel ist so rein.“ Rechtsanwalt Dr. Liebnecht kennzeichnete die Situation denn auch treffend durch die Bemerkung, jetzt scheint es tatsächlich, als müsse der Mißhandelte den Beamten für die empfangenen Prügel noch herzlich dankbar sein. Da der Spieß nun schon einmal umgedreht und die Rollen vertauscht seien, so habe er nicht an zu sagen, daß, wenn sich das Gericht auch auf den Standpunkt des Staatsanwalts stelle, es dann wohl so kommen würde, wie es in dem „Vorwärts“-Artikel über diesen Vorfall heißt, nämlich: Die Mißhandelten müßten mit den Prüglern meistens einfach zufrieden sein und können sich nur freuen, wenn sie nicht obendrein noch wegen Beamtenbeleidigung oder wesentlich fälliger Anschuldigung angeklagt würden. Die Anklage wegen Widerstands schwebte ja bereits gegen den Nebenkläger. In zierlich einständiger Rede wies er sodann Punkt für Punkt die Schuld der Angeklagten nach und beantragte deren Verurteilung. Das Urteil lautete denn auch unter Annahme misshandelter Umstände auf je 100 M. Geldstrafe für die beiden Polizeibeamten und 30 M. Geldstrafe für den krillerpfeifenden „Kaufmann“.



